



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Geschäftsbericht des Bundesrates 2013

Band II

14.001 / II

Geschäftsbericht des Bundesrates 2013 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 19. Februar 2014

Einleitung	3
Bundeskanzlei	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten.....	9
Departement des Innern.....	32
Justiz- und Polizeidepartement	41
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	49
Finanzdepartement	53
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	65
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	78

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1663-1277
Art.-Nr. 104.610.d

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Nach Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates. Dabei teilen die Departemente vor Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrates koordiniert sind.

Die Jahresziele der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert. Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen.

Zeichenerklärung:

*** basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2013**

Bundeskanzlei

Ziel 1: Unterstützung des Bundesrates bei der politischen Planung sowie der Bundesverwaltung durch die Optimierung überdepartementaler Prozesse, Dienstleistungen und Produkte

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Unterprojekte (Hotline Bund, Alarmierungskonzept etc.) des Konzepts «Krisenkommunikation» sind in der zweiten Jahreshälfte 2013 erarbeitet und deren Umsetzung eingeleitet.**

Zwischen dem EDA und der Bundeskanzlei wurde ein Zusammenarbeitsvertrag in Bezug auf eine Hotline für die Medien unterzeichnet. Somit steht dem Bund im Krisenfall künftig bei einem hohen Medienandrang für die Beantwortung von Journalistenanfragen eine professionelle Hotline zur Verfügung. Mit den Informationsdiensten der Departemente (KID) besteht eine neue, vereinfachte Vereinbarung betreffend der Rekrutierung von geeignetem Kommunikationspersonal im Krisenfall (Ablösung des Info-Pools). Das Krisenkommunikationskonzept wurde sowohl bei den Informationsdiensten des Bundes wie bei den Kantonen in die Konsultation gegeben. Ein neues Alarmierungskonzept wurde 2013 im Sinne der Zielsetzung eingeleitet.

- ▶ **Die Vierjahresplanung der Nachfolgeorganisation GEVER Bund ist der Generalsekretärenkonferenz in der ersten Jahreshälfte 2013 zur Genehmigung unterbereitet und die detaillierte Umsetzungsplanung für 2013 liegt vor.**

Die Vierjahresplanung der Nachfolgeorganisation GEVER-Bund sowie die detaillierte Umsetzungsplanung für 2013 wurde von der Generalsekretärenkonferenz im April 2013 genehmigt. Ein Umsetzungsschwerpunkt, die «GEVER-Produktstrategie und Beschaffungsverfahren», wurde im Berichtsjahr bearbeitet und dem Bundesrat im November 2013 zum Beschluss unterbreitet.

- ▶ **Die strategische Führungsübung (SFU) 2013 ist einwandfrei geplant und durchgeführt. Der Bericht über die SFU ist dem Bundesrat in der zweiten Jahreshälfte 2013 zur Verabschiedung vorgelegt und die SFU ist bis Ende 2013 ausgewertet.**

Die Übung fand am 23. und 24. Mai 2013 statt. Die Krisenstäbe der Departemente und der Bundeskanzlei wurden mit rund 30 Problemen konfrontiert, die durch eine Störung der Informatiksysteme nach einem Cyber-Angriff hervorgerufen wurden. Die Auswertung begann eine Woche nach der Übung mit den Debriefings der Leiterinnen und Leiter aller betroffenen Stäbe. Die Departemente haben Lehren gezogen im Zusammenhang mit ihren internen Krisenmanagementprozessen und -strukturen und in Bezug auf das interdepartementale Krisenmanagement. Diese Lehren wurden ergänzt durch die Bemerkungen der Beobachterinnen und Beobachter und die Mitglieder der Übungsregie. Im Anschluss wurde zuhänden des Bundesrates ein Auswertungsbericht verfasst, der sich hauptsächlich den interdepartementalen Aspekten widmet. Der Bundesrat hat den Bericht an seiner Sitzung vom 6. Dezember 2013 zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Die im Anschluss an den Evaluationsbericht festgelegten Optimierungen bei der Personensicherheitsüberprüfung der Bundeskanzlei (PSP BK) sind in der ersten Jahreshälfte 2013 erfolgt, die Konsolidierung des Dienstes ist abgeschlossen und die bundesinterne Information und Zusammenarbeit sind etabliert.**

Sämtliche festgelegten Optimierungsmassnahmen wurden umgesetzt. Die Fachstelle arbeitet seit dem 1. April 2013 mit dem vollen Personalbestand (400 Stellenprozente) und ist konsolidiert, was sich auch in einer deutlichen Reduktion der Pendenzen manifestiert. Die Zusammenarbeit mit den ersuchenden Stellen und der Fachstelle PSP VBS ist etabliert und die Information der zu prüfenden Personen durch eine Informationsbroschüre optimiert.

- ▶ **Die internen und externen Benutzerinnen und Benutzer sind im Gebrauch der revidierten Instrumente für die Rechtsetzungsbegleitung (u.a. Gesetzestechnische Richtlinien, Botschaftsleitfaden und Richtlinien Bundesratsgeschäfte) bis Mitte 2013 geschult.**

Die Revision der Gesetzestechnischen Richtlinien (GTR) konnte im Sommer 2013 abgeschlossen werden. Seit Ende Juli 2013 ist die neue Ausgabe 2013 der GTR in Printform und elektronisch verfügbar. Die Änderungen wurden an verschiedenen Veranstaltungen vorgestellt (u.a. Forum für Rechtsetzung, Tagung des Zentrums für Rechtsetzung der Universität Zürich). Die zentralen Sprachdienste, der Rechtsdienst und die Sektion Politische Rechte der BK wurden bezüglich der vorgenommenen Neuerungen ausgebildet. Weitere Ausbildungsveranstaltungen wurden in der zweiten Jahreshälfte extern durchgeführt (namentlich beim Bundesamt für Justiz und bei den Sprachdiensten in den Departementen); weitere verwaltungsinterne Ausbildungsveranstaltungen sind geplant. Die Richtlinien für Bundesratsgeschäfte und die Hilfsmittel wie die GTR sind zudem Thema in der mehrmals jährlich durchgeführten AZB-Ausbildungsveranstaltung zu den Bundesratsgeschäften.

Ziel 2: Fristgerechte und zweckmässige Aufgabenerfüllung

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ist in der ersten Jahreshälfte 2013 ausgewertet und die Botschaft ist in der zweiten Jahreshälfte 2013 verabschiedet.***

Die Vernehmlassung wurde mit Bundesratsentscheid vom 8. März 2013 eröffnet und der Eingabetermin auf den 30. Juni 2013 festgelegt. Die Vernehmlassungsergebnisse wurden im Juli ausgewertet. Am 5. Juni 2013 entschied das Bundesgericht über die noch hängigen Beschwerden gegen die Nichtzustandekommensverfügungen der Bundeskanzlei zu den Abgeltungssteuerabkommen mit Deutschland, Österreich und dem Vereinigten Königreich und schützte dabei die Verfügungen der Bundeskanzlei. Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Vernehmlassungsverfahrens wurde der Gesetzesentwurf im September 2013 überarbeitet und die Botschaft entworfen. Der Bundesrat konnte die Botschaft entsprechend der Vorgabe am 29. November 2013 zuhanden der Eidgenössischen Räte verabschieden.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Publikationsgesetzes ist in der ersten Jahreshälfte 2013 ausgewertet und die Botschaft wird in der zweiten Jahreshälfte 2013 verabschiedet.***

In dem vom 21. November 2012 bis 8. März 2013 durchgeführten Vernehmlassungsverfahren wurde der Vorentwurf der Gesetzesänderung überwiegend positiv aufgenommen. Die Ergebnisse wurden in einem Bericht der Bundeskanzlei vom 22. April 2013 im Detail ausgewertet. Am 28. August 2013 nahm der Bundesrat vom Ergebnisbericht zur Vernehmlassung Kenntnis und verabschiedete die gestützt darauf erarbeitete Botschaft. Bei der dem Parlament damit unterbreiteten Gesetzesänderung geht es zur Hauptsache darum, dass künftig der elektronischen Fassung einer amtlichen Veröffentlichung das Primat zukommen soll, das heisst: Die elektronische Fassung soll rechtsverbindlich sein.

- ▶ **Im Rahmen der Regierungsreform sind für die Übernahme neuer Aufgaben per 1. Januar 2014 die Konzepte erstellt und die allfälligen Rechtsetzungsarbeiten gemacht. Mögliche Anträge sind dem Bundesrat bis Mitte Mai 2013 zur Beschlussfassung unterbreitet und die Vorarbeiten für die Umsetzung in der zweiten Jahreshälfte 2013 abgeschlossen.**

Die Änderung vom 28. September 2012 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (Änderung RVOG) sieht für die Bundeskanzlei neue Aufgaben vor. Im Hinblick auf die Übernahme dieser Aufgaben arbeitete die Bundeskanzlei Konzepte zu deren Umsetzung aus. Am 15. Mai 2013 verabschiedete der Bundesrat einen Teil der Umsetzungsvorschläge. Das Konzept zur Lage- und Umfeldanalyse hiess er am 9. Oktober 2013 gut. Am 29. November 2013 beschloss der Bundesrat die gestaffelte Inkraftsetzung der Änderung RVOG. Der Grossteil der Bestimmungen wird per 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Die Bestimmungen zum Präsidialdienst, zum Controlling, zur Lage- und Umfeldanalyse, zur Krisenfrüherkennung und zum Krisenmanagement treten erst am 1. Januar 2015 in Kraft. Ebenfalls am 29. November 2013 beschloss der Bundesrat, im Zuge der Regierungsreform eine Organisationsverordnung für den Bundesrat zu erlassen. Damit erfüllte er einen in Artikel 24 RVOG stipulierten Auftrag des Gesetzgebers.

Die Umsetzung der neuen Aufgaben der Bundeskanzlei sieht im Einzelnen wie folgt aus:

Sekretariat der Bundesratsausschüsse: Das neu bei der BK angesiedelte Sekretariat nahm am 1. Januar 2014 seine Tätigkeit auf und ist verantwortlich für die Organisation der Sitzungen, den Versand der Protokolle der Ausschusssitzungen an die Ausschussmitglieder sowie an die übrigen Bundesratsmitglieder, für die regelmässige Information des Bundesrates und für die Aktenführung und Archivierung. Es fungiert zudem als Verbindungsstelle zwischen den Mitgliedern des jeweiligen Ausschusses.

Krisenmanagement: Das Angebot der BK wird per 1. Januar 2014 erweitert auf die logistische und methodische Unterstützung der Departemente bei überdepartementalen Krisen sowie die Krisenmanagementberatung der Departemente im Krisenfall.

Präsidialdienst: Der Präsidialdienst wird per 1. Januar 2015 eingerichtet werden. Der Dienst ist zuständig für die aussenpolitische Beratung des Bundespräsidiums durch eine Karrierediplomatin oder einen Karrierediplomaten mit dem Titel einer Botschafterin / eines Botschafters, die ergänzende Kommunikationsunterstützung für das Departement des Bundespräsidiums und die Korrespondenz betreffend die

Bürgerbriefe und –kontakte. Weiter nimmt der Präsidialdienst Stabsaufgaben für organisatorische Belange während des Präsidialjahrs wahr.

Controlling: Der Bundesrat hat zur Kenntnis genommen, dass die Bundeskanzlei die Weiterentwicklung bzw. Ablösung der Applikationen «Bundesratscontrolling» und «EXE-Mittelfristplanung» durch ein modernes IT-Tool frühestens per 2015 prüft.

Lage- und Umfeldanalyse: Der vierjährige Zyklus der Erarbeitung des Berichts «Perspektiven», der als Grundlage für die Legislaturplanung dient, wird durch eine periodische Überprüfung der identifizierten Chancen und Gefahren ergänzt. Mit der Vorbereitung der Umsetzung wird im Jahre 2015 begonnen. Ab 1. Januar 2016 wird die Bundeskanzlei jährlich eine langfristige und kontinuierliche Lage- und Umfeldanalyse erarbeiten. Die Ausarbeitung erfolgt analog des Berichts «Perspektiven» zusammen mit dem Perspektivstab. Die BK wird dem Bundesrat jeweils im März einen Kurzbericht unterbreiten.

Krisenfrüherkennung: Der Bundesrat beauftragte am 15. Mai 2013 die Bundeskanzlei, die Umsetzung der Krisenfrüherkennung vertieft zu prüfen.

Ziel 3: Termin- und sachgerechte Umsetzung und Dokumentierung der strategischen Projekte unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben, der Grundsätze von HERMES sowie der technischen Entwicklungen

Überwiegend realisiert

► **Der dritte Bericht über die weitere Ausdehnung von Vote électronique ist dem Bundesrat in der ersten Jahreshälfte 2013 zum Entscheid unterbreitet.***

Der Bundesrat hat den dritten Bericht zu Vote électronique im Juni 2013 zu Händen der Bundesversammlung verabschiedet. Er hat darin die Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe via Internet während den Jahren 2006–2012 ausgewertet. Gestützt auf die positive Evaluation hat er zudem aufgezeigt, unter welchen Bedingungen der dritte, komplementäre Stimmkanal schrittweise auf das ganze Elektorat ausgedehnt werden kann. Dabei gilt weiterhin der Grundsatz «Sicherheit vor Tempo»: Nur nach Umsetzung noch stärkerer Sicherheitsanforderungen dürfen auch die derzeit bestehenden Limiten erhöht werden.

In der zweiten Jahreshälfte hat der Bundesrat ausserdem die Rechtsgrundlagen für die elektronische Stimmabgabe gestützt auf die Erkenntnisse des dritten Berichts angepasst (Revision der Verordnung vom 24. Mai 1978 über die politischen Rechte). Neu wird es überdies eine Verordnung der Bundeskanzlei über die elektronische Stimmabgabe geben. Die neuen Bestimmungen treten am 1. Januar 2014 in Kraft.

- ▶ **Die definierten Projekte des dritten Schwerpunkts der Langfristplanung des Informatik-Systems des Kompetenzzentrums Amtliche Veröffentlichungen (KAV) sind umgesetzt und die Langfristplanung «KAV-Modernisierung» ist gemäss der neu gewonnenen Erkenntnisse geprüft und ggf. aktualisiert. Die erforderlichen Massnahmen für den vierten Schwerpunkt der Langfristplanung sind in die Wege geleitet.**

Die Langfristplanung «KAV-Modernisierung» wurde im ersten Halbjahr 2013 überprüft und aktualisiert. Die geplanten Arbeiten für den Schwerpunkt 3 wurden gestartet. Massnahmen für den Schwerpunkt 4 wurden in die Wege geleitet.

Der neue Internetauftritt ging im Mai online und beinhaltet neben historischen Fassungen der Systematischen Sammlung auch ein beinahe vollständiges Angebot an Ausgaben des Bundesblattes, das durch eine Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv realisiert wurde.

- ▶ **Das Projekt zur Ablösung von EXE ist in der ersten Jahreshälfte 2013 gestartet und die Voranalyse in der zweiten Jahreshälfte 2013 abgeschlossen.**

Nach der Initialisierung des Projekts ÜDP/EXE und der Formulierung des Projektauftrags wurde die Phase Voranalyse im Mai 2013 freigegeben. Ende August 2013 lagen die detaillierten Zielsetzungen des Projekts vor und konnten vom Projektausschuss verabschiedet werden. Im weiteren Verlauf wurden Anforderungen aufgenommen und Lösungsszenarien entwickelt. Der für Dezember 2013 geplante Abschluss der Voranalyse wurde wegen einer zusätzlichen Information und Konsultation der Departemente auf Mitte Februar 2014 verschoben. Die Projektarbeiten verzögern sich daher um ungefähr zwei Monate.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Pflege und Ausbau unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten mit einem besonderen Augenmerk auf die Grenzregionen und einer raschen und nachhaltigen Lösung bestehender Herausforderungen

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Beziehungen zu Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich, Liechtenstein sowie Grossbritannien sind in den prioritären Bereichen weiter vertieft. Es wird kontinuierlich an der Entwicklung konkreter bilateraler, multilateraler und internationaler Projekte mit diesen Ländern gearbeitet.***

Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten und Grossbritannien wurden weiter vertieft. Mit Frankreich wurde ein bilateraler Fiskaldialog initiiert. Mit Österreich und Grossbritannien konnten erste gute Erfahrungen bei der Umsetzung der Quellensteuerabkommen gesammelt werden. Auch wenn die zu erwartenden Überweisungen auf britischer Seite anfänglich höher eingeschätzt worden waren, erwiesen sie sich doch als substanziell. Nach der Regierungsumbildung in Italien wurden die Diskussionen über Finanz- und Fiskalfragen auf hoher Ebene wieder aufgenommen. Mit dem im Herbst unterzeichneten revidierten bilateralen Polizeiabkommen konnte die Polizeizusammenarbeit auf eine neue Grundlage gestellt werden. Deutschland und Österreich befanden sich im Wahljahr, was konkrete Ergebnisse bei bilateralen Geschäften zum Teil verzögert hat. Mit Grossbritannien fanden zahlreiche Kontakte auf politischer und Fachebene statt. Auf multilateraler Ebene wurde mit Unterstützung der Nachbarländer mehrere konkrete Projekte initiiert oder weitergeführt, insbesondere der Aufruf vom 10. Oktober 2013 zur Abschaffung der Todesstrafe, der von 42 europäischen Aussenministerinnen und Aussenministern unterzeichnet wurde, die Initiative vom September 2013 im Menschenrechtsrat zum Schutz der Privatsphäre und das gemeinsame Engagement für den Internationalen Strafgerichtshof.

- ▶ **Aktionspläne mit konkreten gemeinsamen Projekten und zur Pflege der Beziehungen sind mit Frankreich und Italien fertig erarbeitet und mit deren Umsetzung ist begonnen worden. Für die konkrete Zusammenarbeit mit Grossbritannien ist ebenfalls ein Aktionsplan erarbeitet.**

Am 18. Januar 2013 wurde auf Ministerebene ein Aktionsplan für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem schweizerischen und dem italienischen Aussenministerium unterzeichnet. Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten übermittelte seinem französischen Amtskollegen Ende 2012 den Entwurf zu einem ähnlichen Dokument. An den politischen Konsultationen vom 8. November 2013 wurde die Notwendigkeit eines intensiven Austauschs zwischen den beiden Aussenministerien bekräftigt. Eine offizielle Antwort auf den Schweizer Vorschlag steht allerdings noch aus. Ein Aktionsplan mit Grossbritannien wurde nicht realisiert: Die Zusammenarbeit mit Grossbritannien orientierte sich am pragmatischen Ansatz der britischen Seite und erfolgte auf beiden Seiten bedarfsorientiert, um Themen von gemeinsamem Interesse aufzugreifen und auch wechselnden Prioritäten gerecht werden zu können.

- ▶ **Der schweizerische OSZE-Vorsitz 2014 wird als Chance genutzt, um eng mit unseren Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten und den bilateralen Beziehungen einen weiteren konstruktiven Impuls zu geben.***

Der kommende OSZE-Vorsitz und die damit verbundenen friedenspolitischen Engagements und Initiativen haben dazu beigetragen, die Zusammenarbeit mit wichtigen europäischen Staaten zu vertiefen. Die Nachbarstaaten begrüßten das Schweizer Engagement in der OSZE und äusserten Interesse an einer Zusammenarbeit. Die Prioritäten des Schweizer Vorsitzes wurden weitgehend begrüßt, und mit verschiedenen Ländern konnte ein verstärkter Austausch über spezifische Ziele vereinbart werden. Alle Nachbarstaaten haben sich für Aktivitäten in der menschlichen Dimension als wichtige Partner des schweizerischen Vorsitzes erwiesen.

- ▶ **Bei den offenen Fragen um den Euro-Airport Basel-Mulhouse sind Fortschritte erzielt worden.**

Im Bereich des Arbeitsrechts wurde die 2012 unterzeichnete Rahmenvereinbarung (Accord de méthode) mit vier Dokumenten konkretisiert, die die Umsetzung der Vereinbarung regeln. Der Bundesrat billigte die Ergebnisse am 13. November 2013 und gab den Auftrag zum entsprechenden Briefwechsel zwischen den zuständigen Behörden. Gespräche über die ungelösten Steuerfragen wurden 2013 aufgenommen. Die einseitige Einführung einer neuen Steuer durch Frankreich im Jahr 2013 konnte durch Interventionen von Seiten der Schweiz verhindert werden.

Ziel 2: Erneuerung und Vertiefung der Beziehungen zur EU. Langfristige Wahrung des politischen Handlungsspielraums und der wirtschaftlichen Interessen sowie Hervorhebung des Beitrags der Schweiz als Stabilitätsfaktor in Europa

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Schweiz setzt sich weiterhin für ihre Sicht der institutionellen Fragen bei der EU und ihren Mitgliedstaaten ein. Sie sucht den Dialog, hält aber gleichzeitig an den von ihr aufgestellten Grundsätzen fest.***

Im Jahr 2013 wurde der Dialog mit der EU intensiviert, so dass Fortschritte im Bereich der institutionellen Fragen erzielt werden konnten. Die Vorschläge, die von der Schweiz im Juni 2012 vorgelegt wurden, mündeten im Frühling 2013 in technische Gespräche zwischen hochrangigen Vertretern der Schweiz und der EU. In diesen Gesprächen konnten Optionen identifiziert werden, die den beiden Parteien als Grundlage für die zukünftigen institutionellen Verhandlungen dienen können. Der Bundesrat bekräftigte seinen Willen, den bilateralen Weg weiterzuführen und zu erneuern. Am 18. Dezember 2013 verabschiedete er nach Rücksprache mit den ausserpolitischen Kommissionen des Parlaments und den Kantonen, die den Entwurf unterstützten, ein Verhandlungsmandat, das auf einer dieser Optionen basiert.

- ▶ **Machbare Marktöffnungsschritte im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft werden mit der EU und Drittländern in Abstimmung mit der internen Agrarpolitik weiterhin geprüft.***

Aufgrund der Verknüpfung mit den institutionellen Fragen und der laufenden schweizerischen Meinungsfindung bzgl. der nächsten Verhandlungsschritte in den Bereichen Land- und Ernährungswirtschaft fanden zwischen der EU und der Schweiz keine weiteren Verhandlungsrunden mit dem Ziel einer umfassenden Marktöffnung statt.

- ▶ **Die Verhandlungen im Bereich Strom und in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Produktesicherheit und öffentliche Gesundheit (FHAL & GesA) sind parallel weitergeführt.***

2013 wurden die Verhandlungen für ein bilaterales Stromabkommen intensiviert. In verschiedenen stromspezifischen Bereichen konnten Fortschritte erzielt werden. Eine mögliche Verhandlungslösung im Bereich Strom gilt es parallel zu den institutionellen Diskussionen weiterzuentwickeln. Aufgrund der pendenten institutionellen Fragen wurden die Verhandlungen im Bereich Lebensmittelsicherheit, Produktesicherheit und öffentliche Gesundheit noch nicht weitergeführt. In Bezug auf die Bereiche Lebensmittelsicherheit und öffentliche Gesundheit wurden mit der EU-Kommission (Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher) Optionen für ein beschleunigtes Vorgehen exploriert.

- ▶ **Die Verhandlungen über die Teilnahme der Schweiz am Euratom-Rahmenprogramm der Jahre 2014–2018, über die Beteiligung der Schweiz am neuen EU-Forschungsrahmenprogramm «Horizon 2020» und am neuen EU-Bildungsprogramm «Erasmus für alle», sowie zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit sind aufgenommen.***

Die Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz am neuen EU-Forschungsrahmenprogramm «Horizon 2020» (inkl. Euratom-Programm) und die Verhandlungen zum neuen EU-Bildungsprogramm «Erasmus+» (vormals «Erasmus für alle») sind im Dezember 2013 aufgenommen worden. Die Verhandlungen im Bereich der Chemikaliensicherheit wurden 2013 nicht aufgenommen. Mit der Europäischen Kommission fand ein exploratorisches Gespräch statt, um sich über die Parameter allfälliger Verhandlungen auszutauschen.

- ▶ **Die Verhandlungen über ein Administrativabkommen, über die Modalitäten der Teilnahme der Schweiz an der IT-Agentur, über die Beteiligung der Schweiz am europäischen Satellitennavigationsprogramm GNSS (Galileo/EGNOS) und über eine Teilnahme am Emissionshandelssystem (ETS) sind abgeschlossen.***

Die Verhandlungen über eine Teilnahme der Schweiz an EU-LISA (vormals IT-Agentur) sind nach fünf Verhandlungsrunden sehr weit fortgeschritten. Der Abschluss wird Anfang 2014 erwartet. Die Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz am europäischen Satellitennavigationsprogramm GNSS konnten im März 2013 abgeschlossen und das Abkommen im Dezember 2013 unterzeichnet werden. Im März 2011 wurden die Verhandlungen über eine Verknüpfung der Emissionshandelssysteme der Schweiz und der EU aufgenommen. Im Juli und Dezember 2013 fanden zwei Verhandlungsrunden statt. Parallel dazu lief die Arbeit auf Expertenebene. Die Verhandlungen sollten Anfang 2014 zum Abschluss kommen.

► **Die Bedingungen für eine allfällige Erneuerung der Beteiligung der Schweiz am EU-Programm MEDIA 2014–2020 zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Filmindustrie sind abgeklärt.***

Im Juli und Dezember 2013 fanden Sondierungsgespräche mit der EU zur Abklärung der Bedingungen für die Erneuerung der Schweizer Beteiligung am EU-Programm MEDIA 2014–2020 statt. Am 13. September 2013 verabschiedete der Bundesrat das entsprechende Verhandlungsmandat. Die EU verfügt noch über kein Verhandlungsmandat, dieses sollte aber Anfang 2014 genehmigt werden. Der Bundesrat verabschiedete zudem am 18. Dezember 2013 den Entwurf zu einem Verhandlungsmandat für die Teilnahme am Kulturförderungsprogramm der EU 2014–2020. Die beiden Programme bilden unter dem Titel «Kreatives Europa» neu ein gemeinsames EU-Rahmenprogramm, deshalb soll mit der EU nur ein Abkommen «Kreatives Europa» abgeschlossen werden.

► **Die Botschaft zum bilateralen Kooperationsabkommen im Bereich Wettbewerb ist verabschiedet.***

Das Abkommen wurde am 17. Mai 2013 unterzeichnet. Am 22. Mai 2013 verabschiedete der Bundesrat die entsprechende Botschaft und genehmigte die Ratifizierung des Abkommens unter Vorbehalt der Zustimmung der Bundesversammlung.

► **Die Botschaft über die Teilnahme der Schweiz als Beobachterin am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ist verabschiedet.***

Die Verhandlungen waren schwieriger als erwartet. Dies hat dazu geführt, dass vier Verhandlungsrunden nötig waren, um ein zufriedenstellendes Resultat zu erhalten. Die Verhandlungen konnten am 26. Juni 2013 mit der Paraphierung abgeschlossen werden. Da die offiziellen Übersetzungen der Vereinbarung auf Deutsch, Französisch und Italienisch noch nicht vorliegen, konnte die Vernehmlassung nicht im Berichtsjahr eröffnet werden.

► **Der Bundesrat hat die Folgeentscheide getroffen, die sich aus der Konkretisierung des am 4. Juli 2012 erteilten Mandatstexts über den Dialog mit der EU über die Unternehmensbesteuerung ergeben.***

Die Gespräche mit der EU wurden weitergeführt. In diesem Rahmen wurden nebst dem Inhalt auch die Form und die zeitlichen Aspekte einer möglichen Verständigung diskutiert. Die Unternehmenssteuerreform III wurde weiter konkretisiert. Die Vorschläge der Schweiz wurden seitens der EU positiv bewertet. Nachdem der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN-Rat) bereits im Juni 2013 eine Weiterführung des Dialogs mit der Schweiz beschlossen hatte, hat er am 10. Dezember 2013 den Stand des Dialogs erneut überprüft und entschieden, den Dialog für weitere sechs Monate weiterzuführen.

- ▶ **Ein Dialog mit der EU über eine Revision des Zinsbesteuerungsabkommens ist aufgenommen, sofern die EU die laufenden Revisionsarbeiten zu ihrer Zinsbesteuerungsrichtlinie beendet und ein entsprechendes Mandat verabschiedet hat.***

Der ECOFIN-Rat hat der EU-Kommission am 14. Mai 2013 ein Verhandlungsmandat zur Anpassung des Zinsbesteuerungsabkommens mit der Schweiz erteilt. Gemäss diesem Mandat sollen die Verhandlungen auf der Grundlage des Entwurfes der revidierten EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie geführt werden. Das EFD hat in Zusammenarbeit mit dem EDA das weitere Vorgehen mit der EU mit Bezug auf das Zinsbesteuerungsabkommen sondiert. Am 9. Oktober 2013 hat der Bundesrat einen Mandatsentwurf für die Verhandlungen zum Zinsbesteuerungsabkommen verabschiedet. Nach erfolgter Konsultation der zuständigen parlamentarischen Kommissionen sowie der Kantone hat der Bundesrat am 18. Dezember 2013 das definitive Mandat verabschiedet.

Ziel 3: Fortsetzung und Weiterentwicklung des Engagements der Schweiz für bessere Lebensbedingungen und zugunsten der Stabilität in Europa, in Grenzregionen zu Europa («entferntere Nachbarschaft») und in der übrigen Welt

Überwiegend realisiert

Internationale Zusammenarbeit

- ▶ **Die Schwerpunkte der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 werden in Kooperationsprogrammen und gemäss den definierten thematischen Schwerpunkten umgesetzt. Prioritäten liegen im Engagement der Schweiz in fragilen Kontexten sowie in ihrem Beitrag zur Bewältigung globaler Krisen. Dabei wird ein integrativer Ansatz (integrierte Projekte) verfolgt und der Wirkungsorientierung besondere Beachtung geschenkt.***

Die Schweiz setzt bei der Umsetzung der Botschaft 2013–2016 einen Akzent auf fragile Kontexte in Westafrika, im Horn von Afrika, in Nepal und in Haiti. Generell fliessen mehr Mittel in Programme in Konflikt- und Krisengebieten. Dabei wird das Engagement vermehrt auf Konfliktursachen ausgerichtet und der multilaterale Politikdialog verstärkt. Die Empfehlungen der unabhängigen Evaluation zum Engagement der DEZA in fragilen Kontexten wurden systematisch umgesetzt. Die Kooperationsstrategien wurden angepasst und Massnahmen im Personal- und Sicherheitsbereich getroffen. Mit den Globalprogrammen trägt die Schweiz im Ernährungs-, Klima-, Wasser-, Migrations- sowie Finanz- und Handelsbereich zur Minderung globaler Risiken bei. Mit dem systematischen Wirkungsziel-Monitoring wird die Wirkung aller Programme und Kooperationsstrategien zeitnah und umfassender als bisher erfasst.

- ▶ **Als Beitrag zur Stärkung der sozialen und ökologischen Unternehmensverantwortung und zur Erhöhung der Entwicklungswirksamkeit ist die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor intensiviert.**

Entsprechend der Botschaft 2013–2016 werden Partnerschaften mit dem Privatsektor in Projekten der internationalen Zusammenarbeit laufend verstärkt, dies sowohl mit den einzelnen Ländern als auch thematisch im Rahmen der Globalprogramme. In Chile und Peru wurden im April 2013 mehrere Partnerschaften mit privaten Unternehmen unterzeichnet, um die Wassernutzung zu verbessern. Im Rahmen der *Swiss Capacity Building Facility* setzt sich die Schweiz mit dem Schweizer Privatsektor dafür ein, den Zugang zu finanziellen Dienstleistungen für Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern zu fördern. DEZA-Kriterien für Partnerschaften mit dem Privatsektor wurden entwickelt und werden angewendet.

- ▶ **Die Schweiz hat ihre Position zur neuen UNO-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung (Post 2015) ausgearbeitet und bringt diese in den internationalen Konsultationsprozess ein.***

Zwischen Herbst 2012 und Juni 2013 wurde eine breite nationale Konsultation zur Erarbeitung der Schweizer Position durchgeführt. Alle interessierten Bundesstellen und Kreise der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, des Privatsektors sowie der Politik wurden konsultiert. Auf internationaler Ebene hat die Schweiz als einziges Land in zwei globalen thematischen UNO-Konsultationen (Wasser und Bevölkerungsdynamik) eine Führungsrolle übernommen. Im Juni 2013 hat der Bundesrat die Position der Schweiz an der 68. UNO-Generalversammlung festgelegt: Sie engagiert sich in 14 Themenfeldern insbesondere für Ziele in den Bereichen Wasser, Gesundheit, Geschlechtergleichstellung sowie Frieden und Sicherheit.

- ▶ **Die Schweiz führt im Rahmen des Internationalen Jahres der Zusammenarbeit im Wasserbereich eine ehrgeizige Wasserstrategie ein. Sie führt die Arbeiten für die «Blue-Peace-Initiativen» fort und baut sie weiter aus. Sie übernimmt eine führende Rolle in diesem Bereich, der die Dimensionen nachhaltige Entwicklung, Sicherheit und Mediation umfasst.**

Die Schweiz hat ihre Strategie der Wasserdiplomatie (*Blue Peace*) erfolgreich weitergeführt. Dieser Ansatz kombiniert die Schaffung eines zwischenstaatlichen Rahmens für den Dialog mit einem Aktionsplan für die Bearbeitung und den Austausch von hydrometeorologischen Daten. Im Nahen Osten konnten die Schaffung eines regionalen Kooperationsrats für Wasser und ein Projekt im Orontes-Becken trotz der Situation in Syrien erfolgreich weitergeführt werden. Es wurde ein Treffen zwischen Parlamentariern aus der Schweiz und dem Nahen Osten organisiert. Das «Blue-Peace-Nile-Konzept» wurde finalisiert und kann 2014 lanciert werden, genauso wie das Projekt in Zentralasien. Grossbritannien und Schweden interessieren sich für diesen Prozess, der auf Wunsch der Regierungen von Bangladesch und Pakistan auf deren Länder ausgeweitet werden soll.

- ▶ **Die Schweiz engagiert sich für das friedliche Zusammenleben in verschiedenen Entwicklungs- und Transitionsländern, beispielsweise Nordafrika. Sie unterstützt diese Staaten bei der Verbesserung der politische Transition, der Gouvernanz, der Menschenrechtssituation, der Teilhabe benachteiligter Bevölkerungsgruppen an der politischen Entscheidungsfindung. Diese Beiträge sind in Länderstrategien präzisiert.**

Gemäss den an der Busan-Konferenz zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit eingegangenen Verpflichtungen setzt die Schweiz auf längerfristige Präsenz und Engagement. Im Rahmen des Programms Nordafrika 2011–2016 wurden Ägypten, Libyen, Tunesien und Marokko in den Bereichen demokratische Transition und Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Migration und Schutz unterstützt. In Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan (Regionalprogramm Zentralasien 2012–2015) wurden Transitionsprozesse mit Beiträgen zur Umsetzung von Reformen der öffentlichen Finanzverwaltung und des Gesundheitswesens, zur Verstärkung der Dezentralisierung und der Rechtsstaatlichkeit sowie für ein besseres grenzüberschreitendes Management der Wasserressourcen und den Siedlungswasserbau gefördert. Weiter unterstützte die Schweiz in Pakistan den friedlichen Verlauf der Parlamentswahlen, Programme zur demokratischen Regierungsführung und den Zugang zum Rechtssystem auf Provinzebene. Verschiedene Konfliktlösungsinitiativen wurden auf lokaler Ebene gefördert.

- ▶ **Zur weiteren Erhöhung der Entwicklungswirksamkeit hat die Schweiz die in der Busan-Konferenz eingegangenen Verpflichtungen umgesetzt und leistet einen aktiven Beitrag zum Aufbau der Globalen Partnerschaft für Entwicklung.**

Die Umsetzung wurde von der DEZA und dem SECO gemeinsam konzipiert: Prioritäre und mit der Botschaft 2013–2016 kohärente Themen sind Friedensförderung und Staatenbildung in fragilen Staaten, Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und Kooperation mit dem Privatsektor sowie Resultatorientierung und gegenseitige Rechenschaftspflicht. Transparenz, Planbarkeit der Hilfe sowie vermehrte Abstützung auf nationale Strategien werden in den Programmen weiter gestärkt. Die Schweiz unterstützt das virtuelle Sekretariat der Globalen Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit und organisierte ein internationales Treffen zu Resultatorientierung und Rechenschaftspflicht. Für die Koordination dieses Themenblocks erhielt die Schweiz zusammen mit Bangladesch den Vorsitz.

- ▶ **Fortschritte und Schwierigkeiten betreffend die Kohärenz für die Entwicklung werden im Rahmen der OECD DAC Peer Review 2013 thematisiert. Die Schweiz hat im Rahmen der Positionierung zur neuen globalen Entwicklungsagenda (post-MDGs) die Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Umweltpolitik und weiteren Politikbereichen (wie Migration, Finanzen/Steuern, Handel und Landwirtschaft) verstärkt.***

Die *Peer Review* hat insbesondere die Verankerung des Themas Politikkohärenz in der Botschaft 2013–2016 positiv gewürdigt. Dabei unterstrich sie, dass das konsensorientierte Regierungssystem und der Ämterkonsultationsprozess zu einer besseren Entwicklungskohärenz beitragen. Sie anerkannte, dass die Migrationspolitik sowie die internationale Steuerpolitik entwicklungspolitischen Gesichtspunkten verstärkt Rechnung trage. Zudem seien die Empfehlungen des bundesrätlichen Rohstoffberichts eine geeignete Grundlage, um in diesem Bereich relevante Resultate zu erzielen. Die Position des Bundesrates zur Entwicklungsagenda Post-2015 trägt ebenfalls zur Politikkohärenz bei.

Friedensförderung, internationale Sicherheit sowie Achtung der Menschenrechte und des Rechtsstaats

- ▶ **Die Stabilität in Konflikt- und Spannungsgebieten wird durch das Schweizer Engagement gefördert, insbesondere im Westbalkan, im Südkaukasus, in Zentralasien und in Nordafrika. Dies auch mit Blick auf den OSZE-Vorsitz der Schweiz 2014.***

Im Hinblick auf den OSZE-Vorsitz der Schweiz, der sich einen Beitrag zur Versöhnung und regionalen Zusammenarbeit im Westbalkan als Ziel setzt, wurden die politischen Kontakte 2013 intensiviert. Insbesondere mit Serbien fanden mehrere Treffen statt. Die zwei designierten Sondergesandten des OSZE-Vorsitzenden haben erste Kontakte im Westbalkan und im Südkaukasus geknüpft. In den Bereichen der Friedensförderung, Menschenrechte und technischen Zusammenarbeit engagierte sich die Schweiz für die Stärkung der regionalen Stabilität. Die Schweiz unterstützte zudem vertrauensbildende Massnahmen zwischen Armenien und der Türkei. Die regionale Zusammenarbeit in Zentralasien wurde gefördert, insbesondere im Wasserbereich.

- ▶ **Das Engagement der Schweiz im Kampf gegen die Todesstrafe wird verstärkt. Dazu wird das heutige substanzielle Engagement weitergeführt und durch spezifische Aktivitäten mit Partnerstaaten ergänzt.***

Die EDA-Strategie zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe 2013–2016 wurde am 9. Oktober 2013 vom Bundesrat zur Kenntnis genommen. Die Schweiz nahm am Weltkongress gegen die Todesstrafe vom 12. bis 15. Juni 2013 in Madrid aktiv teil und hat diesen auch finanziell unterstützt. Zum internationalen Tag zur Abschaffung der Todesstrafe lancierte die Schweiz in Absprache mit ihren Nachbarländern einen europaweiten Aufruf zur Abschaffung der Todesstrafe, welchen 42 europäische Aussenminister unterschrieben haben. Sie unterstützte weiterhin massgeblich die *International Commission Against Death Penalty*. Ferner setzte sich die Schweiz mit verschiedenen Projekten in Zielländern für die Abschaffung der Todesstrafe ein und engagierte sich aktiv in multilateralen Foren.

- ▶ **Die Schweiz präsidiert 2013 erfolgreich den «Voluntary Principles on Security and Human Rights».**

Im Rahmen ihres Präsidiums leitete die Schweiz erfolgreich das Verfahren zur Erarbeitung und Verabschiedung einer mittelfristigen Strategie für diese Initiative. Ziel war es, die Transparenz und die Verantwortlichkeiten zu stärken, wobei der Fokus auf der Umsetzung der Grundsätze lag. Die Bemühungen zur Verbreitung der freiwilligen Grundsätze unter den rohstoffreichen Ländern wurden intensiviert, insbesondere in Peru und der Demokratischen Republik Kongo. Der Dialog mit Rohstoffunternehmen, die ihren Sitz in der Schweiz haben, führte dazu, dass das wichtigste Schweizer Unternehmen in diesem Bereich den baldigen Beitritt zur Initiative ankündigte.

- ▶ **Der Grundlagenbericht zum Thema Rohstoffhandelsplatz Schweiz wird vom Bundesrat zur Kenntnis genommen und allfälliger Handlungsbedarf festgelegt.**

Am 27. März 2013 nahm der Bundesrat den Bericht der interdepartementalen Plattform «Rohstoffe» zur Kenntnis. Es wurden verschiedene interdepartementale Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit den Folgemaassnahmen im Zusammenhang mit den Empfehlungen des Berichts befassen sollen. Insbesondere werden sie Vorschläge für soziale Standards für Unternehmen im Bereich des Rohstoffhandels erarbeiten sowie Transparenznormen prüfen und vergleichen.

► **Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit für die Jahre 2013–2016 ist verabschiedet.***

Der NAP 1325 wurde von einer interdepartmentalen Arbeitsgruppe überarbeitet und vom Bundesrat, zusammen mit dem Umsetzungsbericht für 2010–2012, am 6. November 2013 zur Kenntnis genommen

► **Die zwischenstaatliche «Nansen Initiative» zur Thematik der grenzüberschreitenden umweltbedingten Vertreibungen wird unter der Führung der Schweiz und Norwegens umgesetzt.**

Nach der erfolgreichen Lancierung der «Nansen Initiative» im Oktober 2012 im Rahmen des Exekutivkomitees des UNHCR in Genf konnte 2013 mit deren Umsetzung begonnen werden. Als erster Schritt wurde das Steuerungskomitee, bestehend aus Australien, Bangladesch, Costa Rica, Deutschland, Kenia, Mexiko, Norwegen, den Philippinen und der Schweiz, sowie das Sekretariat in Genf konstituiert. Im Mai 2013 wurde auf Cook Islands die erste von fünf regionalen Konsultationen durchgeführt, um Erfahrungen und Lösungen zur grenzüberschreitenden Vertreibung infolge von Naturkatastrophen zu sammeln. Vertreterinnen und Vertreter zehn pazifischer Inselstaaten haben in diesem Rahmen erstmals über die bestehenden Probleme und mögliche Lösungsansätze diskutiert. Die erreichten Resultate wurden im Juni 2013 an der Klimawandelkonferenz in Bonn, am 44. Treffen des *Pacific Islands Forum* (PIF) im September 2013 in Majuro sowie im Rahmen des Exekutivkomitees des UNHCR im Oktober 2013 in Genf vorgestellt. Eine zweite regionale Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern aus Zentralamerika fand vom 2. bis 4. Dezember 2013 in Costa Rica statt.

► **Im Rahmen des Nyon-Prozesses – eines von der Schweiz mit-initiierten Dialogs zwischen politischen Akteuren mit säkularen und religiösen Weltbildern – wird das friedliche Zusammenleben gefördert.**

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen des Nyon-Prozesses zwei Treffen durchgeführt. Bei diesen Treffen ging es um wichtige aktuelle Probleme, die Nordafrika und den Nahen Osten insgesamt betreffen, wie die Wahrnehmung und die Konsequenzen der französischen Militärintervention in Mali oder die wachsenden Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten im Nahen Osten. Die starke Polarisierung innerhalb der ägyptischen Politik und der ägyptischen Gesellschaft kurz vor den politischen Umwälzungen im Juli 2013 konnte über die Parteigrenzen hinweg und in Anwesenheit von Vertretern der europäischen Länder thematisiert werden. Zudem wurden die Auswirkungen der ägyptischen Ereignisse vom Juli auf die Region, auf Nordafrika und darüber hinaus diskutiert.

- ▶ **Das Schweizer Engagement in Myanmar zur Förderung des Friedens, der Menschenrechte und der Entwicklung ist mit Unterstützung der neuen Schweizer Botschaft vor Ort entlang der identifizierten Einstiegspunkte und Programmschwerpunkte umgesetzt. Die Zusammenarbeit mit dem Schweizer Privatsektor in diesem Land ist ausgebaut.**

Die Schweizer Kooperationsstrategie für Myanmar (2013–2017) wurde im Juli 2013 verabschiedet und umfasst vier Bereiche: 1) Beschäftigung und Berufsbildung; 2) Landwirtschaft und Ernährungssicherheit; 3) Gesundheit, soziale Dienstleistungen und lokale Gouvernanz; 4) Frieden, Demokratisierung und Schutz der Zivilbevölkerung. Zahlreiche Projekte wurden im Sinne dieser integrierten Strategie entwickelt. Die Schweizer Botschaft in Myanmar hat eine Plattform für Schweizer Firmen geschaffen, die einer sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsentwicklung verpflichtet ist.

- ▶ **Als Beitrag zur Stabilisierung des Horns von Afrika ist mit der Umsetzung der departementsübergreifenden Strategie begonnen worden.**

Mit der Umsetzung der Strategie wurde begonnen: Die Schweiz setzte sich verstärkt für die Stabilisierung Somalias ein, beteiligte sich an zwei ministeriellen Treffen zur Koordination der internationalen Unterstützung Somalias und war an der internationalen Konferenz des Partnerforums der IGAD zur Stärkung deren Rolle in der regionalen Konfliktbeilegung vertreten. Neben ihrem bilateralen Engagement steht die Schweiz mit der *Intergouvernemental Authority on Development* hinsichtlich eines Abkommens in Verhandlung, um die regionale Zusammenarbeit zu vertiefen.

- ▶ **Zur Verbesserung der Lebensbedingungen, der Reduktion der Konflikursachen und der Erhöhung der Krisenresistenz in fragilen Kontexten (wie dem Horn von Afrika und der Region der Grossen Seen) sind die nationalen Kapazitäten dank der Unterstützung der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt.**

Im Rahmen der Intensivierung ihres Engagements in fragilen Kontexten unternahm die Schweiz in zwei Regionen bedeutende Anstrengungen, um die Fähigkeit der Bevölkerung und der staatlichen Akteure zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen zu stärken. In der Region der Grossen Seen trug die Schweiz zudem zur Verbesserung der grundlegenden staatlichen und kommunalen Dienstleistungen bei. Dank diesen Bemühungen konnte der Zugang zur Gesundheits- und Trinkwasserversorgung für über zwei Millionen Menschen verbessert werden. Im ersten Jahr der Schweizer Strategie für das Horn von Afrika 2013–2016 unterstützte die Schweiz zudem in Somalia die regionalen Gliedstaaten bei der Erbringung von grundlegenden Dienstleistungen für die Bevölkerung, insbesondere in den Bereichen Migrationsmanagement und Schutz von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen.

► **Massnahmen zur Stabilisierung und Konfliktlösung in Westafrika (insbesondere in Mali) sind weitergeführt.**

Die Schweiz setzte ihre Bemühungen für eine Lösung des Konflikts in Mali fort. Dank ihres Know-hows, das von den Konfliktparteien und der internationalen Gemeinschaft sehr geschätzt wird, erhielt sie einen Sitz im Begleit- und Evaluationsausschuss unter der Ägide der UNO. Dieser Ausschuss unterstützt die malische Regierung bei der Lancierung eines politischen Dialogs zwischen allen Gruppen der Bevölkerung. Ausgehend von einer regionalen Sicht des malischen Konflikts setzte die Schweiz ihre Unterstützung für die Hohe Behörde für die Friedenskonsolidierung im Niger fort, die die Umsetzung der Friedensabkommen mit den ehemaligen Tuaregrebellen im Niger begleitet. In der Sahelzone führte die Schweiz ihre koordinierten und komplementären Aktivitäten in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedenspolitik fort.

Völkerrecht und humanitäres Völkerrecht

► **Für eine bessere Einhaltung des humanitären Völkerrechts ist im Rahmen der Schweizer Initiative ein weiteres Staatentreffen durchgeführt.**

Im Juni 2013 hat die Schweiz gemeinsam mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz ein zweites Staatentreffen für die bessere Einhaltung des humanitären Völkerrechts durchgeführt. Das Treffen hat bestätigt, dass die Initiative von einem grossen Teil der Staaten unterstützt wird. Gleichzeitig wurden erste Massnahmen für eine erfolgreiche Umsetzung der Initiative diskutiert, beispielsweise die Schaffung eines regelmässigen Staatentreffens oder eines Staatenberichtsverfahrens.

► **Die Botschaft für eine formelle Gesetzesgrundlage zur vorsorglichen Blockierung von Vermögenswerten von politisch exponierten Personen ist verabschiedet. Die Schweiz führt ihre vorbildliche Politik in diesem Bereich freiwillig weiter.***

Die Vernehmlassung über den Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen wurde Mitte Mai 2013 eröffnet. Die Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse konnte erst im Dezember 2013 abgeschlossen werden, weshalb die Botschaft nicht mehr im Berichtsjahr verabschiedet wurde. Die Schweiz brachte im Berichtsjahr ihre Erfahrung im Umgang mit Potentatengeldern auf internationaler Ebene in verschiedenen Gremien ein. Dazu gehörte die Teilnahme am von den G8 organisierten *Arab Forum on Asset Recovery* in Marokko und an der G20-Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Aktionsplans zur Korruptionsbekämpfung. Zu nennen ist ferner ein von der Schweiz und dem *International Centre for Asset Recovery* im Herbst 2013 organisierter internationaler Workshop über die Restitution von Potentatengeldern.

- ▶ **Die Zusammenarbeit mit den Ländern des Arabischen Frühlings ist im Hinblick auf die Rückführung der in der Schweiz gesperrten Gelder mit der Durchführung eines internationalen Expertentreffens weiter gestärkt. Die Schweiz bemüht sich im Rahmen rechtsstaatlicher Verfahren um eine rasche Rückgabe der Gelder.**

Auf Einladung der Schweiz haben Anfang Jahr zum zweiten Mal in Folge knapp 80 internationale Rechtsexpertinnen und -experten praktische Fragen rund um die Rückerstattung von Potentatengeldern im Zusammenhang mit den Ereignissen des sogenannten Arabischen Frühlings diskutiert. Auch haben über das Jahr verteilt mehrere bilaterale ExpertInnentreffen stattgefunden. Diese Treffen erlaubten es, konkrete Fragen der Rechtshilfeszusammenarbeit zu diskutieren und die Zusammenarbeit zwischen den involvierten Behörden zu stärken. Die von den Schweizer Behörden eröffneten Verfahren laufen weiter. Bezüglich Ägypten wurde die Rechtshilfe infolge eines Urteils des Bundesstrafgerichts sistiert.

- ▶ **Die Botschaft zum Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 29. November 2013 die Botschaft zum Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen vom 20. Dezember 2006 genehmigt. Gleichzeitig hat er den Vernehmlassungsbericht verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur UNO-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen ist durch den Bundesrat verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 19. Dezember 2012 den Vernehmlassungsbericht zum Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verabschiedet und die Botschaft zuhanden der eidgenössischen Räte genehmigt.

- ▶ **Das Vernehmlassungsverfahren betreffend die Botschaft zur Genehmigung der Änderungen des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (Verbrechen der Aggression, Erweiterung Kriegsverbrechen) ist eröffnet.***

Der Bundesrat eröffnete am 26. Juni 2013 das Vernehmlassungsverfahren betreffend die Botschaft zur Genehmigung der Änderungen des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Vernehmlassung dauerte bis am 20. Oktober 2013. Danach wurde die Ausarbeitung der Botschaft in Angriff genommen.

- ▶ **Im Kampf gegen die Straflosigkeit hat die Schweiz dazu beigetragen, dass das Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs möglichst universell ratifiziert und umgesetzt ist. Zudem ist die Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten und zwischen Mitgliedsstaaten und Strafgerichtshof verstärkt worden.**

Für die universelle Ratifizierung und Umsetzung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs hat sich die Schweiz eingesetzt, indem sie dieses Anliegen in bilateralen Gesprächen und in multilateralen Foren vorgebracht hat (z.B. im Rahmen der allgemeinen regelmässigen Überprüfung im UNO-Menschenrechtsrat). Sie unterstützte auch gezielt Nichtregierungsorganisationen, die sich für die universelle Ratifizierung und Umsetzung des Römer Statuts engagieren. Die Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten und zwischen Mitgliedsstaaten und Strafgerichtshof wurde insbesondere durch die Schweizer Vizepräsidentschaft der Versammlung der Mitgliedsstaaten des Römer Statuts gefördert.

► **Die Schweizer Initiative zur Erhöhung der Rechtsstaatlichkeit und für transparentere Verfahren bei UNO-Sanktionen ist fortgesetzt worden.**

Die Schweiz hat die 2009 geschaffene Ombudsperson, an welche sich Betroffene für eine Streichung von der Sanktionsliste gegen *Al-Qaida* wenden können, auch im Berichtsjahr unterstützt und mit ihr zusammengearbeitet. Im Hinblick auf eine neue Resolution des Sicherheitsrates im Juni 2014 zur Verlängerung der Sanktionen gegen *Al-Qaida* hat die Schweiz zusammen mit der Gruppe der gleichgesinnten Staaten ihre Bemühungen für eine Verbesserung der Rechte der Betroffenen fortgesetzt. Die Gruppe hat sich ebenfalls dafür eingesetzt, dass die geographischen Sanktionsregimes des Sicherheitsrats hinsichtlich der Verfahrensrechte der betroffenen Personen und Entitäten verbessert werden.

► **Die Schweiz fördert die ausgewogene und integrale Umsetzung der vier Pfeiler der Globalen Strategie der UNO zur Bekämpfung des Terrorismus (Ursachenbekämpfung, Prävention und Repression, Aufbau von staatlichen Kapazitäten, Einhaltung der Menschenrechte), insbesondere auch im Rahmen ihrer Teilnahme am «Global Counter-Terrorism Forum» sowie im Rahmen der Arbeiten am Memorandum von Algier. Die Schweiz unterstützt die Bemühungen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und dessen Finanzierung. Die Politik besteht darin, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken sowie keine Lösegelder im Fall von Entführungen zu bezahlen.**

Die Schweiz hat sich sowohl für Projekte zur Bekämpfung und Prävention des Terrorismus als auch für die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus und den Schutz der Menschenrechte eingesetzt. Am 13. Juni 2013 organisierte sie zusammen mit der UNO in Genf das zweite globale Treffen nationaler TerrorismuskoordinatorInnen. Sie offerierte während des vierten Ministertreffens des «*Global Counter-Terrorism Forum*» am 27. September 2013 ihre Unterstützung für die Niederlassung des «*Global Fund for Community Engagement and Resilience*» in Genf. Die Schweiz organisierte ferner vom 26. bis 28. November 2013 in Abuja ein Regionalseminar zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung.

► **Die Schweiz stärkt ihre Rolle als humanitäre Akteurin und Depositarstaat der Genfer Konventionen im Rahmen des 150-jährigen Jubiläums des IKRK. Sie unterstützt diese Organisation aktiv durch eine besondere Aktion zum Jubiläum.**

Zum Jubiläum stellte die Schweiz dem IKRK als Geschenk zusätzliche finanzielle Mittel zur Rekrutierung und Ausbildung von 150 Delegierten zur Verfügung. Zudem wurde eine Vereinbarung zur Vertiefung der Zusammenarbeit und des strategischen Dialogs unterzeichnet. Im Jubiläumsjahr wurden zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen zu den Herausforderungen der humanitären Hilfe und möglichen Ansätzen für den verbesserten Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten durchgeführt. Die Schweiz engagiert sich dafür, dass völkerrechtliche Normen eingehalten, die Hilfe für Schutzbedürftige intensiviert und internationale Friedensmissionen gestärkt werden. Sie hat diese Schwerpunkte 2013 in einer neuen Strategie zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten zusammengefasst.

- ▶ **Die Schweiz hat in Zusammenarbeit mit dem IKRK eine Konferenz organisiert, die fünf Jahre nach der Ausarbeitung des Montreux-Dokuments Bilanz ziehen und den Staaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen helfen soll. Im Rahmen des Steuerungsausschusses des internationalen Verhaltenskodex für private Sicherheitsunternehmen hat sie bei der Entwicklung eines unabhängigen Gouvernanz- und Kontrollmechanismus für den Kodex mitgearbeitet.**

Fünf Jahre nach der Verabschiedung des Montreux-Dokuments organisierten die Schweiz und das IKRK in Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) eine Konferenz zum Thema Montreux+5 (11.–13. Dezember 2013). Die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer kamen überein, der Umsetzung der Verpflichtungen von Staaten und internationalen Organisationen im Zusammenhang mit privaten Sicherheits- und Militärunternehmen Priorität zu geben. Zudem wurde die Notwendigkeit eines regelmässigen Dialogs zwischen Staaten und internationalen Organisationen unterstrichen, die das Montreux-Dokument unterstützen. Am 20. September 2013 wurde anlässlich der ersten Generalversammlung in Genf ein Verein für den internationalen Verhaltenskodex für private Sicherheits- und Militärunternehmen gegründet, mit dem der Gouvernanz- und Kontrollmechanismus dieses Kodex umgesetzt werden soll. Die Verhandlungen über die Charta für den Gouvernanzmechanismus wurden an einer Konferenz vom 19. bis 22. Februar 2013 in Montreux erfolgreich abgeschlossen.

- ▶ **Das 50-jährige Jubiläum des Beitritts der Schweiz zum Europarat wird genutzt, um der Bevölkerung die Arbeit des Europarats und ihre Bedeutung für die Schweiz näher zu bringen. In diesem Zusammenhang wird aufgezeigt, wie die Schweiz über die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Bewältigung internationaler Herausforderungen beitragen kann.**

Dank diesem Jubiläum konnte die Sichtbarkeit der Aktivitäten der Schweiz im Europarat erhöht werden. So hielt der Vorsteher des EDA eine Rede vor der Parlamentarischen Versammlung in Strassburg, es wurde eine Broschüre mit dem Titel «50 Gesichter der Schweiz im Europarat» publiziert, an der Universität Freiburg fand in Anwesenheit des Generalsekretärs eine offizielle Feier statt, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung besuchte die Schweiz, und fünfzig Jugendliche aus den elf Ländern, die dem Europarat als letzte beigetreten waren, nahmen an einer Studienreise in die Schweiz teil.

Ziel 4: Stärkung und Diversifizierung unserer strategischen Partnerschaften; Engagement für eine bessere globale Gouvernanz mit Fokus auf Themen, in denen die Schweiz über ein besonderes Knowhow verfügt. Konsequente Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Schweiz wirkt darauf hin, die Rolle der UNO als der einzig legitimen universellen Organisation gegenüber der G20 und anderen ad hoc Gremien zu behaupten, damit Entscheidungen weiterhin dort getroffen werden, wo die Mitbestimmungsrechte aller Betroffenen gewährleistet sind.**

Die Schweiz setzte sich in den betroffenen internationalen Organisationen und im Rahmen von bilateralen Kontakten mit G20-Staaten (u.a. Finanzdialoge) dafür ein, dass Arbeiten und Dokumente, welche für die G20 erarbeitet werden, den Mitgliedstaaten der internationalen Organisationen zugänglich gemacht werden. Als Mitglied der *Global Governance Group* führte die Schweiz ihr Engagement für einen vermehrten Austausch zwischen UNO und G20 und für offenere und transparentere Konsultationsprozesse bei der G20 weiter.

- ▶ **Das aktive Engagement der Schweiz zielt weiterhin auf die Verbesserung der Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrates (insbesondere unter dem Gesichtspunkt Demokratisierung, Transparenz, Beschränkung des Vetorechts). Die bisher im Rahmen der sogenannten «S-5-Initiative» lancierten Aktivitäten werden in einem breiteren Kreis von gleichgesinnten Staaten weitergeführt und die Zusammenarbeit mit diesen weiter gestärkt.**

Die Schweiz setzte sich konsequent für die Verbesserung der Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrates ein. Im Mai 2013 wurde unter Leitung der Schweiz die überregionale Gruppe «Accountability, Coherence and Transparency» ins Leben gerufen, in der sich 22 Staaten für die Verbesserung der Arbeitsmethoden einsetzen. Diese Gruppe verlangt vom Sicherheitsrat mittels unterschiedlicher Demarchen und Initiativen mehr Rechenschaft, Kohärenz und Transparenz.

- ▶ **Die Schweiz unterstützt die Managementreform des UNO-Generalsekretärs zur Effizienzsteigerung und steht in diesem Kontext für einen starken UNO-Standort Genf ein.**

Die Schweiz unterstützte die Bestrebungen des UNO-Generalsekretärs zur Managementreform aktiv. Sie trug insbesondere dazu bei, dass die Interessen der Forschungs- und Bildungszentren der UNO in Genf bei der Entwicklung von Reformstrategien berücksichtigt werden. Die Schweiz ist überzeugt, dass eine gute Führung der UNO einen effizienten Budgetprozess bedingt, und lancierte deshalb in Zusammenarbeit mit einer kleinen Gruppe von Ländern eine Initiative zur Ausarbeitung von Vorschlägen, wie dieser Prozess verbessert werden könnte.

- ▶ **In Zusammenarbeit mit den kantonalen und städtischen Behörden fördert die Schweiz trotz der immer grösser werdenden Konkurrenz die Rolle und Bedeutung des internationalen Genf in der globalen Gouvernanz. Sie koordiniert ihre Anstrengungen in diesem Bereich intensiv mit Frankreich.***

Der Bundesrat verabschiedete am 26. Juni 2013 gemeinsam mit Kanton und Stadt Genf eine neue Strategie, mit der die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der internationalen Schweiz dank dem internationalen Genf gestärkt werden sollen. Verschiedene Punkte der neuen Strategie, die im Rahmen einer Botschaft an das Parlament präzisiert werden soll, werden bereits umgesetzt. In diesem Rahmen wurden die Bemühungen intensiviert, um die Vertretung aller Länder in Genf sicherzustellen. In der zweiten Hälfte des Jahres 2013 gaben zwei Staaten (Fidschi und Malawi) bekannt, dass sie eine Mission in Genf errichten wollen. Die internationale Schweiz und die aktive Rolle der Schweiz als Gaststaat und Vermittlerin wurden dank dem internationalen Genf gestärkt: Vom 15. bis 16. Oktober, vom 7. bis 9. November und vom 20. bis 24. November 2013 fanden in Genf drei Verhandlungsrunden zum iranischen Nuklearprogramm statt (Iran Talks). Die beteiligten Delegationen einigten sich am 24. November 2013 auf ein Abkommen über das iranische Atomprogramm. Zudem wird die Schweiz im Januar 2014 die internationale Syrienkonferenz beherbergen. Zur Vorbereitung dieser Konferenz fanden 2013 mehrere Sitzungen in Genf statt. Schliesslich wurde auch die Einigung zwischen dem US-amerikanischen und dem russischen Aussenminister vom 14. September 2013 bezüglich der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen in Genf bekannt gegeben.

- ▶ **Die Wettbewerbsfähigkeit Genfs ist durch die Umsetzung neuer Massnahmen gestärkt, um schon ansässige internationale Organisationen an den Standort zu binden und die Ansiedlung neuer Organisationen zu fördern. Ein Antrag zur Finanzierung der Gebäuderenovationen internationaler Organisationen liegt dem Bundesrat vor. Im Sicherheitsbereich werden die Beschlüsse zur verstärkten finanziellen Unterstützung des Kantons durch den Bund umgesetzt.***

In Bezug auf die Renovationen beschloss der Bundesrat am 26. Juni 2013, seine Politik anzupassen und in Zukunft auch die Renovation von Bauten der internationalen Organisationen zu unterstützen, dies insbesondere durch FIPOI-Darlehen. Er reichte beim UNO-Generalsekretär einen entsprechenden Vorschlag für die Renovation des Palais des Nations ein, die gegenwärtig vorbereitet wird (Strategie Heritage Plan). Was den Sicherheitsbereich betrifft, baute der Bund seine Unterstützung für das internationale Genf aus, indem er gewisse Subventionen bestätigte oder erhöhte und die Verstärkung der Groupe diplomatique der Genfer Polizei unterstützte.

- ▶ **Globales Risikomanagement und Gouvernanz (UNO, Bretton Woods, G20) im entwicklungspolitischen Bereich sind gestärkt durch die Beeinflussung der relevanten multilateralen Entscheide und die Umsetzung innovativer Projekte der Globalprogramme der internationalen Zusammenarbeit.**

Die Globalprogramme der DEZA leisteten einen Beitrag zur Reduktion globaler Risiken in den Bereichen Wasser, Ernährungssicherheit, Klimawandel und Migration. Die vom Parlament 2011 bewilligten zusätzlichen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit wurden vollumfänglich verpflichtet und zu einem grossen Teil umgesetzt. Durch eine kritische Masse von innovativen Projekten und einem internationalen Politikdialog leistete die Schweiz einen weltweiten Beitrag zur Reduktion von Ernteverlusten und zur Schaffung neuer Einkommen. So wurden in 11 Ländern im östlichen Afrika erfolgreiche Programme ausgeweitet. Zur Umsetzung zentraler Gouvernanzfragen gab sich die Schweiz aktiv in Steuerungsgremien multilateraler Organisationen ein, z.B. im Rahmen der vierjährigen umfassenden Grundsatzüberprüfung der UNO und der neuen Strategie der Weltbank 2030.

- ▶ **Die Beziehungen zu den regionalen Organisationen (u.a. Asia-Europe Meeting ASEM) sind sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Ebene gestärkt.**

Die Beziehungen zu regionalen Organisationen wurden gestärkt: Die Schweiz nahm erstmals am Aussenministertreffen von ASEM teil und verstärkte ihr Engagement in diesem wichtigsten Gremium des asiatisch-europäischen Austausches durch die Teilnahme an verschiedenen Projekten der konkreten Zusammenarbeit. Darüber hinaus war die Schweiz zum ersten Mal am jährlichen Treffen des *Pacific Island Forum* auf den Marshall Islands präsent und etablierte zudem direkte Kontakte mit dem Sekretariat der Regionalorganisation der südasiatischen Staaten *South Asian Association for Regional Cooperation* in Nepal. Zudem fand am 25. Oktober 2013 in Bern der erste Austausch mit VertreterInnen der Visegrad Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) über regionale Zusammenarbeit statt. Interdepartemental wurde die Abklärung eines evtl. Beitritts der Schweiz als ständige Beobachterin des Arktischen Rats in Angriff genommen. Seit November 2013 verfügt die Schweiz ausserdem über einen Beobachterstatus bei der Pazifik-Allianz (Peru, Chile, Kolumbien, Mexiko).

► **Die politische Zusammenarbeit mit den strategischen Partnerstaaten ist durch zielgerichtete politische und thematische Dialoge weiter gestärkt und diversifiziert.***

Die politische Zusammenarbeit mit den strategischen Partnerstaaten wurde weiter gestärkt. Die Beziehungen mit Russland konnten vertieft werden. Gemeinsam mit der Türkei hat die Schweiz beschlossen, die enge Zusammenarbeit mit einer strategischen Partnerschaft auszubauen, die auf einem konkreten Aktionsplan basiert. Die Intensivierung der Beziehungen zu Brasilien wurde erfolgreich fortgesetzt: Neben dem politischen Dialog, welcher im November 2013 in Brasilia stattfand, konnten auch die Mechanismen der gemischten Wirtschaftskommission und des Finanzdialogs im November 2013 beziehungsweise September 2013 konsolidiert werden. Während des politischen Dialogs wurde im Hinblick auf die beiden grossen Sportereignisse in Brasilien 2014 und 2016 ein MoU zur Kooperation im Bereich Konsularisches und Migration unterzeichnet. Die Beziehungen zu gleichgesinnten strategischen Partnern in Lateinamerika (Chile, Peru und Kolumbien) und mit Mexico wurden ebenfalls gestärkt. Der Kontaktpflege und dem regelmässigen Austausch zu Themen gemeinsamen Interesses mit den USA wurde auch 2013 grosse Wichtigkeit beigemessen. Die Frage einer Lösung des Steuerstreits wurde dabei systematisch thematisiert. Mit folgenden weiteren Ländern wurden politische Dialoge durchgeführt: Australien, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Japan, Nepal, Neuseeland, Nordkorea, Sri Lanka, Südkorea, Thailand sowie Vanuatu als Vertreter der pazifischen Staatenwelt. Schliesslich fanden mit China thematische Dialoge zum Thema Menschenrechte statt. Das Engagement der Schweiz in den grossen ausserpolitischen Dossiers (z. B. Iran, Syrien, israelisch-palästinensischer Konflikt) wurde in alle bilateralen politischen Dialoge integriert.

► **Die Allianzen mit den G20-Ländern sind mittels intensiverer Kooperation in Bereichen gemeinsamen Interesses gestärkt.**

Die Schweiz führt mit der Mehrheit der G20-Länder formelle Finanzdialoge, um regelmässige Kontakte mit den in Finanzfragen involvierten Behörden der Partnerstaaten zu unterhalten und sich über die Positionen in den relevanten internationalen Organisationen (IWF, FSB, FATF) abstimmen zu können. 2013 wurden mit den folgenden G20-Ländern Finanzdialoge durchgeführt: Australien, Brasilien, China, Frankreich, Indien, Italien, Türkei und UK. In deren Rahmen wurden auch bilaterale Themen sowie die Frage der erneuten Teilnahme der Schweiz am G20 «*Finance Track*» unter der australischen Präsidentschaft 2014 behandelt.

► **Die Schweiz beteiligt sich an den Arbeiten von formellen und informellen G20-Arbeitsgruppen. Gelegenheiten wie die russische G20 Präsidentschaft 2013 und die kommende australische Präsidentschaft nutzt die Schweiz aktiv für ihre Interessen.**

Die Schweiz konnte 2013 auf Einladung der russischen G20-Präsidentschaft erstmals am «*Finance Track*» der G20 teilnehmen und unterstützte dabei die Prioritäten der Präsidentschaft zur Haushaltskonsolidierung und Reform der Finanzmarktregulierung. Die Schweiz hat im selben Rahmen in den G20-Arbeitsgruppen in den Bereichen Finanzpolitik, Korruptionsbekämpfung, Energie- und Rohstofffragen aktiv mitgearbeitet und ihre Sicht der Dinge eingebracht. Die Schweiz hat sich im Rahmen bilateraler Kontakte dafür eingesetzt, auch im Rahmen der australischen G20-Präsidentschaft im Jahr 2014 möglichst eng in die G20-Prozesse eingebunden zu werden.

► **Die Interessenmandate Russland–Georgien (einschliesslich das bilaterale Zollabkommen), Iran und Kuba sind gepflegt.***

Das Mandat zur Vertretung der US-amerikanischen Interessen in Iran wurde 2013 zur Zufriedenheit aller Parteien weitergeführt. Die Schweiz hat 2013 die Interessen Russlands in Georgien und jene Georgiens in Russland im Rahmen ihres Schutzmachtmandats vertreten. Des Weiteren hat die Schweiz den Implementierungsprozess des georgisch-russischen Abkommens über die Zollverwaltung und die Überwachung von Handelsgütern vom 9. November 2011 als neutrale Drittpartei erfolgreich begleitet, welches Russland den Beitritt zur Welthandelsorganisation ermöglichte. Das Interessenwahrungsmandat USA/Kuba, welches im Wesentlichen formeller Art ist, führte 2013 nicht zu nennenswerten Aktivitäten.

► **Die Strategie zur künftigen Zusammenarbeit der Schweiz mit der Organisation internationale de la Francophonie ist verabschiedet. Die Schweiz bringt sich in ausgewählten Bereichen, in denen sie über anerkannte Kompetenzen verfügt, verstärkt ein und leistet so einen nützlichen Beitrag für die Staatengemeinschaft.**

Die Strategie wurde in Form eines Konzepts für das Engagement der Schweiz in der Frankophonie umgesetzt. Sie wurde mit den betroffenen Ämtern und der Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie abgestimmt und legt das Schwergewicht auf die gute Regierungsführung. Des Weiteren umfasst sie Aktivitäten im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und der Forschung. Im Jahr 2013 legte die Schweiz den Schwerpunkt in der Frankophonie auf die Unterstützung der Transitionsländer. Sie stellte der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) eine Wahlexpertin für einen langfristigen Einsatz in Madagaskar zur Verfügung und unterstützte die OIF bei der Begleitung von Ländern nach einer Krise. Die Schweiz leistete auch einen Beitrag zum Projekt «Francophonie économique», indem sie im Oktober 2013 eine internationale Tagung über den breiten Zugang zu Finanzdienstleistungen organisierte, die die Grundlage für die künftige Partnerschaft zwischen OIF und Weltpostverein bildet.

► **Der Umstand, dass die Schweiz weltweit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation eine Spitzenstellung einnimmt, findet in der Aussenpolitik verstärkte Beachtung. Dazu sind die gegenseitigen Wechselwirkungen zwischen Aussenpolitik und Wissenschaft genauer analysiert und in Zusammenarbeit mit dem für Bildung, Forschung und Innovation zuständigen Departement ist eine Strategie erarbeitet, die einen optimalen Einsatz des schweizerischen Aussennetzes und grösstmögliche Synergien aus bestehenden Instrumenten der Bildungs- und Forschungszusammenarbeit der Schweiz zum Ziel hat.**

Die aufgrund interner Analysen erarbeitete und mit dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation informell bereits besprochene Strategie zeigt Wege für eine noch bessere Berücksichtigung des Bereichs Bildung, Forschung und Innovation als wichtigen Pfeiler für die aussenpolitische Positionierung der Schweiz auf. Dazu sieht sie insbesondere einen optimierten Einsatz von bestehenden Instrumenten und Ressourcen des EDA zur Promotion des Bildungs-, Wissenschafts- und Innovationsstandortes Schweiz vor.

- ▶ **Wissenschaftliche Aspekte sind in den internationalen Kontakten und Zusammenarbeitsforen systematisch eingebracht, wie z.B. bei der Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten im Rahmen der schweizerischen Ko-Präsidentschaft der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA).**

Fragen der Wissenschaftszusammenarbeit und die Stärken schweizerischer Akteure und Institutionen auf diesem Gebiet sind sowohl bilateral als auch multilateral bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Sprache gebracht worden. Die Schweiz konnte die durch die ESA-Ko-Präsidentschaft erhöhte politische Präsenz erfolgreich für die Zusammenarbeit nicht nur mit ihren Nachbarländern und weiteren europäischen ESA-Mitgliedsstaaten, sondern auch mit aussereuropäischen Raumfahrtnationen nutzen.

Ziel 5: Ausbau der Unterstützung von Schweizer Staatsangehörigen, die im Ausland wohnen, reisen oder im Ausland in Not geraten sind, sowie gezielte Gefahrenprävention

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Betrieb der Helpline EDA, einer zentralen Anlaufstelle für Fragen zu konsularischen Dienstleistungen in Verbindung mit der Internet-Plattform «itineris» zur Online-Registrierung für Auslandsreisende, ist konsolidiert.**

Die Helpline EDA hat 2013 rund 35'000 Anfragen entgegen genommen und beantwortet. Vor den Sommerferien 2013 wurde der Helpline-Flyer «Plane gut. Reise gut.» lanciert, der jedem neuen Schweizerpass beigelegt wird. Auf der Online-Registrierung «itineris» für Schweizerinnen und Schweizer auf Auslandsreisen sind rund 40'000 Personen registriert. Die Helpline verschickt in Zusammenarbeit mit dem Krisenmanagement-Zentrum regelmässig SMS an registrierte Personen, wenn sich in ihrem Reisegebiet die Sicherheitslage unerwartet massiv verschlechtert.

- ▶ **E-Government-Lösungen der Konsularischen Direktion sind entwickelt und stufenweise eingeführt.**

Zur Unterstützung von Schweizer Staatsangehörigen, die im Ausland wohnen oder reisen, wurde eine App für Mobiltelefon und Tabletcomputer mit verschiedenen nützlichen Dienstleistungen entwickelt. Zudem wurde eine Ausschreibung zur Entwicklung einer Plattform für die Verwaltung der immatrikulierten Auslandschweizerinnen und -schweizer und für die Abwicklung von konsularischen Dienstleistungen durchgeführt. Die mobilen Stationen zur Erfassung der biometrischen Daten, die für die Ausstellung von Pässen erforderlich sind, kommen breit zum Einsatz, insbesondere damit die Dienstleistungen für die weit von der zuständigen Schweizer Vertretung entfernten Personen möglichst bürgernah erbracht werden können. Im Visabereich wird die Möglichkeit, die ersten Etappen der Gesuchstellung online durchzuführen, durch externe Partner sichergestellt, denen gewisse Aufgaben übertragen wurden.

► **Die Dienstleistungen der Auswanderungsberatung sind auf der neuen Internetplattform abrufbar.**

Die Internetplattform «Leben im Ausland» bietet Informationen zu den Themen Auslandsaufenthalte, Auswanderung und Rückkehr in die Schweiz. Die derzeit 12 Länderdossiers und 10 Ratgeber sind in deutscher, französischer und italienischer Sprache verfügbar, der Ratgeber zur Rückkehr zusätzlich auch in Englisch.

► **Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Bereich der konsularischen Dienstleistungen ist weiter ausgebaut und formalisiert.**

Im Visabereich wurden neue Vertretungsvereinbarungen im Rahmen von Schengen abgeschlossen. Allgemein wurde dem Aufbau von Kooperationen im konsularischen Bereich besondere Aufmerksamkeit gewidmet, nachdem verschiedene Absichtserklärungen zwischen den zuständigen Ministerien abgeschlossen wurden (Brasilien, Neuseeland, Niederlande, Slowakei). Mit Österreich wurden formelle Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss eines Abkommens über konsularische Zusammenarbeit aufgenommen. Zudem wurden konsularische Konsultationen durchgeführt, einerseits um Partner zu finden, die die Unterstützung von Schweizer Staatsangehörigen übernehmen und die Einführung effizienter Prozesse zur Erteilung von Schengen-Visa überwachen können (Deutschland, Österreich, Spanien, Niederlande, Polen, Slowenien), andererseits um die Bewegungsfreiheit, den Aufenthalt und die Unterstützung für Schweizer Staatsangehörige in gewissen Staaten (Brasilien, China, Russland, Türkei) zu erleichtern.

► **Das Bewusstsein der Öffentlichkeit um die Risiken bei Auslandsreisen ist gewachsen und die Reisehinweise des EDA sind allgemein bekannt und ihre Expertise anerkannt. Die öffentliche Krisenprävention ist mit Auftritten von ehemaligen Geiseln, Filmen, der Teilnahme an Ferienmessen und dem gezielten Kontakt mit der Reisebranche ausgebaut.**

Die Schweizerin und der Schweizer, die im März 2012 nach achtmonatiger Geiselhaft aus Pakistan zurückgekehrt waren, haben sechs Auftritte an Tourismus-Fachschulen in vier Kantonen sowie an der Universität Bern absolviert. Ziel der Präventionskampagne 2012/13 war es, angehende Tourismusfachleute und Abenteuerreisende für die Risiken des Reisens in Gegenden, von denen das EDA abrät, zu sensibilisieren. Das Departement zieht nach Abschluss des Einsatzes eine positive Bilanz. Die Präventionsarbeit wurde zudem durch die Teilnahme des EDA an der Ferienmesse in Zürich weiter ausgebaut. Der Kontakt zur Reisebranche ist in Krisen etabliert und durch jährlichen Erfahrungsaustausch institutionalisiert worden.

► **Kreative Lösungen im Krisenmanagement, wie beispielsweise die Umsetzbarkeit einer elektronischen Datenaustauschplattform mit der Wirtschaft, sind evaluiert.**

Die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnern im Krisenmanagement wurde im Jahr 2013 durch bilaterale Kontakte weiter ausgebaut. Das Krisenmanagement-Zentrum des EDA setzte die Bemühungen fort, seine Instrumente zu modernisieren und zu evaluieren, um in der Krise Synergien mit anderen Akteuren optimal zu nutzen.

Ziel 6: Realisierung von Massnahmen für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie Landeskommunikation 2012–2015

Überwiegend realisiert

- ▶ **Das Bild der Schweiz im Ausland ist dank der internationalen Kooperation verbessert, namentlich dank dem Engagement in Bereichen, in welchen die Schweiz über besondere Stärken verfügt (z.B. Wasser und Sicherheit, Innovation, Bildung und Forschung, Abschaffung der Todesstrafe).**

Das Bild der Schweiz im Ausland konnte verbessert werden: Ein Dutzend Medien berichtete über das Engagement der Schweiz im Bereich der Wasserdiplomatie (Blue Peace). Im Bereich der Landeskommunikation wurde ebenfalls auf die Stärken der Schweiz hingewiesen. So standen beispielsweise bei den vom EDA unterstützten Projekten «Solar Impuls» und «Planet Solar» Innovationen im Bereich der nachhaltigen Energien im Vordergrund.

- ▶ **Das Schweizer Aussennetz ist unter Berücksichtigung der Aufgabenüberprüfung des Bundes gestärkt und modernisiert.**

Die vom Bundesrat am 25. April 2012 im Rahmen der Aufgabenüberprüfung des Bundes beschlossenen Massnahmen zur Optimierung des Vertretungsnetzes wurden 2013 planmässig weitergeführt. Mit dem Entscheid des Bundesrats vom 9. Oktober 2013, in Oman eine Botschaft sowie in Ho Chi Minh Stadt (Vietnam) ein Generalkonsulat zu eröffnen, wird das Aussennetz entsprechend der ausserpolitischen Strategie angepasst und gestärkt.

- ▶ **Um die Zusammenarbeit in der internationalen Kommunikation zwischen den Fachstellen innerhalb der Bundesverwaltung sicherzustellen, sind die interdepartementale Arbeitsgruppe Landeskommunikation und die thematischen Untergruppen lanciert.**

Für die 2012 lancierte interdepartementale Arbeitsgruppe Landeskommunikation ist auf Januar 2014 eine Folgesitzung zur Evaluation der thematischen Aktivitäten 2013 sowie Zieldefinition 2014 einberufen. Die thematische Zusammenarbeit mit den Fachämtern konnte 2013 in verschiedenen Bereichen wie Bildung, Forschung und Innovation fortgesetzt und intensiviert werden.

- ▶ **In den Bereichen der thematischen Chancen und Herausforderungen wurden Projekte der Landeskommunikation im In- und Ausland erfolgreich realisiert.**

Sowohl bei den rund 250 Projekten im Ausland als auch bei den rund 35 Delegationseinladungen in die Schweiz standen die Chancethemen wie Bildung, Forschung und Innovation, Verkehrs-, Umweltpolitik und direkte Demokratie im Vordergrund. Vereinzelt wurden auch Veranstaltungen zum Thema Finanzplatz durchgeführt.

- ▶ **Die Zusammenarbeit von Präsenz Schweiz mit privaten Akteuren im In- und Ausland im Rahmen von grösseren Projekten der Landeskommunikation ist weiter verstärkt und intensiviert.**

Präsenz Schweiz konnte das Netzwerk zu privaten Akteuren im In- und Ausland weiter ausbauen. Auch zeigte sich im Hinblick auf kommende Grossveranstaltungen (z.B. Weltausstellung Mailand 2015), dass man auf der guten Zusammenarbeit vergangener Projekte aufbauen und dieselben Partner wiederum gewinnen kann.

- ▶ **Die Kredite für die Auftritte der offiziellen Schweiz an den Olympischen Spielen und den Paralympischen Spielen 2016 in Rio de Janeiro (Brasilien) und 2018 in Pyeongchang (Korea) wurden dem Bundesrat unterbreitet.**

Der Bundesrat hat sich am 7. Juni 2013 für eine Schweizer Teilnahme an den Olympischen und den Paralympischen Spielen in Brasilien sowie für ein Rahmenprogramm Brasilien 2014–2016 ausgesprochen und die entsprechenden Mittel bewilligt. Der Antrag zur Schweizer Teilnahme in Pyeongchang konnte - wegen fehlender Angaben zur Infrastruktur vor Ort - nicht im Berichtsjahr unterbreitet werden.

Departement des Innern

Ziel 1: Weiterentwicklung der Regelungen im Bereich der Humanmedizin

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung von Artikel 119 Bundesverfassung und des Fortpflanzungsmedizingesetzes hinsichtlich der Zulassung der Präimplantationsdiagnostik ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 7. Juni 2013 die Botschaft zur Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich (Art. 119 BV) sowie des Fortpflanzungsmedizingesetzes (Präimplantationsdiagnostik) zuhanden der Eidgenössischen Räte verabschiedet. Damit ist das Vorverfahren der Gesetzgebung abgeschlossen.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen ist eröffnet.***

Am 12. März 2013 hat die Expertenkommission für genetische Untersuchungen beim Menschen dem Bundesrat ihre Empfehlung zur Revision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) zur Kenntnis gebracht. Die Empfehlung zeigt auf, dass beim GUMG ein grösserer Revisionsbedarf besteht als bisher angenommen. Weil die Vorarbeiten entsprechend mehr Zeit in Anspruch nahmen, konnte die Vernehmlassung nicht bis Ende 2013 eröffnet werden.

- ▶ **Das Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz) wird auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Die für den Vollzug notwendigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 20. September 2013 das neu erarbeitete Verordnungsrecht verabschiedet. Die Inkraftsetzung von Gesetz und Verordnungen erfolgt auf den 1. Januar 2014.

Ziel 2: Förderung der Gesundheit und Prävention

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Teilrevision des Medizinalberufegesetzes ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Medizinalberufegesetzes und den entsprechenden Gesetzesentwurf am 3. Juli 2013 verabschiedet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zum Gesundheitsberufegesetz ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Vorentwurf zu einem Gesundheitsberufegesetz am 13. Dezember 2013 eröffnet. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 18. April 2014.

- ▶ **Der Vernehmlassungsbericht zum Bundesgesetz über die Registrierung von Krebs und anderen Krankheiten ist veröffentlicht. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.***

Der Bundesrat hat am 30. Oktober 2013 den Vernehmlassungsbericht zum Bundesgesetz über die Registrierung von Krebs und anderen Krankheiten zur Kenntnis genommen. Der Vorschlag einer bundesgesetzlichen Regelung der Krebsregistrierung ist in der Vernehmlassung auf breite Zustimmung gestossen. Der Bundesrat hat deshalb das Eidgenössische Departement des Innern beauftragt, bis Ende 2014 einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur bundesgesetzlichen Regelung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung und Schall ist eröffnet.***

Die Erarbeitung des Gesetzesentwurfs dauerte länger als geplant, weil sich die Regelungen nicht nur auf gefährliche Laserpointer beschränken, sondern auch Massnahmen bei anderen Produkten, die mit nichtionisierender Strahlung und Schall arbeiten, vorsehen. Da in diesem Bereich bereits verschiedene gesetzliche Regelungen vorhanden sind und der Gesetzesentwurf nur Lücken schliessen sowie das Nötigste regeln soll, mussten zuerst Fragen zur Regelungstiefe, zur Verfassungsgrundlage, zum Vollzug und zu verschiedenen Zuständigkeiten beantwortet werden. Die Vernehmlassung konnte deshalb nicht im 2013 eröffnet werden.

- ▶ **Der Beschluss des Bundesrates über die Verlängerung des nationalen Programmes Migration und Gesundheit 2014–2016 liegt vor.***

Das Nationale Programm Migration und Gesundheit 2008–2013 ist lanciert worden, um die Gesundheit der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz zu verbessern und das Gesundheitssystem ihren spezifischen Bedürfnissen entsprechend auszugestalten. Der Bundesrat hat das Programm am 10. April 2013 bis Ende 2017 verlängert, damit die erfolgreiche Arbeit weitergeführt und nachhaltig verankert werden kann.

Ziel 3: Förderung von Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zum Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Entwurf des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier und die entsprechende Botschaft am 29. Mai 2013 ans Parlament überwiesen.

- ▶ **Die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 20. September 2013 entschieden, die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Gleichzeitig hat er einen Entwurf für eine Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes verabschiedet, die der Risikoselektion besser entgegenwirken soll.

► **Die Zusatzbotschaft zur Revision des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) ist verabschiedet.***

Die Erarbeitung der vom Parlament verlangten Zusatzbotschaft zur Revision des Unfallversicherungsgesetzes konnte nicht an die Hand genommen werden. Der Regelungsumfang war unter den Sozialpartnern umstritten. Da erst im letzten Quartal 2013 eine Einigung erzielt werden konnte, reichte die Zeit nicht mehr aus, die Vernehmlassungsvorlage bis Ende 2013 vorzubereiten.

► **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im Zusammenhang mit der Erleichterung von grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten im Gesundheitsbereich ist eröffnet.***

Die Erarbeitung des Gesetzesentwurfs dauerte länger als geplant, da verschiedene Fragen zu laufenden Pilotprojekten noch geklärt werden mussten. Die Vernehmlassung konnte deshalb nicht im Berichtsjahr eröffnet werden.

► **Der Bericht über Massnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege ist verabschiedet.***

Aufgrund der Überweisung des Postulats 13.3366 SGK-NR (Betreuungszulage und Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige) an den Bundesrat musste die inhaltliche Ausrichtung des Berichts über Massnahmen zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege um weitere Fragestellungen im Zusammenhang mit Massnahmen zur Entlastung und Unterstützung aller pflegenden Angehörigen ergänzt werden. Der Bericht konnte deshalb nicht im Berichtsjahr fertig gestellt werden.

► **Der Bericht über den Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten (in Erfüllung des Po. Heim 08.3493) ist veröffentlicht.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten» in Erfüllung des Postulates Heim (08.3493) am 18. Dezember 2013 gutgeheissen.

Ziel 4: Vertiefung der Beziehungen mit der EU im Gesundheitsbereich

Teilweise realisiert

► **Die Verhandlungen im Bereich Lebensmittelsicherheit und öffentliche Gesundheit sind weitergeführt.***

In Bezug auf die Bereiche Lebensmittelsicherheit und öffentliche Gesundheit explorierte das EDI mit der EU-Kommission (Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher) Optionen für ein beschleunigtes Vorgehen. In dieser Hinsicht steht unter anderem ein frühzeitiger Einbezug der Schweiz in das neue europäische Dispositiv zum Schutz vor schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen im Vordergrund. Ein diesbezügliches Treffen fand am 7. November 2013 in Brüssel statt.

- ▶ **Die Verhandlungen zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit sind aufgenommen.**

Die Verhandlungen im Bereich der Chemikaliensicherheit konnten 2013 noch nicht aufgenommen werden. Allerdings wurden die diesbezüglichen exploratorischen Gespräche mit der EU-Kommission wieder lanciert.

Ziel 5: Konsolidierung und Sicherung der Sozialwerke

Realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassungsvorlage zur Reform der Altersvorsorge entsprechend den vom Bundesrat festgelegten Eckwerten ist ausgearbeitet.***

Der Bundesrat hat am 21. Juni 2013 entschieden, die Reform der Altersvorsorge 2020 als Gesamtvorlage zu erstellen. Am 20. November 2013 hat der Bundesrat den entsprechenden Vorentwurf zur Reform der Altersvorsorge verabschiedet und die Vernehmlassung eröffnet.

Ziel 6: Weiterentwicklung der Familienpolitik

Realisiert

- ▶ **Die dritte Evaluation des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung liegt vor.***

Der dritte Evaluationsbericht zum Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung wurde im Dezember 2013 publiziert.

- ▶ **Der Bericht über die Sicherstellung der Finanzierung von Pro Juventute für die «Beratung und Hilfe 147» (in Erfüllung der Po. Schmid-Federer 10.4018 und Fiala 10.3994) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Pro Juventute Beratung und Hilfe 147» in Erfüllung der Postulate Fiala (10.3994) und Schmid-Federer (10.4018) am 3. Juli 2013 verabschiedet.

- ▶ **Der Bericht über «Freiwillige Elternzeit und Familienvorsorge» (in Erfüllung des Po. Fetz 11.3492) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Vaterschaftsurlaub und Elternurlaub. Auslegeordnung und Präsentation unterschiedlicher Modelle» in Erfüllung des Postulates Fetz (11.3492) am 30. Oktober 2013 verabschiedet.

Ziel 7: Bekämpfung der Armut in der Schweiz

Überwiegend realisiert

- ▶ **Das Bundesprogramm zur Prävention und Bekämpfung der Armut ist erarbeitet und vom Bundesrat verabschiedet.***

Am 15. Mai 2013 hat der Bundesrat das Konzept für das «Nationale Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut 2014–2018» gutgeheissen und dem Programm insgesamt 9 Millionen Franken zur Verfügung gestellt.

- ▶ **Der Bericht zu einer Rahmengesetzgebung für die Sozialhilfe ist erstellt und mit den Vertretungen der Kantone, Städte und Gemeinden diskutiert.***

Der Entwurf zum Bericht «Harmonisierung der Sozialhilfe» wurde von einer Arbeitsgruppe der Bundesverwaltung vorbereitet. Auf dieser Grundlage fand am 21. Oktober 2013 eine erste Diskussionsrunde mit Vertretern der Kantone, Gemeinden, Städte und der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe statt.

Ziel 8: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat von einer Studie zu den volkswirtschaftlichen Kosten von Gewalt in Paarbeziehungen Kenntnis genommen.***

Der Bundesrat hat am 6. November 2013 von der Studie Kenntnis genommen. Die Studie wurde am 19. November 2013 veröffentlicht.

- ▶ **Die Anzahl Kontrollen im Beschaffungswesen betreffend Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit ist erhöht.**

Das EBG hat im Jahr 2013 die Anzahl neuer Kontrollen im Beschaffungswesen auf sieben erhöht. Durchschnittlich wurden zwischen 2006 und 2012 jeweils drei neue Kontrollen pro Jahr eingeleitet.

Ziel 9: Umsetzung der Kulturpolitik des Bundes

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat über die Teilnahme am Kulturprogramm der EU 2014–2020 eine Aussprache geführt und über das weitere Vorgehen entschieden.**

Der Bundesrat hat am 18. Dezember 2013 einen Entwurf für ein Verhandlungsmandat über die Teilnahme am EU-Kulturprogramm 2014–2020 verabschiedet und das EDI beauftragt, die Aussenpolitischen Kommissionen sowie die Kantone zu konsultieren.

▶ **Die Botschaft zur Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 7. Juni 2013 den Entwurf und die Botschaft zum Bundesgesetz über die Vermittlung schweizerischer Bildung im Ausland verabschiedet.

▶ **Die Anhörung der Verordnung zum revidierten Auslandschweizer-Ausbildungsgesetz ist eröffnet.**

Die Anhörung zur Verordnung zum revidierten Auslandschweizer-Ausbildungsgesetz ist noch nicht eröffnet worden, weil sich das revidierte Gesetz noch in der parlamentarischen Beratung befindet.

▶ **Der Bericht zur Umsetzung des Bundesbeschlusses über die Jugendmusikförderung ist erarbeitet.**

Eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone, Städte und Gemeinden sowie verschiedener Musikverbände hat ihren Bericht zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels zur musikalischen Bildung (Art. 67a BV) am 4. November 2013 verabschiedet. Der Bundesrat wird im Rahmen der Kulturbotschaft 2016–2019 entscheiden, welche Massnahmen er umsetzen will.

▶ **Die Botschaft zum bilateralen Abkommen betreffend Teilnahme am MEDIA Programm 2014–2020 ist verabschiedet.***

Ab Juli 2013 haben Sondierungsgespräche mit der EU stattgefunden, um die Bedingungen für die Erneuerung der Teilnahme der Schweiz am MEDIA-Programm 2014–2020 zu klären, für das der Bundesrat am 13. September 2013 ein Verhandlungsmandat verabschiedet hat. Die EU verfügt noch nicht über ein solches Mandat, sollte es jedoch Anfang 2014 erhalten. Am 18. Dezember 2013 hat der Bundesrat auch den Entwurf eines Verhandlungsmandats über die Teilnahme der Schweiz am EU-Programm Kultur 2014–2020 verabschiedet, da MEDIA und Kultur dem neuen Rahmenprogramm « Kreatives Europa » angegliedert werden.

Ziel 10: Optimierung der Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Bundesstatistik

Realisiert

▶ **Die Änderungen in der Statistikerhebungsverordnung sind verabschiedet.**

Am 18. Dezember 2013 hat der Bundesrat das Inkrafttreten der Änderung der Statistikerhebungsverordnung sowie der neuen Verordnung des Eidgenössischen Departements des Innern über die Verknüpfung statistischer Daten auf den 15. Januar 2014 festgelegt.

▶ **Die Änderungen des Anhangs A des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft [heute EU] über die Zusammenarbeit im Bereich der Statistik ist in Kraft getreten.**

Der Bundesrat hat den Entwurf für den Beschluss Nr. 1/2013 des Statistikausschusses Schweiz – EU (gemischter Ausschuss) zur Ersetzung von Anhang A des Abkommens am 29. Mai 2013 genehmigt. Der Beschluss wurde am 12. Juni 2013 vom Statistikausschuss Europäische Union/Schweiz verabschiedet und trat am selben Tag in Kraft.

► **Der Bundesrat hat den Bericht über die Indikatoren der Informationsgesellschaft in der Schweiz verabschiedet.**

Der Bundesrat hat den Bericht des EDI über die Entwicklung von Indikatoren zur Informationsgesellschaft in der Schweiz am 22. Mai 2013 verabschiedet und das BFS mit der im Bericht empfohlenen Durchführung einer Haushaltserhebung im Jahr 2014 betraut.

► **Ein Konzept für ein umfassendes Informationssystem zur Messung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung ist erarbeitet.**

Das Grundkonzept für ein umfassendes Informationssystem zur Messung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung ist ausgearbeitet und mit den mitbeteiligten Departementen (UVEK/BAFU, BFE; WBF/SECO) diskutiert worden. Die Arbeiten laufen planmässig gemäss Bericht an den Bundesrat «Grüne Wirtschaft: Berichterstattung und Aktionsplan» vom 8. März 2013.

Ziel 11: Einführung des «Single Point of Orientation» (SPO)

Nicht realisiert

► **Die Vorbereitungen zur Einführung des Single Point of Orientation (SPO, zentrales Register zur Suche von amtlichen Dokumenten in der Bundesverwaltung) werden fortgesetzt.**

Die technischen Abklärungen zur Einführung eines zentralen Registers für Behördendaten in der gesamten Bundesverwaltung sind erfolgt. Die betrieblichen und organisatorischen Voraussetzungen für den Einsatz eines SPO sind jedoch zurzeit noch nicht gegeben, da in der Bundesverwaltung noch nicht flächendeckend Geschäftsverwaltungssysteme eingeführt sind. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, das Projekt vorläufig zu sistieren. Er hat das EDI beauftragt, dem Bundesrat bis Ende 2017 eine Situationsanalyse und einen Vorschlag betreffend einer Wiederaufnahme des Projektes zu unterbreiten.

Ziel 12: Strukturelle und betriebliche Reform MeteoSchweiz

Realisiert

► **Durch strukturelle und betriebliche Reformschritte wird sichergestellt, dass die Empfehlungen der EFK umgesetzt werden.**

Anfang 2013 wurden letzte organisatorische Anpassungen vorgenommen. Diese betrafen einerseits die Fachbereiche, andererseits die Supportbereiche. Die organisatorische Reform ist damit abgeschlossen. Feinjustierungen aufgrund der Bearbeitung inhaltlicher Themen erfolgen laufend.

- ▶ **MeteoSchweiz setzt die laufenden Anstrengungen fort, um Organisation, Leistungsportfolio, Führungs- und Steuerungsinstrumente weiter zu verbessern und den Nutzen für die Bevölkerung zu erhöhen.**

Im Rahmen des Projektes «SAP-Optimierung» wurde das Produktportfolio neu gegliedert, eine neue Kosten- und Leistungsrechnung erarbeitet, eine prozessorientierte Auftragsabwicklung und Fakturierung aufgebaut sowie die Ablösung bestehender Tools für die Erfassung der Präsenz- und Leistungszeit durch Bundeslösungen vorbereitet. Die Anpassungen werden per 1. Januar 2014 in den operationellen Betrieb überführt.

Ziel 13: Rechtliche Rahmenbedingungen für den freien Zugang zu Meteodaten (Open Government Data Prinzip)

Realisiert

- ▶ **Es wird geprüft, wie weit das «Open Government Data Prinzip» auf Basis des geltenden Meteorologieggesetzes umgesetzt werden kann oder ob weitergehende Massnahmen nötig sind.**

Die Prüfung hat ergeben, dass das Meteorologieggesetz in Teilen zu revidieren sowie die Verordnung anzupassen ist, damit die kostenlose Bereitstellung von Wetter- und Klimadaten auf klaren rechtlichen Grundlagen basiert.

Ziel 14: Stärkung des Tier- und Artenschutzes

Realisiert

- ▶ **Die Revision der Tierschutzverordnung ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Änderung der Tierschutzverordnung am 23. Oktober 2013 verabschiedet.

- ▶ **Das Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten und die Ausführungsbestimmungen sind in Kraft gesetzt.**

Der Bundesrat hat seine Ausführungsverordnung zum Bundesgesetz vom 16. März 2012 über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten am 4. September 2013 gutgeheissen. Gleichentags hat der Vorsteher des EDI zudem die Verordnung des EDI über die Kontrolle des Verkehrs mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten gutgeheissen. Die Inkraftsetzung von Gesetz und Verordnungen ist auf den 1. Oktober 2013 erfolgt.

Ziel 15: Verbesserung des Datenmanagements und effizientere Koordination der Kontrollen entlang der Lebensmittelkette

Realisiert

- ▶ **Die Anhörung zur Revision der Verordnung über das Informationssystem für den öffentlichen Veterinärdienst ist durchgeführt.**

Die Anhörung wurde am 7. Juni 2013 eröffnet. Die interessierten Kreise waren eingeladen, bis zum 2. September 2013 zum Entwurf Stellung zu nehmen.

Ziel 16: Integration des Bundesamts für Veterinärwesen

Realisiert

- ▶ **Der Transfer und die Integration des Bundesamts für Veterinärwesen und seines Instituts für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe ins EDI sind erfolgreich umgesetzt.**

Das Bundesamt für Veterinärwesen sowie das Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe wurden reibungslos ins EDI transferiert und integriert.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassung zu einer Revision des Asylgesetzes ist eröffnet (Umsetzung der Neustrukturierung im Asylbereich).***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 14. Juni 2013 eröffnet.

- ▶ **Die Botschaft zu einer Revision der integrationsrechtlichen Bestimmungen im Ausländergesetz und in Spezialgesetzen ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 8. März 2013 verabschiedet.

- ▶ **Das Arbeitsprogramm der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) wird im Rahmen des Integrationsdialogs umgesetzt. Der Dialog mit den relevanten Partnern in den Bereichen «Gesundheit, Familie, Frühförderung» ist erfolgreich gestartet. Initiativen und Projekte in diesen Bereichen sind lanciert worden. Der Dialog «Arbeitsleben» ist weitergeführt worden.**

Die Dialogschiene «Aufwachsen – gesund ins Leben starten» ist am 22. November 2013 unter Anwesenheit von rund 40 Vertreterinnen und Vertretern staatlicher Institutionen aller drei politischer Ebenen und zahlreicher Berufs- und Standesorganisationen lanciert worden. Deren Ziel ist es, mit konkreten Projekten dazu beizutragen, dass alle Kinder in der Schweiz, unabhängig von ihrer sozialen oder nationalen Herkunft, ihr Leben möglichst gesund beginnen können. In der Dialogschiene «Arbeiten - Chancen geben, Chancen nutzen» haben die Dialogpartnerinnen und -partner am 6. Dezember 2013 auf technischer Ebene eine positive Zwischenbilanz gezogen und die Arbeitsschwerpunkte 2014 definiert, bspw. werden die Erfahrungen aus dem Projekt «Deutsch auf der Baustelle» auf die Westschweiz übertragen.

- ▶ **Die kantonalen Integrationsprogramme sind gemäss den im Rundschreiben vom Juni 2012 dargelegten Kriterien geprüft und entsprechende Programmvereinbarungen mit allen Kantonen abgeschlossen.**

Die Voreingaben der Kantone wurden per 28. Februar 2013 geprüft. Die definitiven Eingaben erfolgten plangemäss am 30. Juni 2013. Die Unterzeichnung durch das Bundesamt für Migration ist am 30. September 2013 erfolgt.

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und je nach Ergebnis die Botschaft zur Umsetzung der Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 26. Juni 2013 verabschiedet.

- ▶ **Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU zur Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Kroatien sind im Gang (wenn Kroatien wie geplant am 1.7.2013 der EU beitrifft).**

Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat am 8. März 2013 verabschiedet. Die Verhandlungen sind mit der Paraphierung des Protokolls zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien am 15. Juli 2013 abgeschlossen worden. Nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens muss dem Bundesrat eine Botschaft zur Verabschiedung unterbreitet werden.

- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer bezüglich der Sanktionen gegen Transportunternehmen («carrier sanctions»), des Passagier-Informationssystems («Advance Passenger Information», API) und der Finanzierung von Administrativhaftplätzen ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 8. März 2013 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Aufhebung des Cabaret-Tänzerinnen-Statuts und die entsprechende Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) gutgeheissen.**

Die Auswertung der im Jahr 2012 durchgeführten Vernehmlassung hat gezeigt, dass ein allgemeiner Handlungsbedarf im Erotikbereich besteht, der über den Cabaret-Bereich hinausgeht. Deshalb wurde vor einer Entscheidung über das weitere Vorgehen in Sachen Cabaret-Statut eine Expertengruppe unter der Leitung von Alt-Regierungsrätin Kathrin Hilber eingesetzt. Die Expertengruppe besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von Frauenschutzorganisationen im Erotikbereich, der Sozialpartner, der Kantone sowie der betroffenen Bundesstellen. Die Expertengruppe ist daran, Vorschläge für den verbesserten Schutz von Frauen, die im Erotikbereich tätig sind, auszuarbeiten. Dabei werden insbesondere Massnahmen in den Bereichen Arbeitsrecht, Opferschutz und Prävention sowie in der internationalen Zusammenarbeit geprüft. Die Erkenntnisse der Expertengruppe werden in einem Bericht zusammengefasst. Nach Vorliegen des Berichts wird der Bundesrat über das weitere Vorgehen in Sachen Cabaret-Statut entscheiden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zu Wirksamkeit und Kosten der Rückkehrhilfe (in Erfüllung des Po. Müller Philipp 11.3062) verabschiedet.***

Der Bericht konnte nicht im Berichtsjahr vom Bundesrat verabschiedet werden. Da zuerst die Ergebnisse der externen Evaluation der Rückkehrhilfe abgewartet werden mussten, ist es bei der Erstellung des Berichtes zu Verzögerungen gekommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Situation der Musliminnen und Muslime in der Schweiz (in Erfüllung der Postulate Amacker-Amann 09.4027, Leuenberger 09.4037 und Malama 10.3018) verabschiedet.***

Der Bericht wurde am 8. Mai 2013 vom Bundesrat gutgeheissen.

- ▶ Die Schweiz hat ihre Zusammenarbeit mit weiteren wichtigen Herkunftsstaaten (Sri Lanka, Angola, DR Kongo, Marokko) verstärkt und den Migrationsdialog mit diesen Staaten durch den Abschluss von Rückübernahme- und Visaabkommen (Abkommen sind paraphiert bzw. unterzeichnet) und durch Projekte institutionalisiert (Projekte sind identifiziert oder werden umgesetzt).

Migrationsabkommen mit Kongo und Angola wurden unterzeichnet. Das Migrationsabkommen mit Kamerun ist ausgehandelt und der Abkommenstext zum Rückübernahmeabkommen mit Sri Lanka bereinigt. Visaerleichterungsabkommen für Diplomaten und Diplomaten wurden mit Angola unterzeichnet und mit Kamerun, Qatar und Laos ausgehandelt. Projekte auf der Basis der Migrationsabkommen wurden noch nicht umgesetzt, da diese Abkommen auf der Partnerseite noch nicht formell in Kraft getreten sind.

- ▶ Der Bundesrat hat ein umfassendes Resettlement-Konzept genehmigt. Es geht dabei um eine verstärkte Politik der Aufnahme von Flüchtlingsgruppen in der Schweiz über mehrere Jahre. Ziel ist es, jährlich gezielt und strukturiert eine Quote von Flüchtlingen in der Schweiz aufzunehmen und mit den Kantonen/Gemeinden sicherzustellen, dass deren Integration möglichst schnell gelingt. Für die Auswahl der Flüchtlinge ist eine enge Zusammenarbeit mit dem UNHCR zwingend.

Das Konzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingsgruppen wurde vom Bundesrat am 4. September 2013 genehmigt und befindet sich zurzeit in der Umsetzungsphase.

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

Überwiegend realisiert

- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zum Strafregistergesetz Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*

Nachdem das neue Strafregistergesetz in der Vernehmlassung auf grosse Zustimmung gestossen ist, hat das EJPD im Sommer 2013 entschieden, dem Bundesrat die Vernehmlassungsergebnisse direkt zusammen mit der Botschaft zum überarbeiteten Gesetzesentwurf zu unterbreiten.

- ▶ Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) ist verabschiedet.*

Der Bundesrat hat die Botschaft am 27. Februar 2013 verabschiedet.

- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die von der Schweiz aus im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BAPS) ist verabschiedet.*

Der Bundesrat hat die Botschaft am 23. Januar 2013 verabschiedet.

- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Änderung des Korruptionsstrafrechts (Privatbestechung) eröffnet.*

Die Vernehmlassung wurde am 15. Mai 2013 vom Bundesrat eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Verordnung über Präventionsmassnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels (gestützt auf Art. 386 StGB) verabschiedet.**

Die Verordnung über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel (Verordnung gegen Menschenhandel) wurde am 23. Oktober 2013 vom Bundesrat verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen betreffend das Polizeiaufgabengesetz (PolAG) entschieden. Dies im Nachgang zu den parlamentarischen Beratungen zum bundesrätlichen Bericht «Innere Sicherheit: Klärung der Kompetenzen».***

Der Bundesrat hat am 26. Juni 2013 darüber informiert, dass aufgrund des uneinheitlichen Vernehmlassungsergebnisses und der abgeschlossenen parlamentarischen Diskussionen zu den verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Bundes in der inneren Sicherheit die Gesetzgebungsarbeiten zum Polizeiaufgabengesetz eingestellt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Aktionsplan Integrierte Grenzverwaltungsstrategie verabschiedet.***

Der Aktionsplan Integrierte Grenzverwaltungsstrategie konnte im Berichtsjahr nicht vom Bundesrat verabschiedet werden. Die grosse Zahl der mitbeteiligten Akteure und vor allem der vertiefte, für den Erfolg des Aktionsplans unabdingbare Einbezug der Kantone führten zu einer Verzögerung gegenüber dem ursprünglichen Projektplan.

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis zu einem Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität sowie gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 13. Dezember 2013 vom Ergebnis der Vernehmlassung Kenntnis genommen und das EJPD beauftragt, unter Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse eine Botschaft auszuarbeiten.

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet zur Änderung des Bundesgesetzes über internationale Rechtshilfe in Strafsachen.***

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2013 das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und beschlossen, die Vorlage zurückzustellen. Sie soll auf die Revision des Steuerstrafrechts und die Umsetzung der 2012 revidierten GAFI-Empfehlungen zur Geldwäscherei abgestimmt und an die Entwicklung der schweizerischen Steuer- und Finanzmarktpolitik angepasst werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen mit Blick auf die allfällige Aufnahme von Verhandlungen mit der EU betreffend die Verstärkung und Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten (Prüm) entschieden.***

Im Berichtsjahr wurden technische und finanzielle Abklärungen u.a. mit den Kantonen getroffen. Die Kantone unterstützen das Vorhaben. Der Bundesrat wird erst 2014 über die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU über die Beteiligung der Schweiz an der Prümer Zusammenarbeit entscheiden.

- ▶ **Die Zusatzvereinbarung zur Beteiligung der Schweiz an der IT-Agentur im Rahmen von Schengen-Dublin ist vom Bundesrat unterzeichnet.**

Nach fünf Runden sind die Verhandlungen zur Beteiligung der Schweiz an eu-LISA (vormals «IT-Agentur») bereits weit fortgeschritten. Zu einer Verspätung kam es aufgrund des Zeitverlusts der Kommission zu Beginn der Verhandlungen sowie der Probleme in Bezug auf die Frage der Finanzierung und der Stimmrechte. Im November 2013 konnten sich die Verhandlungsparteien schliesslich einig werden. Das vorläufige Ergebnis wird bis im Januar 2014 von den verschiedenen Dienststellen der Europäischen Kommission geprüft.

- ▶ **Das neue bilaterale Polizeikooperationsabkommen mit Italien ist paraphiert.**

Das bilaterale Polizeikooperationsabkommen wurde am 14. Oktober 2013 von der Vorsteherin des EJPD in Rom unterzeichnet.

- ▶ **Die Schweiz hat Beiträge im Rahmen von Gemeinschaftsaktionen in den Bereichen Grenzsicherung und Verwaltung des Schengen-Raums geleistet. Zudem hat sie Aufgaben im Rahmen des EU Aktionsplans zur Verminderung des Migrationsdrucks (bspw. zur Ausübung der sog. Schutzengel-Funktion) übernommen.**

Die Schweiz hat sich aktiv an den Beratungen zur Reform der so genannten Schengen Governance, d.h. der Verwaltung der Binnengrenzen sowie der gegenseitigen Evaluation, beteiligt. Die Arbeiten mündeten in eine Schengen-Weiterentwicklung, zu welcher der Bundesrat am 20. November 2013 die Vernehmlassung eröffnet hat. Im Rahmen des EU-Aktionsplans zur Verminderung des Migrationsdrucks hat die Schweiz eine europäische Expertenkonferenz zum Thema Rückkehr organisiert, welche vom 23.–25. Oktober 2013 in Zürich stattfand.

- ▶ **Die der Schweiz notifizierte Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.**

Die EU hat der Schweiz im Jahr 2013 insgesamt 15 Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes und 2 Weiterentwicklungen des Dublin-/Eurodac-Besitzstandes zur Übernahme notifiziert. Die Notifikation der Übernahme seitens der Schweiz an die EU erfolgte ausnahmslos rechtzeitig. Während im Dublin-Bereich beide Weiterentwicklungen (Übernahme der Verordnungen (EU) Nr. 603/2013 bzw. (EU) Nr. 604/2013) der parlamentarischen Genehmigung bedürfen, lag die Abschlusskompetenz für die Notenaustausche im Bereich Schengen grundsätzlich beim Bundesrat. Lediglich bei 3 der 15 Weiterentwicklungen bedürfen die entsprechenden Notenaustausche hier der Genehmigung durch die Bundesversammlung (Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 zur Änderung des Schengener Grenzkodex, der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 zur Errichtung von Eurosur sowie der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus). In Bezug auf alle 5 Weiterentwicklungen, für deren Übernahme und allfällige Umsetzung die Bundesversammlung zuständig ist, wurde ein Vernehmlassungsverfahren bei interessierten Kreisen und den Kantonen durchgeführt. Die entsprechenden Vorlagen befinden sich derzeit im Stadium der Vorbereitung der entsprechenden Botschaft.

- ▶ **Die Botschaft über die Teilnahme der Schweiz als Beobachterin am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ist verabschiedet.***

Die Verhandlungen waren schwieriger als erwartet. Dies hat dazu geführt, dass vier Verhandlungsrunden nötig waren, um ein zufriedenstellendes Resultat zu erhalten. Die Verhandlungen konnten erst am 26. Juni 2013 mit der Paraphierung abgeschlossen werden. Die letzten zwei Verhandlungsrunden haben sich besonders in die Länge gezogen, weil die Europäische Kommission für eigentlich abgeschlossene Artikel im Abkommen neue Vorschläge eingebracht hat. Dies hat zu zeitaufwendigen Abklärungen auf beiden Seiten geführt, bis schlussendlich ein Kompromiss gefunden werden konnte. Da die offiziellen Übersetzungen der Vereinbarung auf Deutsch, Französisch und Italienisch noch nicht vorliegen, konnte die Vernehmlassung nicht mehr im Berichtsjahr eröffnet werden.

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (Unterhaltsrecht) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. November 2013 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (Vorsorgeausgleich) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. Mai 2013 verabschiedet.

▶ **Die Vernehmlassung zur Revision des Lotteriegesetzes ist eröffnet.***

Bei der Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage zu einem neuen Geldspielgesetz werden die Kantone und die interessierten Kreise in die Arbeiten miteinbezogen. Aufgrund einer Verzögerung bei der Besetzung der Präsidentschaft der entsprechenden Studienkommission konnten die Arbeiten nicht wie geplant aufgenommen und deshalb die Vernehmlassung bis Ende 2013 noch nicht eröffnet werden.

Ziel 5: Staatliche Institutionen

Teilweise realisiert

▶ **Die Vernehmlassung zu einer Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (Vorprüfung von Volksinitiativen) und der Bundesverfassung (Erweiterung der materiellen Schranken von Verfassungsrevisionen) ist eröffnet.***

Die Vernehmlassung wurde am 15. März 2013 vom Bundesrat eröffnet.

▶ **Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis zur Änderung des Bundesgesetzes über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (ZertES) und über das weitere Vorgehen entschieden.***

Das Mitberichtsverfahren wurde im Berichtsjahr eröffnet, die Botschaft konnte jedoch nicht mehr vor Ende 2013 vom Bundesrat verabschiedet werden.

▶ **Der Bundesrat hat die Änderungen der Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige im Hinblick auf die Einführung des neuen Ausstellungsverfahrens für Identitätskarten (Ausstellung bei den Gemeinden in einem elektronischen Verfahren) verabschiedet.**

Die Anpassung der Ausweisverordnung konnte dem Bundesrat noch nicht unterbreitet werden. Neben den Anpassungen, welche für die Einführung des neuen Antragsverfahrens für Identitätskarten bei den Gemeinden notwendig sind, soll mit der geplanten Revision auch die vom Parlament verabschiedete Motion Geissbühler 10.3917 «Zugriff seitens der Polizei auf die ISA-Datenbank» umgesetzt werden.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

Realisiert

▶ **Die Botschaft zur Änderung des Obligationenrechts (Verjährungsrecht) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. November 2013 verabschiedet.

▶ **Die Botschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts (Sanktionen bei missbräuchlicher oder ungerechtfertigter Kündigung) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 20. November 2013 verabschiedet.

Ziel 7: Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat von einer Studie zu Instrumenten und Massnahmen zur Durchsetzung der Lohngleichheit Kenntnis genommen.***

Der Bundesrat hat am 13. Dezember 2013 zwei Studien zum Thema Lohngleichheit zur Kenntnis genommen. Die erste Studie zeigt auf, welche staatlichen Massnahmen andere Länder kennen, die zweite präsentiert mögliche Massnahmen für staatliche Kontrollen und Durchsetzungsinstrumente in der Schweiz.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Umsetzung des Armeebereichs 2010 und Weiterentwicklung der Armee

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee (Armeebereich 2010) ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 26. Juni 2013 eröffnet und per 17. Oktober 2013 abgeschlossen.

- ▶ **Die notwendigen Voraussetzungen für die Umsetzung des Armeebereichs sind, basierend auf den Handlungsrichtlinien und Eckwerten von Bundesrat und Parlament, geschaffen.**

Die Projektziele 2013 wurden zeitgerecht erreicht. Verschiedene Varianten und Eventualplanungen wurden erarbeitet. Die Planung der Detailstrukturen der Kommando, der Personalbedarf sowie die Planung der Armeeorganisation stehen noch aus, da die definitiven Entscheide zum künftigen Armeebudget und zur Überführungsplanung erst im 4. Quartal 2013 gefällt wurden.

- ▶ **Die mittelfristige Armeepflege sowie die Rüstungs- und Immobilienplanung sind auf die Handlungsrichtlinien und Eckwerte von Bundesrat und Parlament sowie auf die Ressourcenlage ausgerichtet.**

Der MASTERPLAN 2014 ist in Arbeit. Die Planung zur materiellen Sicherstellung der Armee 2014 ist durch den Bundesrat am 26. Juni 2013 verabschiedet worden. Die Rüstungs- und Immobilienplanung liegt vor. Sämtliche Planungen sind auf die Handlungsrichtlinien und Eckwerte von Bundesrat und Parlament sowie auf die Ressourcenlage ausgerichtet.

- ▶ **Der Bericht über mögliche Immobilienverkäufe des VBS (in Erfüllung des Po. SiK-SR 11.3753) ist verabschiedet.***

Der Bericht konnte 2013 nicht mehr verabschiedet werden, da der Entwurf des Stationierungskonzepts der Armee erst am 26. November 2013 veröffentlicht wurde und die Kantone dazu noch Stellung nehmen können.

Ziel 2: Stärkung der unternehmerischen Führung im Departement

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die betriebswirtschaftliche Führung im VBS (insbesondere Führung mit der Kosten-Leistungs-Rechnung und Projektportfoliomanagement) ist nachweislich gestärkt.**

Zur Stärkung der betriebswirtschaftlichen und insbesondere der kostenbasierten Führung im Departement wurden sogenannte «Wissenschecks» und massgeschneiderte Ausbildungen durchgeführt. Das Projektportfoliomanagement wurde mit organisatorischen Massnahmen vorangetrieben. Strategische Projekte, insbesondere deren Planung, Führung und Controlling, werden in regelmässigen Abständen auf Stufe Chef VBS behandelt.

▶ **Die unternehmerische Führung Verteidigung ist gestärkt und die neu definierten Führungsprozesse sind etabliert.**

Das Zusammenarbeitsmodell im Departementsbereich Verteidigung, insbesondere bezüglich der betriebswirtschaftlichen Führung, ist geregelt und eingeführt. Die entsprechenden Gremien (Armeeführungsrapport und Unternehmensführungsrapport) sind etabliert und deren Aufgaben und Verantwortlichkeiten geklärt. Die entsprechenden Schnittstellen zur Stufe Departement, zur Bundesverwaltung und zur Politik sind identifiziert und festgelegt.

▶ **Die IKT Betriebskosten sind nachweislich weiter gesenkt.**

Die Einsparvorgaben für 2013 konnten realisiert werden.

▶ **Das Beschaffungs- bzw. Lebenswegmanagement von Systemen und Material ist harmonisiert. Die eingeführten, informatikunterstützten Prozesse sind angepasst und etabliert.**

Im Rahmen des Enterprise-Resource-Planning Systems VBS wurde der Beschaffungsbuchungskreis armasuisse in den Buchungskreis Verteidigung integriert, was eine ganzheitliche Kostenbetrachtung in Projekten und Systemen über die Bereiche Verteidigung und armasuisse ermöglicht. Die Prozesse sind angepasst – deren Umsetzung und Festigung müssen jedoch noch verbessert werden. Die Integration der Luftwaffe steht noch aus.

▶ **Erkanntes Verbesserungspotenzial im Bereich des Immobilienmanagements VBS (z.B. Projektauf- und -führung) wird umgesetzt.**

Die Prozesse des Immobilienmanagements VBS wurden teilweise überprüft bzw. auditiert. Die Auswertung inklusive Verbesserungsmassnahmen liegt vor. Die Umsetzung der Massnahmen ist noch nicht erfolgt.

Ziel 3: Umsetzung Sicherheitsverbund Schweiz

Realisiert

▶ **Die Prozesse des Sicherheitsverbunds sind operativ. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen den verschiedenen Partnern auf Stufe Bund und Kantonen sind geklärt. Der Handlungsbedarf ist im Rahmen einer entsprechenden Konzeption inklusive Umsetzungsplanung festgehalten.**

Die Gremien des Sicherheitsverbunds Schweiz (SVS) sind operationell und koordinieren aktuelle sicherheitspolitische Geschäfte zwischen Bund und Kantonen. Projekte und Vorhaben sind erfolgreich angelaufen und können Anfang 2015 zusammen mit den Ergebnissen der Sicherheitsverbundsübung 2014 evaluiert werden. Dazu haben der Bundesrat, die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr sowie die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren eine Verlängerung der Pilotphase für den SVS bis Ende 2015 beschlossen.

▶ **Die Sicherheitsverbundsübung 2014 ist fertig geplant und bereit zur Umsetzung.**

Die Planungsarbeiten zur Durchführung der Sicherheitsverbundsübung 2014 sind auf Kurs.

Ziel 4: Weiterentwicklung Bevölkerungsschutz, Zivilschutz und Kulturgüterschutz

Teilweise realisiert

▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Gesetzes über den Kulturgüterschutz eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 15. März 2013 eröffnet und die bereinigte Gesetzesvorlage zuhanden der Eidgenössischen Räte am 13. November 2013 verabschiedet.

▶ **Das Konzept für den Zivilschutz liegt im Rahmen der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ vor.**

Der Projektauftrag für die Umsetzung der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ wurde im März 2013 vom Chef VBS und dem Präsidenten der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr unterzeichnet. Auf Begehren der Kantone sowie begründet durch den Koordinations- und Abstimmungsbedarf zwischen den beiden Projekten, mussten die Termine angepasst werden. Beide bereinigten Konzepte (Bevölkerungsschutz 2015+ und Zivilschutz 2015+) wurden neu auf den März 2015 terminiert.

Ziel 5: Sportförderungsgesetz und Olympische Winterspiele 2022

Realisiert

▶ **Die neuen Vollzugsstrukturen und -prozesse zum Sportförderungsgesetz sind operationell.**

Die Vollzugsstrukturen und -prozesse sind operationell und laufen gemäss Planung.

▶ **Die Massnahmen im Zusammenhang mit der Kandidatur der Schweiz für die Olympischen Winterspiele 2022 sind umgesetzt.***

Der Bundesrat hat die Botschaft bereits am 21. November 2012 verabschiedet. Da das Stimmvolk des Kantons Graubünden die Kandidatur im März 2013 abgelehnt hat, ist die Botschaft hinfällig geworden.

Ziel 6: Nachrichtendienstgesetz (NDG)

Überwiegend realisiert

▶ **Die Botschaft zu einem neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG) ist verabschiedet.***

Die Botschaft zum Nachrichtendienstgesetz konnte nicht mehr 2013 verabschiedet werden, weil die Bereinigung der Differenzen aus der zweiten Ämterkonsultation nicht mehr im Berichtsjahr stattfinden konnte.

► **Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Zuständigkeiten im Bereich des Zivilen Nachrichtendienstes (ZNDG) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft und den Entwurf für die Änderung des Bundesgesetzes über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes am 14. August 2013 verabschiedet.

Finanzdepartement

Ziel 1: Wahrung des Gleichgewichts des Bundeshaushalts

Realisiert

- ▶ **Der Bericht zur Schuldenbremse (in Erfüllung des Po. Graber 10.4022) ist vom Bundesrat verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Die Schuldenbremse des Bundes: Erfahrungen und Perspektiven» in Erfüllung der Postulate Graber Jean-Pierre (10.4022), Landolt (11.3547) und Fischer (12.3552) am 29. November 2013 gutgeheissen.

Ziel 2: Weiterentwicklung der ergebnisorientierten Verwaltungsführung

Realisiert

- ▶ **Die Botschaft über das Neue Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB) ist verabschiedet. Vorgängig hat eine Konsultation der interessierten parlamentarischen Kommissionen zum Detailkonzept NFB stattgefunden.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 20. November 2013 verabschiedet. Die Konsultation der interessierten parlamentarischen Kommissionen hat im zweiten Quartal 2013 stattgefunden.

Ziel 3: Standortattraktivität und Stabilität des Finanzplatzes

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Finanzdienstleistungsgesetz eröffnet.***

Die Vernehmlassung konnte aufgrund der Komplexität der zu regelnden Materie nicht im Berichtsjahr eröffnet werden. Zudem hat sich in der Zwischenzeit gezeigt, dass es zusätzlich eines Entwurfs zu einem Finanzinstitutsgesetz bedarf. Die beiden Gesetze lagen bis Ende 2013 im Entwurf vor, die Erläuterungen sind noch zu erarbeiten.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Finanzmarktinfrastukturgesetz eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 13. Dezember 2013 eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zu den revidierten GAFI-Empfehlungen Kenntnis genommen. Die Botschaft über die Umsetzung der revidierten Standards ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 4. September 2013 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. Am 13. Dezember 2013 hat er die Botschaft verabschiedet.

► **Der Bundesrat hat aufgrund des «Berichts zur Finanzmarktpolitik des Bundes» über die sich ergebenden Massnahmen entschieden.***

Der Bundesrat hat seine Strategie im Bereich der internationalen Steuerpolitik weiterentwickelt und deren Umsetzung vorangetrieben. Mittels Revision von Doppelbesteuerungsabkommen (Bundesratsbeschlüsse vom 14. Juni, 3. Juli, 14. August und 13. September 2013), Abschluss von Steuerinformationsaustauschabkommen (BRB vom 21. August 2013) und Unterzeichnung des Amtshilfe-Übereinkommens von OECD und Europarat (BRB vom 9. Oktober 2013) ist die Anzahl der Staaten gestiegen, mit denen die Schweiz Informationen im Steuerbereich (aktuell bzw. künftig) austauschen kann. Zudem hat der Bundesrat notwendige Anpassungen in den innerschweizerischen Rechtsgrundlagen im Zusammenhang mit der Amtshilfe im Steuerbereich dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet (BRB vom 16. Oktober 2013; Botschaft zur Revision des Steueramtshilfegesetzes).

Am 14. Juni 2013 hat der Bundesrat beschlossen, im Rahmen der OECD aktiv an der Entwicklung eines globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch (AIA) zur Sicherung der Steuerkonformität ausländischer Vermögensverwaltungskunden mitzuwirken. Weiter hat er das Mandat zu Verhandlungen mit der EU im Bereich der Zinsbesteuerung verabschiedet (BRB vom 18. Dezember 2013).

Die Verabschiedung der Botschaft zur Umsetzung der revidierten GAFI-Empfehlungen durch den Bundesrat am 13. Dezember 2013 dient dem Ziel, das Dispositiv zur Bekämpfung der Geldwäscherei international konform und wirksamer auszugestalten. Am 4. September 2013 hat der Bundesrat zudem die Einsetzung einer breit abgestützten Expertengruppe beschlossen, welche die Rahmenbedingungen und Zukunftsperspektiven des Finanzplatzes analysieren und Handlungsempfehlungen ableiten soll. Thematische Schwerpunkte sind die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Wahrung oder Verbesserung des Marktzugangs für Schweizer Finanzdienstleister im Ausland. Nachdem die Behörden und der Privatsektor ihre Vertreterinnen und Vertreter nominiert hatten, bestätigte das vom Bundesrat ermächtigte EFD die Mitglieder der Expertengruppe am 10. Oktober 2013.

► **Die systematische Finanzmarktanalyse zuhanden der Departementsvorsteherin und die Frühwarnung zuhanden des Bundesrates sind sichergestellt.**

Mit den Aussprachepapieren zur Weiterentwicklung der Finanzmarktpolitik wurden dem Bundesrat am 14. Juni 2013 und am 9. Oktober 2013 u.a. auch Finanzmarktanalysen vorgelegt. Darüber hinaus hat der Bundesrat verschiedene Informationsnotizen zur Eurokrise und am 27. März 2013 einen Grundlagenbericht samt Empfehlungen zur Begrenzung von Reputationsrisiken und zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Rohstoffhandelsplatzes Schweiz zur Kenntnis genommen.

► **Die steuerlichen Sorgfaltspflichten in Zusammenhang mit der Entgegennahme fremder Gelder sind vom Bundesrat genehmigt.**

Der Bundesrat hat am 29. November 2013 Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis. Er hat das EFD beauftragt, ihm einen Antrag zur Ausgestaltung der erweiterten Sorgfaltspflichten zu unterbreiten, wenn mit den wichtigsten Partnerstaaten Abkommen über einen automatischen Informationsaustausch (AIA) nach internationalem Standard abgeschlossen werden oder wenn feststeht, dass in absehbarer Zeit kein AIA-Abkommen vereinbart werden kann.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Mandate zu Verhandlungen mit mindestens zwei Staaten über den Abschluss von bilateralen Quellensteuerabkommen und die Verbesserung des Marktzugangs genehmigt.***

Im Berichtsjahr hat der Bundesrat keine entsprechenden Verhandlungsmandate genehmigt. Jedoch hat er am 14. Juni 2013 im Zusammenhang mit seiner Position hinsichtlich der Entwicklung eines AIA festgehalten, dass mit interessierten Staaten, die einen allfälligen globalen AIA-Standard nicht einführen, weiterhin bilaterale Quellensteuerabkommen abgeschlossen werden sollen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Umsetzung des internationalen Standards über die Amtshilfe in Steuersachen fortgeführt, indem er die Unterzeichnung weiterer Doppelbesteuerungsabkommen gemäss OECD-Standard und weiterer Informationsaustauschabkommen (TIEAs) genehmigt hat und indem die zur Einhaltung des Standards notwendigen Anpassungen im nationalen Recht vorgenommen worden sind.***

Der Bundesrat hat im Berichtsjahr die Unterzeichnung der Doppelbesteuerungsabkommen mit China (14. Juni 2013), Australien (3. Juli 2013), Ungarn (14. August 2013), Oman (14. August 2013) und Belgien (13. September 2013) sowie die Unterzeichnung der Abkommen mit Jersey, Guernsey und der Insel Man über den Informationsaustausch in Steuersachen (21. August 2013) genehmigt. Ausserdem hat er am 4. September 2013 die Botschaft zum neuen Doppelbesteuerungsabkommen auf dem Gebiet der Erbschaftssteuern mit Frankreich verabschiedet. Weiter hat der Bundesrat zwei Entscheide zur Anpassung des nationalen Rechts zur Einhaltung des internationalen Standards über die Amtshilfe in Steuersachen getroffen: Verabschiedung der Botschaft zur Teilrevision des Steueramtshilfegesetzes am 16. Oktober 2013 und Unterzeichnung der OECD- / Europaratskonvention zur Steueramtshilfe am 9. Oktober 2013.

Ziel 4: Stellung der Schweiz in internationalen Finanzgremien

Realisiert

- ▶ **Die Interessen der Schweiz in der Reform der Stimmrechte im Internationalen Währungsfonds (IWF) sind gewahrt.***

Am 16. April bzw. am 9. Oktober 2013 hat der Bundesrat im Hinblick auf die Frühjahres- und Jahrestagung des IWF sowie der G20-Finanzminister seine Haltung bezüglich des nur langsam fortschreitenden Prozesses der IWF-Quotenreform bekräftigt und diese anschliessend an den Tagungen vertreten. Die Schweiz hat sich in den verschiedenen Gremien, die sich gegenwärtig mit der Erarbeitung einer neuen Quotenformel befassen, aktiv eingebracht. Dies insbesondere mit dem Anliegen, dass bei der Quotenberechnung auch die relative Grösse des jeweiligen Finanzplatzes am globalen Finanzsystem mit einbezogen wird, ebenso wie die freiwilligen Beiträge, die ein Land leistet. Die Schweiz hat ihre Bemühungen dabei mit anderen Ländern koordiniert, insbesondere mit den anderen G4-Staaten Belgien, Niederlande und Schweden.

► **Die Beziehungen zu den Ländern der Stimmrechtsgruppe des IWF und die Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe sind weiter konsolidiert.***

Der Bundesrat hat die Beziehungen zu den Ländern der Stimmrechtsgruppe durch persönliche Kontakte auf ministerieller Stufe weiter gestärkt. Insbesondere wurde dafür der Rahmen der Frühjahres- und Jahrestagung des IWF genutzt, in deren Vorfeld der Bundesrat jeweils seine Haltung definierte (16. April 2013 bzw. 9. Oktober 2013). Auf institutioneller Ebene wurde ein MoU zwischen dem EFD und dem Finanzministerium der kirgisischen Republik über technische Zusammenarbeit im Finanzbereich unterschrieben.

► **Die Vereinbarung mit Polen zur verstärkten Zusammenarbeit im IWF wird schrittweise umgesetzt.***

Die Umsetzungsarbeiten zur Vereinbarung mit Polen sind auf Kurs. Wie im MoU vorgesehen, fanden halbjährliche Gespräche einmal in Bern und einmal in Warschau statt. Ferner besuchte eine polnische Expertendelegation die Schweiz, um sich im Hinblick auf die kommende Beteiligung am Vorsitz der Stimmrechtsgruppe über die anfallenden Arbeiten und Abläufe ins Bild zu setzen.

► **Die Botschaft für einen Beitrag der Schweiz an den Treuhandfonds des IWF ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 29. Mai 2013 beschlossen, einen Beitrag von 50 Millionen Franken an den Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu leisten und hat das EFD ermächtigt, den entsprechenden Verpflichtungskredit mit der Botschaft zum Voranschlag 2014 (Bundesratsbeschluss vom 21. August 2013) zu beantragen.

► **Der Bundesrat hat den Bericht zum Insolvenzverfahren von Staaten (in Erfüllung des Po. Gutzwiller 11.4033) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht am 13. September 2013 gutgeheissen.

► **Der Einfluss der Schweiz im Financial Stability Board (FSB) ist gefestigt und sie nimmt Einsitz in den für sie prioritären Arbeitsgruppen.***

Der Bundesrat hat am 9. Januar 2013 das EFD ermächtigt, dem Verein «Financial Stability Board (FSB)» beizutreten und eine entsprechende Beitrittserklärung abzugeben. Wie angestrebt, konnte das EFD 2013 in einem weiteren zentralen Organ, dem neuen Komitee für Budget und Ressourcen, Einsitz nehmen. Mit der Eröffnung der Vernehmlassung zum Finanzmarktinfrastrukturgesetz am 13. Dezember 2013 hat der Bundesrat zudem die Grundlage dafür geschaffen, dass die Schweiz den zentralen FSB-Standard zum ausserbörslichen Derivatehandel umsetzen kann.

- ▶ **Das Kontaktnetz zur G20 und zu deren Mitgliedsländern ist ausgeweitet. Dies mit der Absicht, die Schweiz als Ansprechpartnerin in für sie wichtigen Finanzfragen zu etablieren.***

Die Schweiz hat 2013 am Financial Track der G20 teilgenommen und intensive bilaterale Kontakte zur G20 bzw. den G20-Staaten gepflegt, insbesondere zum Vorsitz 2013 (Russland). Die seit längerem etablierten Kontakte mit Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Japan sowie die neueren Finanzdialoge mit Indien, Brasilien, Australien, der Türkei und Russland konnten erfolgreich weitergeführt werden. Ferner fand, basierend auf dem im Mai 2013 unterschriebenen Memorandum of Understanding, Ende Jahr ein erster Finanzdialog mit China statt. Am 16. April 2013 bzw. 9. Oktober 2013 hat der Bundesrat im Hinblick auf die Frühjahres- und Jahrestagung des IWF sowie der G20-Finanzminister festgelegt, die Haltung der Schweiz bestehe in der Betonung der Notwendigkeit, glaubwürdige Strategien zur Haushaltskonsolidierung zu entwickeln und umzusetzen. Weiter hat die Schweiz auf die Gefahren hingewiesen, die mit einer sehr lange andauernden ausserordentlichen geldpolitischen Lockerung in den grossen Industrieländern verbunden sind. Auch wurde die Bedeutung weiterer Arbeiten im Bereich der Finanzmarktregulierung unterstrichen.

Ziel 5: Verhältnis der Schweiz zur EU im Finanzmarktbereich

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die EU-Finanzmarktregulierung wird mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz verfolgt. Die Anliegen der Schweiz sind im Rahmen des regelmässigen Dialogs mit der EU eingebracht worden.**

Am 9. Oktober 2013 hat der Bundesrat festgehalten, dass die Revision von MiFID (Richtlinie über die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen) in der EU für die Schweiz von besonderer Bedeutung sei hinsichtlich künftiger Marktzutrittsmöglichkeiten.

Das EFD hat im Rahmen des im Frühling 2012 mit der EU-Kommission aufgenommenen regelmässigen Dialogs über regulatorische Fragen, darunter auch die MiFID II Drittstaatenregelung, verschiedene Gespräche auf technischer Ebene geführt.

Am 25. Juni 2013 konnten auf Ebene Staatssekretär «Agreed Minutes» unterzeichnet werden, wonach es nicht die Absicht der EU-Kommission sei, grenzüberschreitende Dienstleistungen aus Drittstaaten zu unterbinden. Da aber innerhalb der EU diesbezüglich keine Einigkeit herrscht, ist eine protektionistische Ausgestaltung der MiFID II Drittstaatenregelung weiterhin nicht auszuschliessen, weshalb das Ziel nicht vollständig realisiert ist.

- ▶ **Ein Dialog mit der EU über eine Revision des Zinsbesteuerungsabkommens ist aufgenommen, sofern die EU die laufenden Revisionsarbeiten zu ihrer Zinsbesteuerungsrichtlinie beendet und ein entsprechendes Mandat verabschiedet hat.***

Der ECOFIN-Rat hat der EU-Kommission am 14. Mai 2013 ein Verhandlungsmandat zur Anpassung des Zinsbesteuerungsabkommens mit der Schweiz erteilt. Gemäss diesem Mandat sollen die Verhandlungen auf der Grundlage des Entwurfes der revidierten EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie geführt werden. Das EFD hat in Zusammenarbeit mit dem EDA das weitere Vorgehen mit der EU in Bezug auf das Zinsbesteuerungsabkommen sondiert. Am 9. Oktober 2013 hat der Bundesrat einen Mandatsentwurf für die Verhandlungen zum Zinsbesteuerungsabkommen verabschiedet. Nach erfolgter Konsultation der zuständigen parlamentarischen Kommissionen sowie der Kantone hat der Bundesrat am 18. Dezember 2013 das definitive Mandat verabschiedet.

Ziel 6: Attraktivität und Glaubwürdigkeit des schweizerischen Steuersystems

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis zur Beseitigung der Heiratsstrafe und zur Erzielung ausgewogener Belastungsrelationen bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung und hat die Botschaft verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 29. Mai 2013 vom Ergebnis der Vernehmlassung zur Abschaffung der steuerlichen Benachteiligung von Ehepaaren Kenntnis genommen. Aufgrund des kontroversen Vernehmlassungsergebnisses hat er entschieden, die Vorlage bis zur Abstimmung über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» zu sistieren. Deshalb wurde die Botschaft nicht im Berichtsjahr verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des eidgenössischen Steuerstrafrechtes eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 29. Mai 2013 eröffnet.

- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Mehrwertsteuergesetzes (Rückweisungsvorlage) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 30. Januar 2013 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Folgeentscheide getroffen, die sich aus der Konkretisierung des am 4. Juli 2012 erteilten Mandatstexts über den Dialog mit der EU über die Unternehmensbesteuerung ergeben.***

Die Gespräche mit der EU wurden weitergeführt. In diesem Rahmen wurden nebst dem Inhalt auch die Form und die zeitlichen Aspekte einer möglichen Verständigung diskutiert. Die Unternehmenssteuerreform III wurde weiter konkretisiert. Die Vorschläge der Schweiz wurden seitens der EU positiv bewertet. Nachdem der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN-Rat) bereits im Juni 2013 eine Weiterführung des Dialogs mit der Schweiz beschlossen hatte, hat er am 10. Dezember 2013 den Stand des Dialogs erneut überprüft und entschieden, den Dialog für weitere sechs Monate weiterzuführen.

- ▶ **Sofern der Fortgang des Steuerdialogs mit der EU es erlaubt, hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Unternehmenssteuerreform III eröffnet.***

Der Fortgang des Steuerdialogs mit der EU erlaubte es nicht, die Vernehmlassung im Berichtsjahr zu eröffnen. Eine Konsultation zum Zwischenbericht bei Wirtschaft und Kantonen hat im Sommer 2013 (18. Juni bis 31. August) stattgefunden. Der Bundesrat hat am 18. Dezember 2013 vom Schlussbericht Kenntnis genommen und das EFD beauftragt, eine weitere Konsultation bei den Kantonen durchzuführen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zu steuerlichen Fördermassnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung (in Erfüllung des Po. WAK-N 10.3894) verabschiedet.***

Der Bericht konnte nicht wie geplant verabschiedet werden. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen den beiden Projekten werden die Arbeiten am Thema «Fördermassnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung» inhaltlich und zeitlich mit den Arbeiten zur Unternehmenssteuerreform III abgestimmt.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Dualen Einkommenssteuer (in Erfüllung des Po. Sadis 06.3042) verabschiedet.***

Der Bericht konnte nicht 2013 verabschiedet werden. Mit dem vorliegenden Postulat verbunden ist auch die Fragestellung eines Wechsels zum Zahlstellenprinzip als Bestandteil der Finanzmarktpolitik des Bundesrates. Der Bericht zur dualen Einkommenssteuer soll daher zusammen mit dem Bericht zum Umbau der Verrechnungssteuer in eine Zahlstellensteuer vom Bundesrat verabschiedet werden.

Ziel 7: Evaluation des Finanzausgleichs

Realisiert

- ▶ **Ein mit der paritätischen Begleitgruppe (Bund–Kantone) konsolidierter Entwurf des Wirksamkeitsberichts zum Finanzausgleich liegt vor.**

Der mit der paritätischen Begleitgruppe konsolidierte Wirksamkeitsbericht liegt vor. Er ist am 2. Dezember 2013 der Vorsteherin EFD vorgelegt worden.

Ziel 8: Ökologische Steuerreform

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat einen Anhörungsbericht zur Einführung einer ökologischen Steuerreform verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht zum Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem im Energiebereich am 4. September 2013 zur Kenntnis genommen. Er hat das EFD beauftragt, bei Kantonen, Parteien, Verbänden und weiteren Interessierten eine Konsultation durchzuführen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Ökologisierung des Steuersystems (in Erfüllung der Mo. Studer 06.3190) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Ökologisierung des Steuer- und Subventionssystems» zur Abschreibung der Motion Studer Heiner am 14. Juni 2013 gutgeheissen.

Ziel 9: Stärkung der Sicherheit der Schweiz durch Sicherung der Schengen-Aussengrenzen

Realisiert

- ▶ **Die Beteiligung der Schweiz an Operationen der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex ist vollständig operationell.**

Die Beteiligung der Schweiz an Operationen von Frontex ist auf hohem Niveau konsolidiert. Die für Planung und Einsatz zuständige Stelle im Kommando des Grenzwachtkorps ist operationell. Bis Ende 2013 sind wiederum rund 1200 Einsatztage geleistet worden.

- ▶ **Die ersten Dokumentenberater (Airline Liaison Officers) zur Prüfung von ungültigen oder gefälschten Reisedokumenten an Flughäfen von Drittstaaten sind entsandt.**

Die Dokumentenberater an den geplanten drei Standorten (Pristina, Dubai, Nairobi) stehen im Einsatz. Erste Ablösungen haben bereits stattgefunden.

Ziel 10: Umsetzung der «Personalstrategie Bundesverwaltung 2011–2015»

Realisiert

- ▶ **Die Kriterien für «ortsunabhängige Arbeitsplätze und mobiles Arbeiten» sind definiert.**

Die neuen Richtlinien zur Telearbeit in der Bundesverwaltung, welche auf die IKT-Strategie des Bundes abgestimmt sind, liegen vor.

- ▶ **Das Konzept «Instrumente und Modelle für spezifische Laufbahnen» zeigt einen Orientierungs- und Entwicklungsrahmen sowie insgesamt drei bis fünf konkrete Fach-, Führungs- und/oder Projektleitungslaufbahnen in Querschnittsfunktionen auf.**

Das Konzept, welches Modelle und Instrumente in Querschnitts- und Fachfunktionen sowie für spezifische Berufsgruppen an konkreten Beispielen beschreibt, liegt vor. In einem Umsetzungskonzept werden anschliessend bundesweite und departementsspezifische Massnahmen/Möglichkeiten sowie das weitere Vorgehen konkretisiert.

- ▶ **Das aktualisierte Personal- und Kaderentwicklungskonzept ist verabschiedet und dessen bundesweite Umsetzung initialisiert.**

Die Human-Resources-Konferenz Bund hat das aktualisierte Personal- und Kaderentwicklungskonzept am 21. November 2013 verabschiedet. Erste Schritte zu dessen bundesweiter Umsetzung sind erfolgt (z.B. mit der Abstimmung der Kaderausbildung auf die Grundanforderungen für Kader oder mit dem bundesweiten Angebot im Bereich der Führungsberatung [Coaching, Mediation etc.]).

Ziel 11: Gleichstellung von Frau und Mann in der Bundesverwaltung und Gewährleistung der Chancengleichheit der sprachlichen Minderheiten

Teilweise realisiert

► Der Bundesrat hat die überprüfte und aktualisierte Chancengleichheitsweisung verabschiedet.*

Der Bundesrat hat die überprüften und aktualisierten Weisungen zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frau und Mann am 9. Oktober 2013 gutgeheissen und auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt.

► Der Bundesrat hat die überprüfte und aktualisierte Mehrsprachigkeitsweisung verabschiedet.*

Die Mehrsprachigkeitsweisung und die Sprachenverordnung (Federführung BAK) sind überprüft und aktualisiert worden. Die Ämterkonsultation ist abgeschlossen. Weil die beiden Revisionen koordiniert werden müssen und da die verwaltungsinterne Bereinigung mehr Zeit erforderte als geplant, konnte die Weisung nicht mehr im Berichtsjahr vom Bundesrat verabschiedet werden.

► Die Sollwerte für die Sprachenanteile gemäss Sprachenverordnung sind überprüft.*

Mit Beschluss vom 13. Februar 2013 hat der Bundesrat die neuen Sollwerte für die Anteile der Landessprachen festgelegt. Sie wurden auf den 1. März 2013 in Kraft gesetzt und sind als Bestandteil der Personalstrategie Bundesverwaltung 2011–2015 bis zum 31. Dezember 2015 gültig.

► Das Instrument zur Beurteilung der Sprachenkenntnisse in der Bundesverwaltung ist evaluiert und allfällige Massnahmen sind festgelegt.

Die Evaluation wurde nicht wie vorgesehen 2013 durchgeführt. Es soll erst auf der Basis der zurzeit in Revision stehenden Rechtsgrundlagen (Sprachenverordnung, Mehrsprachigkeitsweisungen) über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Ziel 12: Umsetzung der Bundesinformatik-Strategie

Überwiegend realisiert

► Ein erster strategischer Controllingbericht zur IKT auf Stufe Bund ist verabschiedet.*

Der Bundesrat hat den strategischen IKT-Controllingbericht am 16. April 2013 zur Kenntnis genommen.

► Das Konzept für ein übergreifendes IKT-Portfolio-Management ist verabschiedet.*

Der Bundesrat hat das Konzept «IKT-Portfoliomanagement Bund» am 13. Dezember 2013 zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig hat er entsprechende Weisungen gutgeheissen, die am 1. Januar 2015 in Kraft treten werden.

► **Das Konzept für einen Datacenter-Verbund (Rechen- und insbesondere Datenzentren) der Bundesverwaltung ist verabschiedet.***

Das Konzept konnte nicht wie geplant 2013 vom Bundesrat verabschiedet werden. Offene Finanzierungsfragen, die notwendige Prüfung von Handlungsalternativen und die Verzahnung mit parallel laufenden Programmen und Projekten (Projekt Rechenzentrum VBS/Bund 2020) haben zu neuen und komplexen Fragestellungen geführt, welche Zusatzabklärungen und Erweiterungen des von den Leistungserbringern erarbeiteten Konzeptes «Datacenter-Verbund» der IBK erfordern.

► **Die Anforderungen der Departemente und der Bundeskanzlei im Hinblick auf die weiteren Infrastruktur- und Sicherheitservices sind erhoben, die entsprechenden Marktmodelle sind dem Bundesrat beantragt.***

Die Anforderungen der Departemente und der Bundeskanzlei sind erhoben worden. Der Bundesrat hat die Marktmodelle zu den IKT-Standarddiensten «Verzeichnisdienste» sowie «Identitäts- und Zugangsverwaltung» am 13. Dezember 2013 gutgeheissen.

Ziel 13: Sicherheit der Informatikinfrastruktur

Realisiert

► **Der Umsetzungsplan zur Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Umsetzungsplan für die «Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS)» am 15. Mai 2013 gutgeheissen.

Ziel 14: Verfügbarkeit öffentlicher Daten

Realisiert

► **Der Bundesrat hat den Bericht zur offenen Zugänglichkeit und zur freien Nutzung von Behördendaten (in Erfüllung des Po. Wasserfallen 11.3884) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Open Government Data als strategischer Schwerpunkt im E-Government» am 13. September 2013 gutgeheissen. Gleichzeitig hat er das EFD beauftragt, eine Open Government Data-Strategie auszuarbeiten und deren Umsetzung vorzubereiten.

Ziel 15: Umsetzung Neuausrichtung BIT

Realisiert

- ▶ **Die ersten Schritte (Konzept, erste Phase der Organisationsanpassung und Leistungsangebot) zur Verbesserung der Effizienz, Kundenzufriedenheit und Zusammenarbeit mit den weiteren IKT-Leistungserbringern der Bundesverwaltung sind im BIT umgesetzt.**

Das Konzept befindet sich plangemäss im Umsetzungsstadium. Die erste Phase der Organisationsanpassung ist termingerecht realisiert worden: Seit dem 2. April 2013 funktioniert das BIT nach den neuen Organisationsstrukturen, und der Standort Zollikofen ist am 1. November 2013 bezogen worden. Im Bereich Leistungsangebot wurden u.a. die Struktur des neuen Produktkatalogs verabschiedet, die Störungsbehebung optimiert, das Betriebsmonitoring verbessert und die neue Prozesslandkarte BIT verabschiedet.

Ziel 16: Revision des Tabaksteuergesetzes

Nicht realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Tabaksteuergesetzes Kenntnis genommen.**

Die ursprünglich geplante Totalrevision des Tabaksteuergesetzes wurde aufgrund der laufenden Revision des Steuerstrafrechts auf zwei wesentliche Punkte (Erhöhungskompetenz und Dezentralisierung) reduziert. Am 21. August 2013 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur reduzierten Vorlage eröffnet. Diese endete am 21. November 2013. Die bis Ende Jahr zur Verfügung stehende Zeit reichte nicht aus, um dem Bundesrat das Vernehmlassungsergebnis noch im Berichtsjahr vorzulegen.

Ziel 17: Erhöhung der Transparenz beim Beschaffungscontrolling

Realisiert

- ▶ **Die auf der Statistik Beschaffungszahlungen basierende Berichterstattung ist dem Bundesrat vorgelegt worden. Die Berichterstattung umfasst auch Massnahmenvorschläge zur Umsetzung in den Departementen.**

Der Bundesrat hat am 13. September 2013 vom «Reporting Set Beschaffungscontrolling für das Jahr 2012 - Bundesrat» Kenntnis genommen. Gleichzeitig hat er die Departemente und die BK beauftragt, die in der Berichterstattung enthaltenen Massnahmen umzusetzen.

- ▶ **Das Vertragsmanagement Bundesverwaltung erfasst für jede Vergabe über dem Schwellenwert diejenigen Informationen, die auf der Internetplattform für öffentliche Beschaffungen (simap.ch) publiziert werden. Das Vertragsmanagement ist bis Ende 2013 im Finanzdepartement eingeführt.**

Das Vertragsmanagementsystem ist im Finanzdepartement Mitte 2013 erfolgreich und zur Zufriedenheit der Verwaltungseinheiten eingeführt worden. Die Implementierung ist in Abstimmung mit dem bundesweiten Projekt erfolgt, der Kostenrahmen wurde eingehalten. Der Nutzen des Vertragsmanagementsystems liegt in der Erhöhung der Transparenz im Beschaffungswesen und bei der Unterstützung der Beschaffungsprozesse.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Bündelung und Stärkung der Bundesaktivitäten im BFI-Bereich

Realisiert

► **Der Aufbau des SBFI ist abgeschlossen; das Amt ist im WBF integriert.**

Das SBFI ist seit dem 1. Januar 2013 im WBF integriert und hat den Betrieb fristgerecht aufgenommen. Das Amt wurde vom Departement beauftragt, die Organisation nach einigen Monaten zu überprüfen und allfällige Anpassungen vorzunehmen. Dieser Prozess wurde im Juni 2013 gestartet. Der Departementsvorsteher des WBF hat die angepasste und optimierte Organisationsstruktur im zweiten Halbjahr 2013 gutgeheissen. Diese muss jetzt umgesetzt werden.

► **Die BFI-Botschaft 2013–2016 wird umgesetzt.**

Die beschlossenen Gesetzesänderungen wurden planmässig in Kraft gesetzt und die Finanzbeschlüsse in Finanzplan und Voranschlag umgesetzt. Weitere in der BFI-Botschaft für 2013 vorgesehene Massnahmen wurden durchgeführt.

Ziel 2: Die hohe Qualität und der international gute Ruf des schweizerischen Hochschulsystems und der Forschung sind gewährleistet

Überwiegend realisiert

► **Die Vereinbarung von Bund und Kantonen über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich (ZSAV) ist im Hinblick auf die Inkraftsetzung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) auf der Basis der Anhörung und der Vernehmlassung in den Kantonen bereinigt.**

Die Ergebnisse der Anhörung und der Vernehmlassung wurden ausgewertet und die ZSAV entsprechend in einigen Punkten angepasst. Die EDK hat das Hochschulkonkordat am 20. Juni 2013 für das Ratifikationsverfahren in den Kantonen verabschiedet. Nach Inkrafttreten des Hochschulkonkordats und des HFKG kann die ZSAV vom Bundesrat und den Hochschulkonkordatskantonen unterzeichnet werden.

► **Der Bericht zur Anerkennung von Diplomen und zum Titelschutz unter dem neuen Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG), im Besonderen für Fachhochschulen, ist verabschiedet (in Erfüllung des Po. WBK-N 12.3019 und der Mo. Bischofberger 11.3921).***

Der Bericht wurde am 18. Dezember 2013 vom Bundesrat verabschiedet. Er stellt dar, dass das HFKG zu einheitlichen Rahmenbedingungen bezüglich Diplomanerkennung und Titelschutz für alle Hochschultypen führen wird.

- ▶ **Die Prioritätenordnung für die Investitionsbeiträge nach dem Universitätsförderungsgesetz für die Periode 2013–2016 ist durch den Departementsvorsteher genehmigt.**

Nach der Anhörung der Kantone im März 2013 und deren Zustimmung unterzeichnete der Departementsvorsteher des WBF die Prioritätenordnung 2013–2016 am 16. April 2013, sodass sie auf den 1. Mai 2013 in Kraft gesetzt werden konnte.

- ▶ **Die Vernehmlassung zum Gesundheitsberufegesetz ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 13. Dezember 2013 eröffnet.

- ▶ **Das totalrevidierte FIG und die entsprechende Verordnung sind in Kraft gesetzt.***

Das totalrevidierte FIG, seine Hauptverordnung V-FIG sowie weitere revidierte Vollzugserlasse zum FIG werden mit Ausnahme von einigen Bestimmungen auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Diejenigen Bestimmungen, welche inhaltlich mit dem noch nicht geltenden HFKG zusammenhängen, werden gleichzeitig mit diesem in Kraft treten.

- ▶ **Die Entscheide zur Errichtung Nationaler Forschungsschwerpunkte NFS (4. Serie) sind durch den Departementsvorsteher gefällt.**

Sämtliche Eingaben für die 4. Serie NFS wurden gemäss den etablierten Verfahren vom Schweizerischen Nationalfonds evaluiert. Für die resultierende Auswahl wurden vom Departementsvorsteher des WBF Entscheidungsgrundsätze definiert, wodurch letztlich insgesamt 8 Nationale Forschungsschwerpunkte bewilligt werden konnten. Die 4. Serie NFS startet somit fristgerecht.

- ▶ **Der Aktionsplan zur Umsetzung der Schweizerischen Raumfahrtspolitik ist durch den Departementsvorsteher genehmigt.**

Der Plan zur Umsetzung der Raumfahrtaktivitäten im BFI Bereich für 2013 bis 2023 liegt vor. Die nationalen Schwerpunkte und die Massnahmen innerhalb der Programmbeteiligungen der Schweiz bei der ESA und den entsprechenden komplementären Aktivitäten wurden vom Departementsvorsteher des WBF festgelegt.

- ▶ **Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den EU-Forschungsrahmenprogrammen für die Jahre 2014 bis 2020 ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz an der nächsten Generation der EU-Forschungsrahmenprogramme ab 2014 (Horizon 2020-Paket) am 27. Februar 2013 verabschiedet. Die Verhandlungen sind im Dezember 2013 aufgenommen worden.

- ▶ **Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Entscheids der EU über die Beteiligung der Schweiz an den «Future and Emerging Technologies» (FET)-Flaggschiff-Initiativen sind überprüft.**

Das «Human Brain Project» wurde im Januar 2013 als eines der beiden im Rahmen der EU-Forschungsrahmenprogramme geförderten «Future and Emerging Technologies Flagship Initiatives» (FET-F) von der Europäischen Kommission ausgewählt. Das von der ETH Lausanne koordinierte Projekt soll neue Erkenntnisse über die Funktionsweise des menschlichen Gehirns liefern. Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung erfolgen EU-seitig im Sinne der Schweiz; die dafür ebenfalls nötigen nationalen Mittel waren in der BFI-Botschaft für die Jahre 2013–2016 bereits eingeplant.

► **Die Mitgliedschaft der Schweiz in der COST Office Association ist eingeleitet.**

COST hat die Statuten der COST Association, welche am 19. September 2013 geschaffen wurde, bewilligt; die ‚Internal Rules‘ wurden im November 2013 genehmigt. Der Bundesrat kann nun über den Beitritt der Schweiz zu dieser Assoziation entscheiden.

► **Die internationale Vernetzung im Bereich Forschung und Innovation ist durch einen zusätzlichen swissnex-Standort in Brasilien gestärkt.***

Der Aufbau von swissnex Brasilien ist eingeleitet. Eine enge Abstimmung mit den Generalkonsulaten in Rio de Janeiro und São Paulo sowie mit der Schweizer Botschaft in Brasilia wird laufend sichergestellt. In Bern erfolgt zudem eine Koordination zwischen SBFi und PRS bezgl. der geplanten Aktivitäten der Landeskommunikation 2014.

► **Das bilaterale Forschungsabkommen mit Russland ist in Kraft gesetzt; es trägt zur weiteren Vertiefung der wissenschaftspolitischen Beziehungen zu Russland bei.**

Das bilaterale Forschungsabkommen mit Russland vom 17. Dezember 2012 ist am 24. Juni 2013 in Kraft getreten.

► **Der Weg und die Form einer Beteiligung der Schweiz am Bau und an der Finanzierung der European Spallation Source (ESS) sind entschieden.***

Gemäss Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen wurde der für die Schweizer ESS Beteiligung notwendige Verpflichtungskredit mit der BFI-Botschaft 2013–2016 beantragt. Der nun vorliegende, dem Aufbau der ESS zugrunde liegende Rechtsrahmen ERIC (European Research Infrastructure Consortium) bedarf einer vertieften Prüfung.

Ziel 3: Der Nachwuchs für qualifizierte Fachkräfte in Wissenschaft und Wirtschaft wird gefördert, und die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen ist verbessert

Überwiegend realisiert

► **Der Bericht über Massnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz (in Erfüllung des Po. WBK-S 12.3343) ist verabschiedet.***

Angesichts der lückenhaften Datenlage zum wissenschaftlichen Nachwuchs in der Schweiz musste zuerst eine Erhebung bei den Hochschulen durchgeführt werden. In der ersten Jahreshälfte wurden diese Daten ermittelt und analysiert sowie auf deren Basis Diskussionen mit den Stakeholdern (Junge Forschende, SNF, KFH, CRUS, ETH, Akademien, SWTR) zur Ausrichtung des Berichts geführt. Zum Zwischenbericht fand im November 2013 mit den Stakeholdern im Rahmen eines Workshops ein Austausch statt. Die Interessen der verschiedenen Stakeholder sind heterogen, und auch die besonderen Bedürfnisse der Fachhochschulen müssen berücksichtigt werden. Da aus diesen Gründen die Grundlagen- und Redaktionsarbeiten mehr Zeit in Anspruch genommen haben als erwartet, konnte der Bericht nicht wie geplant 2013 durch den Bundesrat verabschiedet werden.

► **Der Bericht zum Massnahmenangebot am Übergang zur Sekundarstufe II (in Erfüllung des Po. Ingold 10.3738 und des Po. Müri 11.4007) ist verabschiedet.***

Der Bericht «Gezielte Förderung und Unterstützung von Jugendlichen mit unterschiedlichen Begabungspotenzialen an der Nahtstelle I und in der Berufsbildung» wurde am 29. November 2013 vom Bundesrat verabschiedet. Der Bericht erfüllt auch die Postulate Jositsch 11.3483 und Schilliger 13.3311.

► **Der Bericht über Cleantech-Kompetenzen in der beruflichen Grundbildung (in Erfüllung des Po. Müri 11.3188) ist verabschiedet.***

Der Bericht wurde am 15. Mai 2013 vom Bundesrat verabschiedet.

► **Der Bericht über die Anerkennung von Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (in Erfüllung des Po. Häberli-Koller 12.3415 und des Po. Jositsch 12.3428) ist verabschiedet.***

Im Frühjahr 2013 wurde ein Strategieprojekt zur Stärkung und Weiterentwicklung der höheren Berufsbildung lanciert. Im Rahmen dieses Projekts werden auch die in den Postulaten gestellten Fragen zur Positionierung und Anerkennung der Nachdiplomstudien an höheren Fachschulen geklärt. Aufgrund der umfangreichen Abklärungen konnte der Bundesrat den Bericht nicht wie geplant 2013 verabschieden.

► **Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an «Erasmus for all» 2014–2020, der künftigen Programmgeneration der EU im Bereich Bildung, Berufsbildung und Jugend ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz am EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport 2014–2020 «Erasmus+» (vormals «Erasmus for all») am 27. Februar 2013 verabschiedet. Die Verhandlungen sind im Dezember 2013 aufgenommen worden.

► **Die Botschaft zur Volksinitiative «Stipendieninitiative» ist nach Auswertung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens mit indirektem Gegenvorschlag verabschiedet.***

Am 10. April 2013 nahm der Bundesrat den Ergebnisbericht zur Vernehmlassung zur Kenntnis. Am 26. Juni 2013 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft und überwies sie den eidgenössischen Räten. Der Bundesrat empfiehlt die Volksinitiative zur Ablehnung. Der indirekte Gegenvorschlag verfolgt das Ziel, die kantonalen Harmonisierungsbestrebungen im Ausbildungsbeitragswesen zu stärken.

► **Die Botschaft zum Gesetz über die Weiterbildung ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft und den Entwurf zu einem Weiterbildungsgesetz am 15. Mai 2013 verabschiedet und dem Parlament zur Beratung überwiesen. Das Gesetz setzt den Verfassungsauftrag zur Weiterbildung um, ordnet die Weiterbildung in den Bildungsraum Schweiz ein und legt Grundsätze über die Weiterbildung fest. Ziel ist es, die Qualität der Weiterbildungsangebote zu verbessern und mit der Regelung und Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener einen Beitrag zur Stärkung des lebenslangen Lernens zu leisten.

Ziel 4: Festigung und weiteres Wachstum der schweizerischen Wirtschaft in allen ihren Segmenten durch bestmögliche Rahmenbedingungen

Teilweise realisiert

► **Die Lage der Konjunktur wird kontinuierlich geprüft. Handlungsoptionen sind erarbeitet, und gegebenenfalls Anträge unterbreitet.**

Die Entwicklung der Konjunkturlage wird im Rahmen der Konjunkturbeobachtung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) sowie der viermal jährlich (jedes Quartal) durchgeführten Konjunkturprognose der Expertengruppe des Bundes kontinuierlich geprüft.

Für den potenziellen Fall einer deutlichen Verschlechterung der Konjunkturlage liegen Handlungsoptionen vor. Diese richten sich nach dem Ausmass der wirtschaftlichen Verschlechterung und würden bis hin zu umfassenden Stabilisierungsmassnahmen im Fall einer schweren Rezession mit stark steigender Arbeitslosigkeit reichen. Angesichts der weitgehend positiven Konjunkturentwicklung in der Schweiz bestand 2013 keine Notwendigkeit für ausserordentliche konjunkturpolitische Stützungsmaßnahmen. Somit wurden auch keine entsprechenden Anträge unterbreitet.

► **Die Wachstumspolitik ist fortgesetzt und der jährliche Bericht des WBF über den Umsetzungsstand der Massnahmen der Wachstumspolitik 2012–2015 ist durch den Bundesrat genehmigt.***

Die Wachstumspolitik wird fortlaufend analysiert. Ein Zwischenbericht über die Massnahmen der Wachstumspolitik 2012–2015 kann im ersten Halbjahr 2014 genehmigt werden. Diese Verspätung lässt sich durch einen vorübergehenden Ressourcenengpass erklären.

► **Die administrative Entlastung wird weitergeführt. Der Bericht über die Regulierungskosten ist durch den Bundesrat genehmigt.***

Die Arbeiten zur Messung der Regulierungskosten sind abgeschlossen. Es konnten Massnahmen zur administrativen Entlastung und zur Vereinfachung aufgezeigt werden. Der Bericht über die Regulierungskosten wurde vom Bundesrat am 13. Dezember 2013 verabschiedet.

Ziel 5: Weiterentwicklung der Agrarpolitik in Richtung einer integralen Politik für die Land- und Ernährungswirtschaft

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat setzt die Agrarpolitik 2014–2017 fristgerecht um. Er verabschiedet im vierten Quartal 2013 basierend auf dem revidierten Landwirtschaftsgesetz das Verordnungspaket zur Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017. Er fördert damit eine produzierende, umweltschonende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Er nutzt bei der Umsetzung den vorhandenen Spielraum für einen schlanken Vollzug und eine geringe administrative Belastung der Betriebe und Vollzugsstellen.***

Der Bundesrat hat am 23. Oktober 2013 die Ausführungsbestimmungen zur Agrarpolitik 2014–2017 verabschiedet. Das Verordnungspaket zur Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017 umfasst Änderungen an 21 Bundesratsverordnungen. Kernstück ist die neue Direktzahlungsverordnung. Sie setzt die im Frühjahr 2013 vom Parlament beschlossene konsequente Ausrichtung der Direktzahlungen auf die Verfassungsziele sowie die Aufhebung der Tierbeiträge um. Die Änderungen treten auf den 1. Januar 2014 in Kraft.

- ▶ **Machbare Marktöffnungsschritte im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft werden mit der EU und Drittländern in Abstimmung mit der internen Agrarpolitik weiterhin geprüft. Die Marktöffnungsvorschläge, welche in Abstimmung mit der internen Agrarpolitik erfolgen, sind Teil eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft. Fundierte Entscheidungsgrundlagen für die weitere Marktöffnungsstrategie im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft sind erarbeitet.***

Aufgrund der Verknüpfung mit den institutionellen Fragen und der laufenden schweizer-internen Meinungsfindung bezüglich der weiteren Schritte in den Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Produktesicherheit und öffentliche Gesundheit fanden zwischen der EU und der Schweiz keine weiteren Verhandlungsrunden mit dem Ziel einer umfassenden Marktöffnung statt.

Andererseits wurde der Auftrag des Parlaments zur Prüfung einer sektoriellen Öffnung des Milchmarktes mit der EU an die Hand genommen. Ein entsprechender Bericht mit den Vor- und Nachteilen einer Milchmarktöffnung sowie der Erörterung von möglichen Stützungs- und Begleitmassnahmen ist in Erarbeitung.

Ziel 6: Weichenstellung für die Fortführung der Standortförderung ab 2016

Realisiert

- ▶ **Die Evaluationsergebnisse und Grundlagenarbeiten für die Weiterführung der Instrumente der KMU-Politik, Exportförderung, Standortpromotion, Tourismusförderung und Regionalpolitik liegen vor und die Folgerungen für die Botschaft im Jahre 2015 sind gezogen.**

Die Evaluation des gewerbeorientierten Bürgerschaftswesens ist abgeschlossen; der Bundesrat hat am 20. November 2013 den entsprechenden Bericht verabschiedet. Nach eingehender Prüfung wurde darauf verzichtet, eine Revision des Exportfördergesetzes aus dem Jahr 2000 in Angriff zu nehmen. Die übrigen Grundlagenarbeiten im Bereich der Aussenwirtschaftsförderung wurden wie geplant durchgeführt.

Die Evaluation der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) ist abgeschlossen. Die Evaluationsergebnisse fliessen in die Modernisierung der Vollzugsbestimmungen der SGH (Verordnung und Geschäftsreglement) ein. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation des Mehrjahresprogramms 2008–2015 zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP) und der Evaluation zur Schweizer Beteiligung an INTERREG im Rahmen der NRP liegen vor und sind veröffentlicht. Unter Mitwirkung der Kantone wurde ein Grundlagenbericht NRP-Mehrjahresprogramm 2016–2023 erarbeitet. Damit liegen die zentralen Grundlagen zur Ausarbeitung der Botschaft zum Mehrjahresprogramm 2016–2023 vor. Die Evaluation der Steuererleichterungen im Rahmen der Regionalpolitik ist abgeschlossen und wurde veröffentlicht. Basierend auf der Evaluation hat der Bundesrat das WBF mit Vorbereitungsarbeiten zu Revisionen der Verordnungen beauftragt.

- ▶ **Die Vernehmlassungsvorlagen sind soweit erforderlich erarbeitet.**

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Exportrisikoversicherungsgesetzes (SERV-G) und der Verordnung (SERV-V) am 9. Oktober 2013 eröffnet. Gegenüber der ursprünglichen Planung wird die Vorlage vorgezogen, um den KMU Planungssicherheit zu verschaffen. Andere Vernehmlassungen im Bereich Standortförderung stehen nicht an.

- ▶ **Sollten aufgrund der aktuellen Herausforderungen im Tourismus zusätzliche Massnahmen für den ländlichen Raum angezeigt sein (u.a. auch auf der Basis von parlamentarischen Vorstössen), werden Handlungsoptionen geprüft und gegebenenfalls Anträge unterbreitet.**

Der Bundesrat hat im Juni 2013 in Beantwortung mehrerer parlamentarischer Vorstösse einen Bericht über die strukturelle Situation des Schweizer Tourismus und die künftige Tourismusstrategie des Bundesrates gutgeheissen. Im Rahmen dieses Berichts schlägt der Bundesrat ein tourismuspolitisches Massnahmenpaket vor. Dieses umfasst die Optimierung der Beherbergungsförderung sowie ein Impulsprogramm 2016–2019.

Ziel 7: Sicherung der Multilateralen Handelsordnung / Stärkung der WTO

Teilweise realisiert

► Die Schweiz setzt sich entschieden gegen jegliche Form von Protektionismus ein.*

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise führte vermehrt zu protektionistischen Massnahmen. Bereits 2008 führte deshalb die WTO zur Förderung der Transparenz einen Prozess zur Überwachung der Handelsmassnahmen seiner Mitglieder ein. Seither werden zweimal jährlich Berichte über die Handelsmassnahmen veröffentlicht, so auch 2013.

Auch wenn die Schweiz weiterhin relativ wenig von protektionistischen Massnahmen betroffen ist, sprach sie sich z.B. im Rahmen der WTO oder von bilateralen Treffen dennoch klar gegen protektionistische Tendenzen gewisser G20-Mitglieder wie Argentinien, Brasilien und der USA aus. Sie verlangte insbesondere, dass keine neuen Handelsrestriktionen eingeführt und existierende Restriktionen rückgängig gemacht werden. Die Schweiz hat dies auch anlässlich verschiedener Ministertagungen (WTO, OECD) zum Ausdruck gebracht. Namentlich die WTO-Regeln und deren richterliche Durchsetzung haben sich weiterhin als wirksamer Schutz gegen Protektionismus bewährt.

Zusätzlich intervenierte die Schweiz auch bilateral wo z.B. Regeln des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) verletzt wurden. Bei einem Fall gegen die Erhöhung von WTO-Zollansätzen in der Ukraine sind die Kompensationsverhandlungen mit der Schweiz nach wie vor im Gang.

► Die Schweiz beteiligt sich aktiv am Abschluss von Verhandlungen, die zum Ziel haben (i) die Zollverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, (ii) den Handel mit Informationstechnologien sowie (iii) den Handel mit Dienstleistungen zu liberalisieren (plurilaterale Initiative).*

(i) Ein Abkommen über Handelserleichterungen wurde beschlossen, welches eine Vereinfachung der staatlichen Regulierungen des grenzüberschreitenden Handels und somit eine Beschleunigung der Warenflüsse und eine Senkung der Transaktionskosten für Wirtschaftsakteure ermöglicht. Insbesondere werden damit die Transparenz im Zollbereich verbessert, Zollverfahren vereinfacht und allgemeinverbindliche Mindestanforderungen für Formalitäten und Verfahren im Zollbereich festgelegt.

(ii) Die 25 an den Verhandlungen zur Ausdehnung des Produkteumfangs des Informationstechnologieübereinkommens (ITA) beteiligten Mitglieder haben sich noch nicht auf eine gemeinsame Produktliste einigen können. Rund die Hälfte der etwa 250 zur Diskussion stehenden Zolltariflinien ist unter den Mitgliedern noch umstritten.

(iii) Die Verhandlungen über das TISA vereinigten Ende 2013 23 Parteien (darunter die Schweiz, Delegationsleitung SECO), welche das Ziel verfolgen, den Dienstleistungshandel weiter zu liberalisieren. Angestrebt werden verbesserte Marktzugangsbedingungen und verstärkte Regeln, namentlich für die innerstaatliche Regulierung. Dies soll im Rahmen eines Präferenzabkommens unter den teilnehmenden Parteien gemäss Artikel V GATS geschehen. Fernziel ist die Ausdehnung der Mitgliedschaft und die spätere Integration des Abkommens ins GATS/WTO. Die Gespräche, die Anfang 2011 auf Initiative der USA lanciert wurden, finden in Genf ausserhalb der WTO statt. Bis Ende 2013 haben 13 Runden stattgefunden und verschiedene Delegationen haben erste Marktzugangsofferten unterbreitet. Die Schweizer Offerte ist in Vorbereitung..

- ▶ **Neue Ansätze werden gesucht, um dem Scheitern der Doha-Runde entgegenzuwirken. Dabei setzt sich die Schweiz für den Abschluss von Verhandlungen über eine begrenzte Anzahl von Themen ein, die ein ausgewogenes Paket bilden und insbesondere ein Abkommen über Handelserleichterungen und Massnahmen zur besseren Integration der ärmsten Länder ins Handelssystem enthalten. Der Abschluss dieser Arbeiten wird für die nächste Ministerkonferenz der WTO (Ende 2013) angestrebt.**

Es wurde während des informellen WTO-Ministertreffens in Davos vom 26. Januar 2013 diskutiert, welche Themen der Doha-Runde an der neunten ordentlichen WTO-Ministerkonferenz in Bali (3.-6. Dezember 2013) vorzeitig abgeschlossen werden könnten. Im Zentrum der Ministerkonferenz in Bali stand schliesslich der Abschluss eines neuen Abkommens über Handelserleichterungen, ergänzt mit gewissen Agrar- und zusätzlichen Entwicklungsthemen, insbesondere zu Gunsten der am wenigsten entwickelten Länder. Überdies haben sich die Minister in Bali darauf geeinigt, möglichst rasch ein Post-Bali-Arbeitsprogramm der WTO zu verabschieden, um die Verhandlungen über Themen, die in Bali nicht abgeschlossen werden konnten, ebenfalls voranzutreiben. Seit Mai 2012 werden ferner Verhandlungen zur Ausdehnung des plurilateralen WTO-Abkommens von 1996 über die Liberalisierung von Informationstechnologien (ITA) geführt.

Ziel 8: Verstärkung der Freihandelspolitik durch Ausbau und Weiterentwicklung des Netzes von Freihandelsabkommen

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die EFTA-Freihandelsabkommen mit Indien, mit Bosnien und Herzegowina sowie mit den Staaten Zentralamerikas sind unterzeichnet und die Botschaften dazu verabschiedet.***

Mit Indien sind die Verhandlungen weit fortgeschritten. Die Abkommen mit den zentralamerikanischen Staaten Costa Rica und Panama sowie mit Bosnien und Herzegowina sind anlässlich der EFTA-Ministerkonferenz am 24. Juni 2013 in Trondheim unterzeichnet worden. Die Botschaft zum FHA mit den zentralamerikanischen Staaten wurde am 4. September 2013 durch den Bundesrat verabschiedet und zur Genehmigung an das Parlament überwiesen. Die Botschaft zum FHA mit Bosnien und Herzegowina wird im Rahmen des Aussenwirtschaftsberichts 2013 behandelt.

- ▶ **Die Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen Schweiz-China sind abgeschlossen.***

Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit China und das parallel ausgehandelte Abkommen über Zusammenarbeit in Arbeits- und Beschäftigungsfragen wurden im Mai 2013 abgeschlossen und die Abkommen am 6. Juli 2013 unterzeichnet. Die entsprechende Botschaft wurde durch den Bundesrat am 4. September 2013 verabschiedet und zur Genehmigung an die eidgenössischen Räte überwiesen.

► **Die Verhandlungen über die EFTA-Freihandelsabkommen mit den Staaten der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan, mit Indonesien und mit Vietnam befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium.***

Im Berichtsjahr wurden in allen drei Verhandlungsprozessen Fortschritte erzielt, doch gestalten sich die Verhandlungen mit diesen drei Partnern relativ herausfordernd. Mit den Staaten der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan hat im September 2013 die zehnte Verhandlungsrunde stattgefunden. Ein Abschluss der Verhandlungen im Jahr 2014 ist weiterhin erklärtes Ziel beider Seiten. Mit Indonesien wurde im Oktober 2013 die achte Verhandlungsrunde durchgeführt. Das schwierige politische und wirtschaftliche Umfeld und die anstehenden Wahlen in Indonesien stellen jedoch erschwerende Faktoren dar. Mit Vietnam haben bisher sechs Verhandlungsrunden stattgefunden. Ziel der EFTA-Staaten ist ein Verhandlungsabschluss mit diesem Partner möglichst 2014.

► **Die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit Malaysia, Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Thailand und Algerien sind aufgenommen.***

Die Verhandlungen EFTA-Malaysia wurden im November 2012 offiziell lanciert. Wegen anderer Verhandlungsprioritäten seitens Malaysias konnte die erste Verhandlungsrunde jedoch nicht wie geplant im September 2013 durchgeführt werden. In Thailand verabschiedete das Kabinett im August 2013 ein Mandat für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den EFTA-Staaten, welches im Oktober 2013 vom thailändischen Parlament genehmigt wurde. Somit sind die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen im Jahr 2014 gegeben. Aufgrund der innenpolitischen Situation in Thailand wird die effektive Wiederaufnahme der Verhandlungen verzögert. Die EFTA-Staaten sind weiterhin bereit, mit Algerien die 2007 eröffneten Verhandlungen weiterzuführen, sobald Algerien bereit ist.

► **Die Entscheidungsgrundlagen zur Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit den Philippinen, Pakistan und Georgien sind erarbeitet, und die Möglichkeit zur Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit den Mercosur-Staaten ist geprüft.**

Im Juni und November 2013 fanden exploratorische Treffen zwischen den EFTA-Staaten und den Philippinen statt, mit dem Ziel, eine EFTA-Zusammenarbeitserklärung in der ersten Hälfte 2014 zu unterzeichnen. Sowohl bilateral als auch im Rahmen der EFTA wurde auch der Kontakt mit den Mercosur-Staaten weitergepflegt, insbesondere um die Prüfung weiterer Schritte zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen voranzutreiben. Vertieft werden sollen auch die Kontakte mit Pakistan und Georgien.

Ziel 9: Gestärktes bilaterales Verhältnis der Schweiz zur EU und zu den europäischen Ländern

Realisiert

► Die Handelsbeziehungen mit unseren Nachbarstaaten werden gestärkt.

Die Handelsbeziehungen mit unseren Nachbarstaaten wurden durch zahlreiche Veranstaltungen in spezifischen Bereichen gestärkt. Im Rahmen unserer Gremien zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie von Missionen und Besuchen auf Minister- und Staatssekretärebene haben regelmässige Treffen stattgefunden. Mit Frankreich wurde beispielsweise eine gemeinsame Erklärung über die französisch-schweizerische Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Technologie unterzeichnet. In Rom ermöglichte ein Medtech-Event eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen schweizerischen und italienischen Unternehmen der Branche und den entsprechenden Institutionen (Medtech Switzerland und ihr italienisches Pendant Assobiomedica). Mit Deutschland fand Anfang November 2013 ein Anlass in Konstanz statt, an dem hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik aus Deutschland und der Schweiz teilnahmen.

► Die Botschaft zum bilateralen Kooperationsabkommen im Bereich Wettbewerb ist verabschiedet.*

Die Botschaft wurde am 22. Mai 2013 vom Bundesrat verabschiedet.

► Die Anpassungen der flankierenden Massnahmen an die Personenfreizügigkeit sind umgesetzt.

Die Massnahmen zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit ausländischer Dienstleistungserbringer sowie die Sanktionsmöglichkeit von Schweizer Arbeitgebern, welche die in Normalarbeitsverträgen festgelegten zwingenden Mindestlöhne nicht einhalten, wurden am 1. Januar 2013 eingeführt. Seit dem 1. Mai 2013 sind ausländische Arbeitgeber bei einer Entsendung ihrer Mitarbeitenden in die Schweiz verpflichtet, im Rahmen des Meldeverfahrens den in der Schweiz bezahlten Bruttostundenlohn für jede/n einzelne/n Mitarbeitende/n anzugeben. Arbeitsmarktliche Kontrollen können dadurch gezielter durchgeführt werden. Als Antwort auf die Problematik der Weitervergabe von Aufträgen an Subunternehmer wurde am 15. Juli 2013 im Bausektor eine Solidarhaftung des Erstunternehmers im Fall von Verstössen gegen die minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen durch seine Subunternehmer eingeführt.

► **Die im Bericht des Bundesrates vom 4. Juli 2012 über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz erwähnten Massnahmen werden umgesetzt:**

- **Prüfung von Massnahmen, um im Zusammenhang mit der Fachkräfteinitiative die Ausschöpfung des einheimischen Fachkräftepotenzials zu verbessern.**

Der Bundesrat hat am 6. November 2013 ein Massnahmenpaket zur Fachkräfteinitiative verabschiedet. Dieses hat zum Ziel, den Fachkräftemangel zu lindern, indem das inländische Potenzial an Fachkräften verstärkt ausgeschöpft wird. Das gesamte Massnahmenpaket ist auf vier Jahre (2015–2018) angelegt. Dies ermöglicht es, die einzelnen Massnahmen aufzubauen und weiterzuentwickeln.

Im Vorfeld haben sich Bund, Kantone und Sozialpartner im Rahmen eines Runden Tisches am 21. Mai 2013 darauf geeinigt, ihre Anstrengungen gegen den Fachkräftemangel zu koordinieren. Der Bund übernimmt die Leitung und die Koordination dieser Initiative und wirkt als Katalysator. Zudem stellt er Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung (z.B. Entwicklung eines Indikatorensystems zur Identifikation des Fachkräftemangels pro Berufsgruppe), sensibilisiert für das Thema und plant zwei Monitoringberichte.

Der Fachkräftemangel kann mit dem Massnahmenpaket zwar entschärft, aber nicht gelöst werden. Die Zuwanderung ist für die Wirtschaft weiterhin wichtig, um den Fachkräftebedarf in denjenigen Bereichen zu decken, in denen zu wenig inländische Fachkräfte mobilisiert werden können.

- **Prüfung von Massnahmen im Zusammenhang mit den Folgen der Zuwanderung auf dem Wohnungsmarkt (s. Ziel 9).**

Der Bundesrat hat am 15. Mai 2013 gestützt auf das Aussprachepapier betreffend Personenfreizügigkeit und Wohnungsmarkt verschiedene Massnahmen beschlossen oder eingeleitet, die auf die Förderung und Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum abzielen.

Ziel 10: Umsetzung der Kartellgesetzrevision

Nicht realisiert

► **Die notwendigen Verordnungsanpassungen für eine verzugslose Umsetzung der Kartellgesetzrevision werden ausgearbeitet.**

In Übereinstimmung mit der Botschaft des Bundesrates vom 22. Februar 2012 zur Revision des Kartellgesetzes muss im Zusammenhang mit dem Änderungsvorschlag für Artikel 5 eine neue Verordnung ausgearbeitet werden. Der neue Artikel sieht ein Teilkartellverbot mit Rechtfertigungsmöglichkeit vor. In der Verordnung sollen die zur Rechtfertigung möglichen Effizienzgründe präzisiert werden. Da die Kartellgesetzrevision im Parlament hängig ist, wurde die Verordnung noch nicht ausgearbeitet.

Ziel 11: Anpassung der Wohnungspolitik an ein verändertes Umfeld

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Massnahmen aus dem Prüfauftrag gemäss Bundesratsbeschluss vom 4. Juli 2012 betreffend Erleichterung des Zugangs zu Bauland für gemeinnützige Wohnbauträger werden umgesetzt.**

Der Bundesrat hat am 23. Oktober 2013 eine Änderung der Verordnung zum Wohnraumförderungsgesetz gutgeheissen, wonach gemeinnützige Wohnbauträger zinsgünstige Darlehen auch für den Erwerb von Bauland beanspruchen können.

- ▶ **Eine längerfristige Strategie für das Bundesamt für Wohnungswesen liegt vor und wird umgesetzt. Dabei stehen wohnungspolitische Antworten auf zentrale volkswirtschaftliche Herausforderungen (Wirtschaftswachstum, Erhaltung des Industriestandorts, Kulturlandschutz, Energiewende) im Vordergrund.**

Die Strategie liegt vor. Sie wird im Rahmen des wohnungspolitischen Dialogs mit den Kantonen und Städten, den der Bundesrat mit Beschluss vom 15. Mai 2013 eingeleitet hat, auf die kantonalen und kommunalen wohnungspolitischen Bedürfnisse abgestimmt.

- ▶ **Die Rahmenmietverträge für die Westschweiz und für den Kanton Waadt sind angepasst und deren Allgemeinverbindlicherklärung erneuert.**

Die Allgemeinverbindlicherklärung konnte noch nicht erneuert werden. Die Verhandlungen unter den Vertragspartnern haben sich verzögert, unter anderem weil zwei neue Verbände hinzukamen.

Ziel 12: Revision des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.***

Der Bundesrat hat die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens am 29. November 2013 zur Kenntnis genommen und das WBF mit der Erarbeitung einer Botschaft zur Revision des Landesversorgungsgesetzes beauftragt. Die Vernehmlassung dauerte vom 20. Februar 2013 bis zum 31. Mai 2013.

Ziel 13: Revision der Gesetzgebung des Zivildienstes

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Gesetzgebung wird angepasst, um den Vollzug des Zivildienstes zu optimieren und die Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen der Armee zu beachten.***

Der Bundesrat hat am 4. September 2013 die Vernehmlassung zur Zivildienstgesetzrevision eröffnet.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Weiterentwicklung der Politik bezüglich Radio und Fernsehen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien

Teilweise realisiert

► **Die Botschaft zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes betreffend neues System für die Erhebung der Radio- und Fernsehgebühren ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Radio- und Fernsehgesetzes am 29. Mai 2013 zuhanden der Eidgenössischen Räte verabschiedet.

► **Der Bericht «Rechtliche Basis für Social Media» (in Erfüllung des Po. Amherd 11.3912) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den Bericht «Rechtliche Basis für Social Media» in Erfüllung des Postulats Amherd 11.3912 am 9. Oktober 2013 verabschiedet.

► **Die Revision der Verordnung über Fernmeldedienste zur Modernisierung der Kostenberechnung für den Zugang zu Telecomnetzen ist verabschiedet.***

Die im Frühjahr 2013 durchgeführte Anhörung bei den interessierten Kreisen führte zu kontroversen Ergebnissen. Zu den geäusserten Befürchtungen bezüglich Gesetzeskonformität und möglicher negativer Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit beim Glasfaserausbau werden gegenwärtig Drittmeinungen eingeholt. Auch die Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen beabsichtigen, sich Anfang 2014 nochmals mit der Vorlage zu befassen. Die Verordnungsrevision konnte daher nicht verabschiedet werden.

► **Der Bundesrat ist über die Arbeiten zur Umsetzung seiner Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz informiert.**

Die Monitoringinstrumente zum Stand der Umsetzung der Strategie für eine Informationsgesellschaft wurden erarbeitet. Die Information zuhanden des Bundesrates wurde aufgrund des Ende 2013 vakanten Vorsitzes des Interdepartementalen Steuerungsausschusses Informationsgesellschaft (Wechsel zum neuen Direktor des BAKOM) auf Anfang 2014 verschoben.

► **Die angepasste Konzession der SRG zur Flexibilisierung des publizistischen Online-Auftrittes ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Bestimmungen zum Online-Angebot in der SRG-Konzession am 1. Mai 2013 angepasst. Die Änderungen sind am 1. Juni 2013 in Kraft getreten.

► **Die Interessen der Schweiz im Bereich der Internet Domain Namen, namentlich bezüglich .swiss sind gewahrt.**

Die Bewerbung der Schweizerischen Eidgenossenschaft um Zuteilung des Internet Domain Namens «.swiss» wurde im August 2013 durch die Vergabestelle ICANN gutgeheissen. Die Vorbereitungsarbeiten zur Lancierung der Domain kommen plangemäss voran. Die Schweiz nimmt aktiv an den internationalen Diskussionen zur Weiterentwicklung der Internet Governance teil.

Ziel 2: Sicherstellung der Versorgung der Schweiz mit Energie und natürlichen Ressourcen und schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie sowie Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energien

Realisiert

▶ **Die Botschaft zur Energiestrategie 2050 ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat am 4. September 2013 die Botschaft zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 verabschiedet und dem Parlament zur Beratung überwiesen. Der Bundesrat schlägt dem Parlament die Energiestrategie 2050 als indirekten Gegenvorschlag zur Atomausstiegsinitiative vor.

▶ **Die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ist verabschiedet (sofern sich der Bundesrat nicht für einen Gegenvorschlag entscheidet).***

Der Bundesrat hat am 27. Februar 2013 entschieden, die Volksinitiative abzulehnen und ihr eine Revision des Umweltschutzgesetzes als indirekten Gegenvorschlag gegenüber zu stellen. Er hat die Vernehmlassung am 26. Juni 2013 eröffnet. Die Botschaft mit Gegenvorschlag muss spätestens am 6. März 2014 durch den Bundesrat verabschiedet werden.

▶ **Das bereinigte Detailkonzept zur Strategie Stromnetze ist verabschiedet.**

Am 14. Juni 2013 hat der Bundesrat das Detailkonzept zur Strategie Stromnetze gutgeheissen. Das Bundesamt für Energie wurde beauftragt, bis Herbst 2014 gemäss Detailkonzept Strategie Stromnetze eine Vernehmlassungsvorlage zu erarbeiten.

Ziel 3: Weiterführung der Verlagerungspolitik und des Ausbaus der Bahninfrastruktur

Überwiegend realisiert

▶ **Die Botschaft «Bau und Finanzierung eines 4-Meter-Korridors für den Schienengüterverkehr auf der Gotthard-Achse» ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zu Bau und Finanzierung eines 4-Meter-Korridors auf den Zulaufstrecken zur NEAT am Gotthard am 22. Mai 2013 verabschiedet.

▶ **Die Vernehmlassung zur Zukunft des Schienengüterverkehrs in der Fläche ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat am 16. April 2013 das UVEK beauftragt, zur Gesamtkonzeption zur Förderung des Schienengüterverkehrs in der Fläche ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 15. August 2013.

▶ **Der Bericht über die Verkehrsverlagerung (Verlagerungsbericht 2013) ist veröffentlicht.***

Der Bundesrat hat den Verlagerungsbericht 2013 zusammen mit der Botschaft zur Änderung des Bundesbeschlusses über den Zahlungsrahmen für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs am 29. November 2013 verabschiedet.

- ▶ **Die Anpassungen und Ergänzungen 2012 zum Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Schiene sind verabschiedet.**

Der Bundesrat konnte die Anpassungen und Ergänzungen des Teils Infrastruktur Schiene des Sachplans noch nicht behandeln, da diese einen engen Zusammenhang mit der Abstimmungsvorlage FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) vom 9. Februar 2014 haben.

Ziel 4: Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und der langfristigen Finanzierung im Verkehrsbereich

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Botschaft «Fanzüge»; Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBG) ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (Fan-Transporte) am 28. August 2013 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft «Strassenzulassung und Verkehrsstrafrecht; Änderung des Personenbeförderungsgesetzes und weiterer Erlasse» ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Strassentransportunternehmens- und des Verkehrsstrafrechts am 4. September 2013 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Anpassung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Anpassung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels am 13. September 2013 verabschiedet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Spezialfinanzierung Strassenverkehr (Erhöhung Mineralölsteuerzuschlag) und zum Strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrassen ist durchgeführt und ausgewertet.***

Die Vernehmlassung zur Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF), zur Schliessung der Finanzierungslücke sowie zum Strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrasse (STEP) konnte noch nicht durchgeführt werden, da die Volksabstimmung über die Erhöhung des Preises der Autobahnvignette bzw. die Inkraftsetzung des Neuen Netzbeschlusses abgewartet und deren Ergebnis in die Vorlage eingearbeitet werden musste.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur zweiten Programmbotschaft zur Beseitigung von Engpässen auf dem Nationalstrassennetz ist durchgeführt und ausgewertet.***

Die Vernehmlassung zur zweiten Programmbotschaft zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel wurde vom 10. April 2013 bis zum 27. August 2013 durchgeführt und anschliessend ausgewertet.

► **Der Bundesrat hat im Rahmen einer Aussprache über die Weiterführung der Bundesbeiträge für den Agglomerationsverkehr befunden.***

Der Bundesrat hat die Aussprache am 26. Juni 2013 geführt und das UVEK beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem EFD auf Verfassungsstufe die Grundlagen für einen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds zu schaffen. Gleichzeitig hat er festgelegt, die Umsetzung sei in die Vernehmlassungsvorlage zur Schaffung dieses Fonds, zur Schliessung der Finanzierungslücke und zum strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrasse zu integrieren.

► **Die Vernehmlassung zur zweiten Programmbotschaft über die Freigabe der Mittel ab 2015 für den Agglomerationsverkehr ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren am 26. Juni 2013 eröffnet.

► **Die Vernehmlassung zur Revision des Arbeitszeitgesetzes ist eröffnet.**

Die Vernehmlassung zur Revision des Arbeitszeitgesetzes konnte aufgrund von Differenzen unter den Sozialpartnern hinsichtlich der arbeitsrechtlichen Behandlung Minderjähriger noch nicht eröffnet werden.

► **Die Vollzugserlasse zum zweiten Schritt der Bahnreform 2 sind verabschiedet.**

Am 29. Mai 2013 hat der Bundesrat die Verordnung über die abschliessende Inkraftsetzung des Bundesgesetzes vom 16. März 2012 über den zweiten Schritt der Bahnreform 2 verabschiedet und am 1. Juli 2013 in Kraft gesetzt.

Gleichzeitig hat er in Umsetzung der EU-Richtlinien über Interoperabilität und Sicherheit die Anpassungen der Gebührenverordnung BAV, der Eisenbahn-Netzzugangsverordnung, der Eisenbahnverordnung, der Verordnung über die sicherheitsrelevanten Tätigkeiten im Eisenbahnbereich und der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für Eisenbahnanlagen beschlossen und auf den 1. Juli 2013 in Kraft gesetzt. Schliesslich hat er im Bereich Personenverkehr die Änderungen der Verordnung über die Personenbeförderung, der Verordnung über die Konzessionierung und Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur, der Verordnung über die Abgeltung des regionalen Personenverkehrs und der Verordnung über die Anteile der Kantone an den Abgeltungen und Finanzhilfen im Regionalverkehr beschlossen und auf den 1. Juli 2013 in Kraft gesetzt.

Am 14. Juni 2013 hat der Bundesrat das Geschäftsreglement der Schiedskommission im Eisenbahnwesen genehmigt und das UVEK beauftragt, angepasste Rechtsgrundlagen für das Klageverfahren zu erarbeiten.

- ▶ **Die Realisierung des 6-Spur-Ausbaus zur Engpassbeseitigung zwischen Härkingen und Wiggertal (N1) und Planungsarbeiten zur Engpassbeseitigung bei der Nordumfahrung Zürich (N1) und bei Crissier (N1) sind gemäss Planung fortgeschritten.**

Das Projekt Härkingen – Wiggertal wird derzeit realisiert. 2013 konnte die Bauhauptphase Süd (d.h. Fahrtrichtung Zürich) abgeschlossen werden. Sie beinhaltet den Bau einer neuen Stützmauer, um den zusätzlichen Fahrstreifen unterbringen zu können, die Erstellung einer Lärmschutzwand und den Bau der Fahrbahn inkl. Belagsarbeiten. Ebenfalls wurde 2013 mit der Umsetzung der ökologischen Ersatzmassnahmen begonnen.

Bei der Nordumfahrung Zürich ist der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts zum Rekurs bezüglich der Überdeckung Weiningen noch hängig. Sobald die Plangenehmigung rechtskräftig ist, werden die Bauarbeiten beginnen.

Zu Crissier bestehen gemäss heutigem Projektierungsstand und nach Gesprächen mit den benachbarten Gemeinden zusätzliche Anliegen, welche das Projekt erheblich verteuern würden. Der Bundesrat kann das generelle Projekt erst genehmigen, wenn der Kostenteiler zwischen Bund, Kanton Waadt und den betroffenen Gemeinden bestimmt ist.

Ziel 5: Internationale Erschliessung der Schweiz auf dem Luftweg sowie Rechts- und Planungssicherheit für die Schweizer Landesflughäfen

Teilweise realisiert

- ▶ **Das Objektblatt für den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt für den Flughafen Zürich ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat den ersten Teil des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt für den Flughafen Zürich im Juni 2013 verabschiedet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision II des Luftfahrtgesetzes ist eröffnet.***

Die Ausarbeitung der Vorlage zur Teilrevision II des Luftfahrtgesetzes hat sich verzögert. Die Vernehmlassung konnte noch nicht eröffnet werden.

- ▶ **Die Aussenlandeverordnung (Verordnung über das Abfliegen und Landen mit Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen) ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Die Arbeiten an der Aussenlandeverordnung haben sich aufgrund von lang andauernden Differenzen zwischen der Helikopterindustrie und den VertreterInnen von Natur- und Landschaftsschutz verzögert. Die Verordnung konnte daher 2013 nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Erste Massnahmen des «Functional Airspace Block Europe Central» (FABEC) im Bereich des institutionellen Rahmens, der Luftraumstruktur und der Performance sind umgesetzt.**

Der FABEC Vertrag ist am 1. Juni 2013 in Kraft getreten. Aufgrund von grundlegenden Differenzen unter den Partnerstaaten Frankreich, Deutschland, Belgien, Niederlanden, Luxemburg und der Schweiz konnten aber noch kaum Massnahmen zur Effizienzsteigerung der Flugsicherung umgesetzt werden.

- ▶ **Das Objektblatt für den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt für den Flughafen Basel ist verabschiedet.**

Das Objektblatt für den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt für den Flughafen Basel wurde vom Bundesrat am 15. Mai 2013 verabschiedet.

Ziel 6: Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen

Nicht realisiert

- ▶ **Die Botschaften zur Ratifikation eines allfälligen Nachfolgeabkommens zum Kyoto-Protokoll und eines bilateralen Vertrags mit der EU über die Beteiligung am europäischen Emissionshandelssystem sind verabschiedet.***

Die Botschaft zur Ratifikation eines Nachfolgeabkommens zum Kyoto-Protokoll konnte nicht verabschiedet werden, da die Klimakonferenz von November 2013 abgewartet werden musste. Die Botschaft kann nun fertig redigiert werden. Die Botschaft zur Ratifikation des bilateralen Vertrags mit der EU für die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme soll 2014 nach der Paraphierung des Abkommens erstellt werden (s. Ziel 8).

- ▶ **Die Aktionspläne zur Anpassung an die Klimaänderung in der Schweiz sind verabschiedet.***

Der zweite Teil der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel mit sektoralen Aktionsplänen wurde im November 2013 den Kantonen und weiteren interessierten Kreisen zur Konsultation unterbreitet. Die Aktionspläne wurden bis Ende Jahr amtsintern finalisiert.

Ziel 7: Optimale Raum- und Bodennutzung und Wirksamer Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zu einem Bundesgesetz über Zweitwohnungen ist verabschiedet.***

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren am 26. Juni 2013 eröffnet. Die Auswertung der zahlreichen, zum Teil sehr umfangreichen Stellungnahmen hat etwas mehr Zeit als geplant in Anspruch genommen, weshalb der Bundesrat die Botschaft bis Ende 2013 noch nicht verabschieden konnte.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur 2. Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes ist eröffnet.***

Gegen die 1. Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes wurde das Referendum ergriffen, welches am 3. März 2013 vom Volk abgelehnt wurde. Die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur 2. Etappe wurde auf einen Zeitpunkt nach Inkrafttreten der 1. Etappe verschoben. Das Vernehmlassungsverfahren konnte daher 2013 noch nicht eröffnet werden.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision des Waldgesetzes (Prävention und Bekämpfung von biotischen Gefahren ausserhalb des Schutzwaldes) ist eröffnet.***

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren am 16. April 2013 eröffnet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision der Raumplanungsverordnung, mit der die Revision vom 15. Juni 2012 des Raumplanungsgesetzes ausgeführt wird, ist eröffnet.**

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren am 28. August 2013 eröffnet.

- ▶ **Die Anhörung zu den Technischen Richtlinien Bauzonendimensionierung und zum Leitfaden Richtplanung im Bereich Siedlung als Instrumente zur Unterstützung des Vollzugs der Revision vom 15. Juni 2012 des Raumplanungsgesetzes ist eröffnet.**

Der Bundesrat hat die Technischen Richtlinien Bauzonendimensionierung und die Ergänzung des Leitfadens Richtplanung wegen des engen thematischen Bezugs in die Vernehmlassung zur revidierten Raumplanungsverordnung integriert. Er hat das diesbezügliche Vernehmlassungsverfahren am 28. August 2013 eröffnet.

Ziel 8: Vertiefung der Beziehungen mit der EU

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Verhandlungen im Bereich Strom sind weitergeführt.***

Die Verhandlungen konnten auf technischer Ebene so weit geführt werden, dass nur noch geringe Differenzen zwischen der EU und der Schweiz bestehen. Allerdings knüpft die EU das Stromabkommen nach wie vor an die allgemeinen institutionellen Fragen zwischen der Schweiz und der EU. Am 18. Dezember 2013 hat der Bundesrat das Verhandlungsmandat zu den institutionellen Fragen verabschiedet. Die EU-Kommission erarbeitet nun basierend darauf ihrerseits ein Verhandlungsmandat, das von den EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden muss.

- ▶ **Die Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz am europäischen Satellitennavigationsprogramm GNSS (Galileo/EGNOS) sind abgeschlossen.***

Am 12. März 2013 wurden die Verhandlungen mit der Paraphierung des Kooperationsabkommens abgeschlossen. Am 13. Dezember 2013 hat der Bundesrat die Botschaft zur Genehmigung des Abkommens und der damit verbundenen Änderung des Bundesgesetzes vom 13. Dezember 1996 über die Kontrolle zivil und militärisch verwendbarer Güter sowie besonderer militärischer Güter (GKG; SR 946.202) verabschiedet.

- ▶ **Die Verhandlungen über eine Teilnahme am Emissionshandelssystem (ETS) sind abgeschlossen.**

Die Verhandlungen konnten noch nicht abgeschlossen werden, da die Verabschiedung der Luftverkehrsrichtlinie durch die EU im Frühling 2014 abgewartet werden muss. Der Abkommensentwurf liegt jedoch vor und sollte, mit Ausnahme der Bestimmungen für die Einbindung des Luftverkehrs, im März 2014 finalisiert werden können.